

Sozialraumorientierung in Bremen – aber wie ?

Eine Gesprächsreihe – Monatsgespräch SRO HB – zur praxisorientierten Fortschreibung bremischer Strategien für sozialraumorientierte Konzepte einer Sozialen Kommunalpolitik

Inhaltsverzeichnis SRO

1. Programm
2. Eine Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche; Hartmut Bronke, Stiftung SPI, Berlin
3. Netzwerkarbeit durch Kooperationsvereinbarungen; Anja Blumenberg, AfSD Bremen, Sozialzentrum 2
4. Lebensräume zum Älterwerden – Für ein neues Miteinander im Quartier – Memorandum des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG); Alexander Künzel, Bremer Heimstiftung
5. Rahmenkonzept für Kinder und Familienzentren von KiTa Bremen; Rosi Fein, KiTa Bremen
6. Zehn strategische Leitlinien – Stadt Nürnberg
7. Leitbildmonitoring; Dr. Detlev Söffler, Bremen
8. Auf den Nutzer kommt es an – und natürlich die Nutzerin; Dr. Peter Marquard, AfSD Bremen
9. Hilfreiche Nachbarschaft; Dr. Konrad Hummel, vhw Berlin
10. Deine Meinung zählt! – Mitreden – Mitgestalten - Mitwirken; Petra Putzer, AfSD Bremen, Sozialzentrum 6
11. Vernetzung des AfSD; Dr. Peter Marquard und Christiane Kluge, AfSD Bremen

Herausgeber:

Amt für Soziale Dienste (AfSD) und Senatorische Behörde für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (SfAFGJS), Bremen

Dr. Peter Marquard / Dr. Joachim Schuster

Bremen, August 2010

„Sozialraumorientierung in Bremen – aber wie ? Eine Gesprächsreihe“ (Reader SRO Bremen)

Amt für Soziale Dienste (AfSD) und Senatorische Behörde für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (SAFGJS) – Dr. Peter Marquard und Dr. Joachim Schuster

Sozialraumorientierung in Bremen – aber wie ?

Eine Gesprächsreihe – Monatsgespräche SRO HB – zur praxisorientierten Fortschreibung bremischer Strategien für sozialraumorientierte Konzepte einer Sozialen Kommunalpolitik

Die Monatsgespräche finden immer dienstags im Volkshaus (AfSD) statt (Ergeschoss 0.17; Hans-Böckler-Str. 9, 28217 Bremen).

Sozialraumorientierung als Steuerungsprinzip der städtischen Planung und Politiker fordert einen Paradigmen- und Politikwechsel, der nicht auf ein einzelnes Ressort zu beschränken ist. Ausgehend von den (sozialen) Lebenslagen und den (Bildungs-)Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie den notwendigen Kompetenzen, die es zu erlangen gilt, sollen Strukturen, Dienstleistungen und Angebote umgestaltet werden. Sozialraumorientierung erfordert neue Formen des Verwaltungsdenkens und Handelns und basiert gleichzeitig auf einer neuen Kultur der Beteiligung - sie zielt auf ein Mehr an praktizierter Demokratie, an Teilhabe und auch an Effizienz! Angesichts unterschiedlicher Ansätze zur Aufwertung benachteiligter Quartiere müssen Prioritäten entwickelt werden im Sinne eines gerechtigkeitsorientierten Stadtteillastenausgleichs.

Zentrale Kennzeichen von Sozialraumorientierung sind:

- Empowerment (Perspektiven entwickeln, Projekte möglich machen, städtebauliche Investitionen konzentrieren und mit sozialen Infrastrukturpolitiken kombinieren),*
- lokale Partnerschaften, lokale Ökonomie,*
- Vernetzung und Verflechtung, soziale Arbeit als Koproduktion,*
- Partizipation (Bürgerbeteiligung, Stärkung der Stellung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, Selbsthilfe und soziales nachbarschaftliches Engagement),*
- Linkage-Politik (soziale Verantwortung der privaten Wirtschaft, Formulierung der Schnittstellen zwischen anderen Politikbereichen).*

* Die Monatsgespräche zielen auf eine Qualifizierung der Position und Operationalisierung aktueller Strategien einer Sozialraumorientierung in Bremen für Führungskräfte und Protagonisten der Weiterentwicklung dieses Ansatzes im AfSD und der SAFGJS: Es geht um die Identifikation der relevanten Fragestellungen für die praktische Umsetzung einer Sozialraumorientierung. Teilnehmen werden bis zu 50 Personen.

Diese Gesprächsreihe hat (noch) nicht den Zweck der Ausformulierung oder gar Propagierung einer bereits vorliegenden, gemeinsamen Konzeption aller prinzipiell zu Beteiligten; Aspekte der Steuerung könnten nach der Klärung strategischer und struktureller Fragen im 2. Halbjahr 2010 vertieft werden.

1. Sozialraumorientierung – neue Ansätze der Vernetzung

Dienstag, 16. Februar 2010, 16:00 – 19:00 Uhr; Volkshaus

Wie richten sich die Einzelnen und bestimmte Gruppen im Stadtteil ein ? Wie sichern sie sich ihre individuellen privaten und öffentlichen Räume bzw. bestimmen oder erobern die nachbarschaftliche Lebensumwelt ? Welche Strukturen bringt ein Quartier hervor bzw. benötigt es für ein gedeihliches Miteinander verschiedener Nutzungsinteressen einschließlich der lokalen Ökonomie ?

Raumkonzepte; Positionierung im öffentlichen Raum; Aneignungsstrategien; städtebauliche Strategien; Segregation und Integration; politische und organisatorische Räume und Grenzen: Es bedarf gesamtstädtischer Strategien zur Förderung und Nutzung sozialräumlicher Ressourcen. Dazu wird über Vernetzung und die Bildung von (unterschiedlichen) „Zentren“ mit je spezifischen Funktionen für die unterschiedlichen Quartiere nachgedacht. Erforderlich erscheint dafür die Weiterentwicklung der Kooperationsstrukturen von Behörden, Diensten und Einrichtungen ebenso wie der Verbesserung von Beteiligungsstrukturen für Betroffene und BürgerInnen allgemein.

ReferentInnen:

- Hartmut Brocke, Direktor des Sozialpädagogischen Instituts (SPI), Berlin
- Heike Binne, Quartiersmanagerin Lüssum-Bockhorn
- Anja Blumenberg, Stadtteilleiterin Bremen-Walle (Fachdienst Junge Menschen AfSD Bremen)

2. Akteure im Sozialraum – Herausforderungen und Schwierigkeiten der Vernetzung

Dienstag, 16. März 2010, 16:00 – 19:00 Uhr, Volkshaus

Eine selbständige Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe, Integration und Inklusion müssen verankert sein in sozialräumlich verorteten – bürgerschaftlichen wie professionellen – sozialen Netzen und verlässlichen Kooperationsstrukturen:

Welche Konzeption und welche realen Arbeitsbezüge wie Organisationsstrukturen sind Grundlage der Sozialraumorientierung in Bremen ? Welche Dienste und Dienstleister kooperieren auf welche Art und Weise miteinander ?

Themenfelder sind: Allgemeine Förderung und Familienbildung, Frühförderung und „Frühe Hilfen“ (Kinderschutz), „Bildung von Anfang an“, Kooperation Jugendhilfe und Schule in Kommunalen Bildungslandschaften, Jugendarbeit und Cliquenarbeit, Berufsförderung und Eingliederungshilfe, Hilfen in besonderen Lebenslagen und Hilfe zur Pflege.

ReferentInnen:

- Alexander Künzel, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung
- Rosi Fein, Geschäftsführerin Pädagogische Leitung Kita Bremen
- Ullrich Barde, Vorsitzender des Sportgarten e.V. Bremen

3. Strategien für ressortübergreifende Entwicklungsperspektiven im Sozialraum

Dienstag, 27. April 2010, 16:15 – 19:00 Uhr, Volkshaus

Ansätze und Hemmnisse einer integrativen Stadtentwicklungspolitik und die Herausforderungen im Hinblick auf Integration und Inklusion aller gesellschaftlichen Gruppen: Gesetzlicher Auftrag, volks- bzw. betriebswirtschaftliche Strategien, politisch-organisatorischer Rahmen und differenzierte Förderprogramme für die Stadtentwicklung in

den Bereichen Verkehr und Bauen, Bildung, Kultur, Kinder/Jugend/Familie und Soziales sowie Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung.

ReferentInnen:

- Reiner Prölß, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg
- Carl Othmer, Staatsrat für Bildung und Wissenschaft des Landes Bremen
- Dr. Joachim Schuster, Staatsrat für Jugend, Soziales, Arbeit des Landes Bremen

4. Mitbestimmung, Partizipation und Selbstverwaltung im Sozialraum

Dienstag, 22. Juni 2010, 16:00 – 19:00 Uhr, Volkshaus

Wie funktioniert die (soziale) Dienstleistung und Kooperation mit den NutzerInnen und eventuellen Selbsthilfestrukturen einschließlich des bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil (Vereine): Soziale Dienstleistung zwischen Koproduktion (mit den NutzerInnen), Interessensvertretung, Korporatismus und Partnerschaft (freier und öffentlicher Träger) und Sparpolitik bzw. Neuem Steuerungsmodell (prospektive Pflegesätze; Ausschreibungen; Wirkungskontrolle).

Welche Funktion(en) erfüllen Beiräte, Bürgervereine, Gewerbevereine, Parteigliederungen, (Sport)vereine und was sind ihre Optionen bzw. ihre soziale Wirkung wie politische und sozio-ökonomische Bedeutung für Entwicklungspotenziale des Stadtteils einschließlich der Teilhabe unterschiedlicher sozialer Gruppen ?

ReferentInnen:

- Dr. Konrad Hummel, Bereichsleiter Politik im Verband Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Vhw (Berlin)
- Robert Bücking, Ortsamtsleiter Mitte-Östliche Vorstadt Bremen
- Petra Putzer, Stadteileiterin Bremen-Hemelingen (Fachdienst Junge Menschen AfSD Bremen)

20. Februar 2010

Eine Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche

Die "Wissensgesellschaft", von der alle reden, ist eine schöne Sache. Sie eröffnet neue Chancen, aufregende Perspektiven, erlebnisreiche Räume, zusätzliche Optionen - allerdings lediglich für diejenigen, die über Bildung, Wissen, Kompetenz, Kontakte verfügen. Zwar leidet bekanntermaßen derzeit auch die "Generation Praktikum" an den Unwägbarkeiten des Übergangs von der Universität in eine vergleichbar fest kalkulierbare berufliche Anstellung, doch insgesamt sind diejenigen mit akademischem Zertifikat unzweifelhaft die Gewinner der deregulierten Wissensgesellschaft. Wissen, so bilanzieren es nüchtern etliche soziologische Befunde, beschleunigt und vertieft die Polarisierung in der Gesellschaft.

Etliche hunderttausend Bundesbürger drängen Tag für Tag in die Suppenküchen und Sozialkaufhäuser. Über ein Zehntel der Deutschen lebt in ständiger Armut. Die oberen zwei Prozent der bundesrepublikanischen Haushalte verfügen über 30 Prozent des Gesamtvermögens; die unteren 50 Prozent müssen sich mit knapp fünf Prozent begnügen. Und die ökonomischen Eliten haben sich mehr und mehr von ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verabschiedet. Zum Ende der Adenauerzeit betrug ihr Anteil der Gewinnsteuern am steuerlichen Gesamtaufkommen noch mehr als ein Drittel; derzeit sind es kaum mehr 15 Prozent.

Noch berühren sich in Deutschland die städtischen Viertel unterschiedlicher sozialkultureller Struktur, aber die Einwohnerschaften zwischen ihnen mischen sich kaum noch. Die soziale Spaltung des urbanen Raums schreitet massiv voran. In den einen Stadtquartieren wächst der Wohlstand, nehmen Lebens- und Freizeitqualität zu, während andere Stadtteile verwahrlosen, abrutschen, veröden und vergammeln.

Die Zukunftsperspektiven¹ der Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft sind von zentraler Bedeutung, um die Anforderungen an öffentliche Institutionen, wie auch an die Familien bestimmen zu können. Je nach Lebenslage erscheint in einer Zeitdiagnose die zukünftige Gesellschaft als Risiko- oder als Multioptionsgesellschaft. Erst ein solcher Kompetenzbegriff (Zukunftskompetenzen) macht öffentliche und private Akteure handlungs- und entscheidungsfähig. Diese Anforderungen geben uns Hinweise zur Gestaltung, zur Reform von wünschbaren Angeboten und Herausforderungen:

- auf der Subjektebene (Biografieentwicklung),
- auf der Ebene des professionellen Handelns (neue professionelle Settings),
- den Institutionen sozialer Arbeit (Veränderung dieser Institution).

Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen befördern

Unser spezialisiertes Bildungs- und Sozialsystem erreicht seine Ziele nicht mehr. Mit dieser Diagnose beschäftigen sich mehrere Disziplinen, sie werden begleitet von Bundesprogrammen (z. B. Bund-/Länderprogramm „Die Soziale Stadt“, Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten „E & C“ und weitere). Die Politik hat die Brisanz des „Bildungsversagens“ nach Veröffentlichung der PISA-Studie erkannt. Das sichtbar gewordene Problem der sozialen Ausgrenzung, die Bedeutung der Zukunftsressource „Bildung“ verlangt grundsätzliche Reformen nicht nur in deren

¹ Eine Zusammenfassung aus Veröffentlichungen des Bundesjugendkuratoriums, Arbeitshilfen KuQ und Beiträgen des Autors zum Thema Jugendhilfe und Bildung (www.stiftung-spi.de) zusammen.

ureigenstem Bereich. Das Bundesjugendkuratorium, dem der Autor angehört, hat sich intensiv - und bereits vor PISA - mit dem Thema auseinandergesetzt. Dieser Beitrag ist eine persönliche Form der Zusammenfassung der Diskussionen, der Forderungen an die Schule, mehr aber noch an das System Kinder- und Jugendhilfe, konkretisiert und zur Diskussion stellt. Der Bildungsbegriff (nicht nur) der Kinder- und Jugendhilfe ist mehr als nur ein „Wissenserwerb“, sondern versteht Bildung als einen Prozess der Befähigung zu eigenbestimmter Lebensführung und als Aneignung von Selbstbildungsmöglichkeiten. Es geht um die Entfaltung der Persönlichkeit, ein Prozess, die eigenen Potentiale zu entwickeln und Individualität herauszubilden. Auf internationaler und europäischer Ebene, auf nationaler Ebene (Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums, Empfehlungen des Forum Bildung) wird angemahnt, das Zusammenwirken von formellen, nichtformellen und informellen Bildungsorten planvoll aufzunehmen. Das Bildungsforum erachtet es als vordringlich mit der Bildungsförderung so früh wie möglich zu beginnen und fordert ein Umdenken aller Beteiligten, der Individuen, der Bildungsinstitutionen und ihrer Träger, der Wirtschaft sowie des Staates.

Die Bedeutung sozialer Nahräume²

Im XI. Kinder- und Jugendbericht wird die Bedeutung sozialer Nahräume für Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen und für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe bearbeitet. Die dort vorgeschlagene Gliederung erleichtert aus der Sicht der Stiftung SPI die Übertragung der Bildungsanstrengungen der Kinder- und Jugendhilfe (formell, nichtformell, informell) bezogen auf den Paradigmenwechsel sozialraumbezogene Kinder- und Jugendhilfe.

Er gliedert diese auf drei Ebenen:

- Familie als sozialer Nahraum
- informelle Netze als soziale Nahräume
- organisierte Netze als soziale Nahräume.

Biografische Weichenstellungen

In der Biografie der Kinder und Jugendlichen sind mehrere Schwellen/Übergänge zu beachten, deren Bewältigung Karrieren befördern oder beeinträchtigen können.

- Die erste Schwelle/Weiche ist geprägt durch die soziale, ökonomische und geografische Lage der Eltern, der Familie, in die das Kind hineingeboren wird. Unser Hilfe- und Bildungssystem ist nachweisbar nicht in der Lage, spezifische Benachteiligungen auszugleichen.
- Die zweite Schwelle/Weiche ist der Eintritt in die Schule und bezieht sich insbesondere auf die Sprachfähigkeit. Sie ist die zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulkarriere.
- Die dritte Schwelle/Weiche in der Biografie eines Kindes liegt in der Schule, beim Übergang von Sekundarstufe 1 zu Sekundarstufe 2. Scheitert das Kinder an dieser Schwelle, wird es von spezifischen Zukunftschancen ausgeschlossen. Im ungünstigsten Falle entwickeln sich negative Schulkarrieren, Schulverweigerung und Verlassen der Schule ohne Abschluss.
- Die vierte Weichenstellung ereignet sich bei dem Übergang von der Schule zu einer beruflichen Ausbildung. Gelingt dieser Übergang nicht oder wird er

²hierzu: H. Brocke, Bildung und soziale Ausgrenzung, Archiv/Download www.stiftung-spi.de

zeitlich über mehrere Monate verzögert, geraten diese Jugendlichen in die Gefahr, sich in spezifische Milieus zurückzuziehen, ggf. Verhaltensauffälligkeiten zu „kultivieren“.

- Die fünfte biografische Weiche besteht beim Übergang von einer Berufsausbildung/Qualifizierung in das Arbeitsleben.

Alle fünf Schwellen beinhalten in ihrem zeitlichen Ablauf spezifische biografische „Risiken“ von Kindern und Jugendlichen. Sie sind entscheidend, die Lebensphasen Kindheit und Jugend erfolgreich abzuschließen.

Traditionell arbeitet die Kinder- und Jugendhilfe getrennt nach Lebensphasen in ihren spezifischen Säulen. Die spezialisierten Angebote sind nicht aufeinander bezogen, obwohl sie sich gegenseitig bedingen. Diese wechselseitige Bedingtheit erfordert zumindest an den Schnittstellen der Übergänge ein integriertes Handeln aller Akteure. Sie erfordern aber insbesondere ein Hilfe- bzw. Angebotssystem, welches zumindest an diesen biografisch entscheidenden Karriereweichen nach den individuellen sozialen, emotionalen und kognitiven Entwicklungsständen, maßgeschneiderte Hilfe- bzw. Integrationspläne anbietet.

Die Struktur der vernetzten und integrierten Dienstleistung in allen Lebensphasen muss deshalb stets mit einer Struktur der Individualisierung durch „maßgeschneiderte“ Förder- bzw. Hilfekonzepte verbunden werden.

Soziale Arbeit als Koproduktion³

Unter der Überschrift „Soziale Arbeit als Koproduktion“ setzte das Bundesmodellprogramm E & C die Akzente nicht nur auf die Kooperation zwischen den verschiedenen Ämtern, der Einbeziehung von freien Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, dem Quartiersmanagement in den Gebieten der Sozialen Stadt und den Schulen, sondern insbesondere auch auf die Beteiligung und Partizipation der Kinder und Jugendlichen und deren Eltern. Die Tätigkeit der Regiestelle E & C richtete sich insbesondere an die Quartiersmanager/innen, die Beauftragten der Städte, Gemeinden und Kreise, die Vertreter/innen der frei- gemeinnützigen Träger und Einrichtungen (insbesondere Kindertagesstätten) und die Schulen.

Zentrale Schlüsselfragen dieser Gemeinschaftsanstrengung sind:

- die Implementation lokaler Aktionspläne,
- sozial-ethnische Integration,
- öffentlicher Raum und Sicherheit,
- Wohnen und Wohnumfeld,
- soziale Infrastruktur,
- Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung,
- besondere soziale Lebenslagen, Gesundheitsförderung,
- Steuerungsinstrumente und Ressourceneinsatz.

Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, der Erwerb von Zukunftskompetenzen für Kinder und Jugendliche, die Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement sind, so die Überzeugung des Programms, nicht in den einzelnen Hilfesystemen allein zu realisieren, sondern nur durch Mobilisierung von Querschnittskompetenzen der Ämter und Träger, wie des demokratischen Gemeinwesens vor Ort im Stadtteil. Vor diesem Hintergrund betonte das E & C-Programm das Prinzip der sozialräumlichen Vernetzung, das heißt, die Einbeziehung

³ hierzu: H. Brocke, Soziale Arbeit als Koproduktion in: DJI, Grenzen des Sozialraums, Wiesbaden 2005

und die Kooperation der vorhandenen lokalen Akteure, Einrichtungen und Diensten und der Bewohnerinnen und Bewohner, die Aktivierung von materiellen und sozialen Ressourcen, der Aufbau von Netzwerken der Quartiersarbeit und der Gemeinwesenarbeit und die Einrichtung von lokalen Zentren.

Bedeutung des Sozialraums⁴

Städte und Gemeinden sind Teil der gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Der Ökonomisierungsdruck auf staatliches und auf Gemeinwohlhandeln hat Auswirkung auf die soziale Schichtung der Städte, der Stadtteile und der Landkreise.

Der Prozess der sozialräumlichen Segregation versinnbildlicht gesellschaftliche Desintegrationsprozesse. Die sozialen Konflikte einer Gesellschaft, die in erfolgreiche Mitglieder und chancenlose Absteiger differenziert, konzentriert spezifische Benachteiligungslagen, die die Bewohner/innen von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf/sozialen Brennpunkten in besonderer Weise treffen und ihre Lebenssituation/Lebenslage, wie ihr Alltagshandeln prägen. Die Probleme erscheinen lokalisiert, die Problemlösungen ebenfalls, können aber nicht auf die lokale Ebene beschränkt werden. Ein wesentliches Spannungsfeld sozialer Brennpunkte lässt sich als Prozess zwischen „Segregation und Polarisierung“ und „soziale Inklusion“ beschreiben. Die Fixierung auf das lokale Milieu gibt insbesondere den Kindern und Jugendlichen Orientierung und soziale Identität. Die Segregationsfolgen in der Bevölkerungsschichtung dieser Quartiere verdichten diese Erfahrung durch relative Homogenität der versammelten Lebenslagen und der kulturellen Milieus ihrer Bewohner/innen. Negative Integration, die Entwicklung von abweichenden Techniken, die Einbindungen in illegale lokale Ökonomien, der Anschluss an Cliquen, Banden (die sich Respekt zu verschaffen wissen), die Gewöhnung an Gewalt zur Lösung von Konflikten kann unter dem Gesichtspunkt der Persönlichkeitsentwicklung, besser der Persönlichkeitsbildung, auch als Bildungskatastrophe bezeichnet werden.

Die lokalen gebietsspezifischen Benachteiligungs- und sozialen Ausgrenzungslagen wirken sich auf die ökonomischen Strukturen der jeweiligen Gebiete nachhaltig aus. Das trifft insbesondere den Erwerbssektor. Es erfolgt zusehends eine Verschiebung des Arbeitsplatzangebotes zu Gunsten des Dienstleistungssektors und Niedriglohnbereichs und geht zu Lasten des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes.

Die Sozialraumorientierung wird dabei übersetzt als die Gestaltung von Strukturen und Beziehungen in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, der Aktivierung von materiellen und sozialen Ressourcen, dem Aufbau von Netzwerken, der Quartiersarbeit und der Gemeinwesenarbeit.

Die Beteiligung als Teil einer Demokratisierung meint die Gestaltung der materiellen und sozialen Teilhabe der Adressaten/innen durch Teilhabe in der Quartierspolitik, in der Gestaltung sozialer Angebote, in der Umsetzung von individuellen Rechtsansprüchen, Hilfeplanung im weitesten Sinne.

Daraus ergeben sich neue Anforderungen an alle professionellen Akteure im Feld.

Hierzu gehört insbesondere die Realisierung von Bedürfnissen und Bedarfen der Nutzer/innen, d. h. Nachfrageorientierung, Ergebnisüberprüfung, Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer, Koproduktion mit Schule, Sozialamt, Arbeitsagentur, Polizei, Stadtplanungsamt, Gesundheitsamt.⁵

⁴ hierzu: Angebot der Stiftung SPI, Regiestelle E & C, www.eundc.de

⁵ „... und raus bist Du?“, Angebot Stiftung SPI, KuQ - Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten, 2002, www.kundq.de

Sozialräumliche Desintegrationsmerkmale⁶

Kinder, Jugendliche und ihre Eltern erleben in diesen Gebieten, dass Misserfolge ihr „Schicksal“ sind. Sie orientieren sich an dem, was im Nahumfeld an sozialen Kontakten zur Verfügung steht. Misserfolge in Bildung und Beruf verstärken die Bedeutung des Nahraums für die Persönlichkeitsentwicklung, weil der Lebensbezug sich mehr und mehr auf diesen beschränkt. So geraten die Strukturen dieser Nahräume zur symbolischen Ordnung der Welt.

Die Eigendynamik der Abwertung städtischer Räume, die von den Bewohnern/innen als unsicher, verwahrlost, gestaltlos, unwirtlich wahrgenommen werden, verstärkt einerseits den Prozess der selektiven Entmischung und bewirkt andererseits bei den Bewohnern/innen die Ausrichtung auf Eigeninteressen hin orientierter Sozialkontrolle der verbleibenden Gruppen, verfestigt die sozialen Ungleichheiten durch die Fortschreitung der Segregation. Desintegrationsmerkmale solcher städtischen Gebiete sind insbesondere:

- mangelnde Befähigung, gemeinsame Werte zu erzeugen und soziale Kontrolle auszuüben,
- die vollzogene soziale, ökonomische, kulturelle und symbolische Ausdifferenzierung/Spaltung des städtischen Raums,
- ein dominant niedriger wirtschaftlicher Status, soziale Risikofaktoren, wie Bildungsferne der Eltern, Krankheit, aggressive Verhaltensmuster,
- geringe Intensitäten sozialer Netzwerke, fehlende Partizipation,
- fehlende Kontrollimpulse gegenüber den Aktivitäten einzelner Nutzergruppen.

Faktoren der sozialen Ausgrenzung

Der Prozess der sozialen Ausgrenzung ist vielschichtig, das heißt, nicht die sozial anerkannten etablierten Grenzen allein, die sozialen Absteiger, sondern die Exkludierten selbst tragen durch ihre entwickelten Verhaltensmuster zu dem Prozess der Exklusion aktiv bei. Dennoch ist Ausgrenzung kollektiv erlebbar und lässt sich an vier Faktoren⁷ festmachen:

- materiell, z. B. durch Arbeitslosigkeit,
- kulturell, z. B. als Bildungsnotstand,
- sozial, z. B. als ethnisch-rassistische Diskriminierung,
- symbolisch, z. B. als marginalisierten Lebens- und Wohnort, der sozial und ökonomisch von der Stadt abgekoppelt ist.

Stadträumliche Wirkungs- und Vermittlungseffekte

Prof. Dr. Rainer Kilb von der Fachhochschule Darmstadt hat mehrere Wirkungs- bzw. stadträumliche Vermittlungseffekte⁸ von benachteiligten Quartieren/sozialen Brennpunkten identifiziert. Diese Wirkungs- und Vermittlungseffekte sind dabei idealtypisch zu verstehen und können letztlich in einem Quartier mehrfach auftauchen. Rainer Kilb nennt:

- *Quartiere als Abspaltungsverstärker,*

⁶ hierzu: R. Kilb, Über den möglichen Zusammenhang von Baustruktur und Gewalttätigkeiten Jugendlicher, neue praxis, 1/2006

⁷ ebenda

⁸ ebenda

Gemeint sind, in sich geschlossene ghettoartige Areale mit starker Selbstisolation der Bewohner/innen. Es bildet sich ein eigenes normatives und „ökonomisches Überlebens-/Mithaltesystem“ heraus, die gesellschaftliche Exklusion ist besonders ausgeprägt.

- *Quartiere von Konfrontationsverstärkern,*
Gemeint sind, zentrale Plätze, Citycenter, Bahnhöfe, Übergangswohneinrichtungen. Hier kommt es in diesen Quartieren zu einer direkten Konsum- und Armutskonfrontation. Soziale Kontrolle entfällt auf Grund der Passantenströme und der relativen Anonymität.
- *Quartiere als Verunsicherungsverstärker,*
Gemeint sind hier, die traditionellen kleinstädtischen Arbeiterquartiere. Die Bewohner/innen haben durch den Abbau der industriellen Arbeitsplätze eine sie verunsichernde Entwicklung erlebt, die Arbeitslosigkeit unter sich tendenziell auflösenden Milieus, durch Zuzug von Migranten und auf günstige Mieten Angewiesene, An- und Nachfrage des Integrierens, das soziale Zusammenleben führen zur sozialen Abwertung und räumlichen Ausgrenzung.
- *Quartiere als Desintegrationsräume,*
Gemeint sind, Stadtquartiere im Sinne einer „Restflächenverwertung“ ohne „Seele“. Sie liegen unmittelbar an Verkehrskreuzen, Verkehrsmagistralen und bieten keine Orientierung im Sinne von integrativen Bezugskomponenten.

Zukunftsaufgabe: Stärkung der Zivilgesellschaft

Die politische Debatte zur Stärkung der Bürger bzw. Zivilgesellschaft wird auf nationaler, aber zunehmend auch auf europäischer, transnationaler Ebene geführt. Die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“⁹ hat im Juni 2002 ihre Arbeit abgeschlossen und den Bericht an den Bundestagspräsidenten übergeben. Der Bericht setzt sich mit dem Leitbild einer Bürgergesellschaft auseinander, die geprägt ist durch Selbstorganisation, Mitgestaltungsmöglichkeiten und Gemeinwohlverantwortung. In den Bereichen Sport, Kultur, Soziales, Gesundheit, Schule, Vereine, Unternehmen, Gewerkschaften bietet der Bericht der Enquete-Kommission eine Art Bestandsaufnahme/Situationsbeschreibung, gibt Handlungsempfehlungen und macht Vorschläge zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts über die Verbesserung des Versicherungsschutzes bis zu einer allgemeinen steuerfreien Aufwandspauschale.

Das Interesse der Wohlfahrtsverbände um eine Bürgergesellschaft bezieht sich insbesondere darauf, das Dreieck zwischen staatlichen Institutionen, den Adressatinnen und Adressaten/Nutzerinnen und Nutzern/Bürgerinnen und Bürgern und den Anbietern/Trägern sozialverantworteter Dienstleistung neu zu bestimmen, Mitverantwortung von Adressatinnen und Adressaten/Nutzerinnen und Nutzern/Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen der Bürgergesellschaft in öffentliches und privates Handeln einzuplanen und zu stärken (Mobilisierung und Pflege des sozialen Kapitals). Zivilgesellschaft zeichnet sich durch Teilhabe und Partizipation aus, d. h. sie verlangt die Beteiligung an Entscheidungsprozessen mit ausgewiesener Entscheidungskompetenz, Dezentralisierung und lokal angepassten Entwicklungen.¹⁰

⁹ Deutscher Bundestag, Schlussbericht Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Drucksache 14/8900, 2002

¹⁰ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Weisbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas, KOM 2001

Sie zielt auf die Durchsetzung allgemein verbindlicher Standards, die Entwicklung von Vertrauensbeziehungen und die Berücksichtigung von Gemeinschaftsbindungen, die Akzeptanz und Nähe zu spezifischen Teilkulturen und Communities und eine Entscheidung nach Abstimmung mit dem lokalen Umfeld.

Das Ziel der Solidarität und eine Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Politik, Institutionen, Organisationen und Netze sie unterstützt und fördert. Solche Netze sind vor allem Vereine, soziale Initiativen, Projekte und Stiftungen. Die Wertschöpfung des Engagements kommt durch den Dialog, Kommunikation und soziales Verhalten zustande. Sozialkapital wird zwischen Personen lokalisiert, nicht an ihnen. Es kommt sozialräumlich vor und kann lokal gemessen werden. Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Bürgerarbeit müssen durchlässiger werden. Der Wechsel zwischen den Tätigkeitsfeldern soll durch die Flexibilisierung des Zeiteinsatzes und einer Aufwertung der Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit erreicht werden.

Übersetzung der Politikziele in politikgesteuertes Verwaltungshandeln, Förderprogramme und Finanzierungsrichtlinien

Die allgemeinen Politikziele wie Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, Erwerb von Zukunftskompetenzen, Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement bedürfen der Übersetzung auf die kommunale, lokale Ebene. Deren neue Politikziele lauten:

- höhere Bürgerzufriedenheit mit lokalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (Akzeptanz)
- stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie (Demokratisierung)
- Stärkung der Hilfsbereitschaft der Bürger untereinander (Solidarität)
- Entlastung der kommunalen Haushalte durch Bürgerbeteiligung (Effizienz)
- bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (Ergebnis- und Lösungsorientierung)
- Vernetzungs- und Planungskompetenz (Teamorientierung, Gemeinsinn).

Politik und Verwaltung haben diese Politikziele als neue Leitbilder vorzugeben, Initiative zu ergreifen, die zu einer Neufestlegung eines abgestimmten kooperativen Mixes von Verantwortlichkeiten zwischen den Beteiligten führen.

Politik und Verwaltung haben einen Kernbereich von Standards und Qualitätsmerkmalen festzulegen, die bei öffentlicher Förderung unverzichtbar sind. Die neuen Handlungsstrategien versuchen einen Wechsel von der bisherigen Inputsteuerung (über sog. Haushaltsansätze) zu einer Outputsteuerung.¹¹

Hinweise auf eine „neue“ Praxis

Die neuen Handlungsstrategien versuchen einen Wechsel von der bisherigen Inputsteuerung (über sog. Haushaltsansätze) zu einer Outputsteuerung, d. h. es kommt zunächst auf die richtige Reihenfolge der zu bearbeitenden Fragestellungen an.

- Was wollen wir erreichen? (Ergebnisse und Wirkungen)
- Was müssen wir tun? (Programme und Produkte)
- Wie müssen wir es tun? (Prozesse und Strukturen)
- Was müssen wir einsetzen? (Ressourcen)

¹¹ Hierzu: H. Brocke, Was ist eigentlich „die offene Methode der Koordinierung“?, Archiv/Download www.stiftung-spi.de

- Wer soll es umsetzen? (öffentliche oder private Dienstleistung, Selbsthilfe/Ehrenamt)
- Wie erkennen wir den Erfolg? (Evaluation, Ergebnisüberprüfung)

Überlegungen zur Bewältigung des demographischen Wandels durch die Kommunen – Anknüpfungspunkte zu einem integrierten Stadtteilmanagement

Die Demographieforschung geht davon aus, dass sich die kommunale Landschaft zunächst in Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsräume ausdifferenzieren. Auf längerer Sicht (genannt wird 2015) wird diagnostiziert, dass fast alle Kommunen Schrumpfungsprozessen unterworfen sind. Die Schrumpfungs- und Alterungsprozesse bringen viele Kommunen in Bedrängnis. Es herrscht Ungewissheit darüber, wer zur Gewinner- oder zur Verliererseite zählen wird. Die wesentlichen Botschaften an die Kommunalpolitik lauten¹²:

1. Kommunalpolitik muss sich in vielen Handlungsfeldern vom Leitbild des Wachstums (Bevölkerungswachstum, Ausbau der Infrastruktur) verabschieden. Stagnierende und schrumpfende Bevölkerungszahlen erfordern eine Orientierung an neuen qualitativen Maßstäben.
2. Kommunalpolitik muss ihre vielfach kleinräumige Perspektive zu Gunsten einer Orientierung an regionalen Verantwortungsräumen aufgeben. Hierzu gehört die Bereitschaft zu verstärkter interkommunaler Kooperation ebenso wie Sektor- und Politikfeld übergreifendes Denken.
3. Kommunalpolitik kann die demographischen Herausforderungen bewältigen, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess einbezieht. Kooperative Politikformen müssen deshalb stärker als bisher kommunalpolitisches Handeln bestimmen.

In allen Kommunen wird die Bevölkerung aufgrund der steigenden Lebenserwartungen immer älter. Die Bertelsmann Stiftung hat mit ihrem Schwerpunkt „Der Wegweiser demographischer Wandel“¹³ ein Frühwarn- und Informationssystem für Städte, Gemeinden und Kreise ein kommunales Planungsinstrumentarium geschaffen, aus dem jeweils Handlungsstrategien abgeleitet werden können. Dort werden allgemeine Entwicklungen exemplarisch dargestellt.

- *Die Hälfte aller Kommunen schrumpft.*
Rund 50 % aller deutschen Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern werden von Bevölkerungsschrumpfung betroffen sein. Die Spannbreite der Schrumpfung reicht hierbei von geringen Bevölkerungsrückgängen mit weniger als 1 % bis hin zu gravierenden Einwohnerverlusten von bis zu 58 %.
- *Alle Kommunen altern*
In dem Ausmaß weitaus gravierender als Schrumpfung oder Wachstum ist die Veränderung der Altersstruktur. Tendenziell erhöht sich das Durchschnittsalter der Kommunen besonders dann, wenn vor allem junge Menschen auf der Suche nach Bildung und Ausbildung aus der Kommune abwandern. Die Bevölkerung schrumpft und mit den jungen Menschen gehen

¹² Sarcinelli, Stopper; Demographischer Wandel und Kommunalpolitik, APuz 21-22/2006, S. 8

¹³ Hierzu: www.wegweiserdemographie.de

auch die potentiellen Eltern. Zurück bleiben die älteren Menschen und in der Folge werden immer weniger Kinder in diesen Städten geboren.

- *Demographischer Wandel und Ökonomisierung*
Die Menschen folgen den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Auf diese knappe Formel kann der Zusammenhang zwischen Demographie und Ökonomie verdichtet werden. Die Bevölkerung schrumpft und altert nicht nur durch diesen Effekt, sondern sie verliert ihre Entwicklungspotentiale.
- *Deutlicher Trend: Zurück in die Städte*
Das Projekt „Wegweiser Demographie“ der Bertelsmann Stiftung beschreibt einen eindeutig zu identifizierenden Trend, den Trend zurück in die Stadt. Als Gründe werden angegeben: Die oft günstigere Arbeitsplatzentwicklung in der Stadt, das Wohnen in der Nähe, die höheren Kosten des Lebens in peripherer Umgebung der Städte, das Pendeln in die Städte kostet Zeit und innerstädtisches Wohnen eröffnet vielfältige Lebensmodelle, das Freizeit- und Erlebnisangebot in Städten ist vielfältiger und attraktiver, innerstädtisches Wohnen wird auch für ältere Menschen an Attraktivität gewinnen.

Netzwerkarbeit als Methode kommunalen Handelns

Netzwerke bringen Akteure aus dem öffentlichen Sektor, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zu einem bestimmten Problemfeld zusammen. Netzwerke bestehen aus Gruppen, die bislang häufig gegeneinander und aneinander vorbeigearbeitet haben. Netzwerkarbeit als Methode hat die Aufgabe, Wissen und andere Ressourcen der verschiedenen Akteure zusammenzutragen, in einen neuen übergreifenden Kontext unterschiedlicher Problemwahrnehmungen und Interessen einzubringen, ggf. zu überbrücken und über Sektorengrenzen hinweg neue Lösungsansätze zu entwickeln. Nur wenn alle Beteiligten an einem solchen Netzwerk dieser Rolle antizipiert und zugestimmt haben, kann überhaupt von „Netzwerkarbeit“ gesprochen werden.

- *Netzwerkarbeit als Lernprozess*

Netzwerkarbeit steht unter der Spannung, dass alle Beteiligten ihre Interessen und Erkenntnisse in diesen Prozess einbringen und gleichzeitig in überschaubarer Zeit greifbare Ergebnisse erzielen. Um Netzwerke in Zukunft als Methode besser nutzen und ihr Potential auch ausschöpfen zu können, sollten öffentliche und private Institutionen ihren Beitrag zur Netzwerkarbeit als einen eigenen Lernprozess begreifen, organisieren und einbringen. Dieser Wandel der Organisationskultur ist zentrales Element von Netzwerkarbeit. Es sind Schnittstellenkompetenzen gefragt. Akteure in Netzwerken müssen zwischen verschiedenen Sektoren und Akteursgruppen auf verschiedenen Ebenen vermitteln und Koalitionen bilden, ferner Fähigkeiten besitzen, eigene Kompetenzen und Ressourcen realistisch einschätzen und kontinuierliche „Netzwerkpflege“ betreiben können. Netzwerkarbeit als kooperatives Lernmodell verlangt deswegen die Begleitung gezielter Kennenlern-, Fortbildungs- und Qualifizierungsprozesse, z. B. durch

- Hospitationen zwischen verschiedenen Organisationen und den Handlungs-/ Politikfeldern der jeweiligen Akteure
- Aus- und Weiterbildungsprogramme
- flachere Hierarchien
- größere Transparenz

- ressortübergreifende Strategien der Programmplanung und Budgetierung verbunden mit einer besseren Koordination zwischen den einzelnen Organisationen, um unnötige Duplizierung von Aufgaben zu vermeiden.

- ***Unterschiedliche Aufgaben und Funktionen von Netzwerkarbeit***

Netzwerke haben je nach Phase oder Aufgabenstellung eine unterschiedliche Charakteristik und einen dementsprechenden „Reifegrad“. Sie erfüllen, entweder in spezifischen Netzwerkaufträgen voneinander unterschiedliche oder mit einer zeitlichen Aufgabenstellung ausgestattet, folgende Funktionen:

Verhandlungsfunktion

Hier lautet die Aufgabe/Auftrag, in systematischer Weise alle relevanten Akteure in die Politikprozesse einzubinden, um neue Standards und Normen (Leitziele) zu formulieren, um einen unbefriedigenden Status Quo zu überwinden. Sie dienen der Auflösung gegenseitiger Blockaden durch Einbeziehung (nicht nur repräsentative Besetzung) der relevanten Akteure. Diese Funktion eines Verhandlungsnetzwerkes ist zumeist zu Beginn eines neuen Politikansatzes vorherrschend. Darin liegt aber auch der begrenzte Nutzen der Ergebnisse solcher Verhandlungsnetzwerke.

Koordinationsfunktion

Die Aufgabe/Auftrag zur Koordination setzt das Sammeln und Verbreiten von Wissen, die Identifizierung gemeinsamer Handlungspotentiale sowie die bessere Koordination und Abstimmung von Verhandlungsstrategien in den Mittelpunkt dieser Netzwerkarbeit. Ihr Auftrag liegt in der Ressourcenbündelung und in der Schaffung von Synergien zwischen den beteiligten Sektoren. Die Koordinationsleistung ist das Ergebnis eines vorher stattgefundenen Lernprozesses. Diese Netze können dazu beitragen, Strukturen und Angebote zu überprüfen, die Fehlleitung von Ressourcen zu erkennen und eine bedarfsgerechtere Angebotsstruktur herbeizuführen.

Implementierungsfunktion

Hier hat die Netzwerkarbeit die Funktion, innovative Mechanismen zur Umsetzung bereits entwickelter Politikstrategien voranzutreiben bzw. formulierten Politikzielen eine handlungspraktische Umsetzung durch Projektimplementierung zu bieten. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt hierbei auf der lokalen Ebene eine zentrale Rolle zu. Sie helfen, Projekte an die örtlichen Bedürfnisse anzupassen und übernehmen damit eine wichtige Brückenfunktion.

- ***Netzwerkarbeit ist Bündnisarbeit***

Netzwerke können neue politische Beteiligungsmöglichkeiten an Politikprozessen schaffen und angesichts des Fehlens direkt demokratischer Strukturen Partizipation und Transparenz verbessern. Netzwerke können aber nur so transparent und verantwortlich sein, wie es die Beteiligten selbst sind. Die Bemühungen um Transparenz und Legitimität müssen daher durchaus im Sinne einer Zukunftsinvestition von den jeweiligen Akteuren betrieben und praktiziert werden. Die Vereinbarung eines verbindlichen Verhaltenskodexes kann hier eine hilfreiche Rolle spielen.

Netzwerke zeichnen sich notwendigerweise durch Machtasymetrien aus, dass heißt sie spiegeln die bestehenden Unterschiede der Akteure und ihre unterschiedliche Ressourcenausstattung wider. So kann es sein, dass einzelne Akteure aufgrund fehlender Ressourcen erst gar nicht in die Lage kommen, ihre Stimme in den Netzwerken geltend zu machen. Netzwerkarbeit ist kein „Konsensbetrieb“ – allerdings

auf einer Lösung der gemeinsamen Basis ausgerichtet - und kann aufgrund ihrer wenig formellen und horizontalen Struktur Frustrationen bei den Akteuren durch Entscheidungsblockaden herbeizuführen, zumal die Netzwerkarbeit nicht die traditionellen parlamentarischen Legitimationsketten von politischer Verantwortung ersetzt. Dennoch sind Konflikte über Macht, Verteilung von Ressourcen, Zugang zu „starken“ Partnern u. ä. durchaus normale Prozesse. Im Netzwerk erscheint es wichtig, Konflikte durch gemeinsame Kommunikation und Reflexion zu thematisieren und aktives Konfliktmanagement zu betreiben.

- „lokale Zentren“

Nicht zuletzt braucht es einen *Ort*, an dem Partizipation stattfinden kann, einen Ort, der so offen sein muss, dass er zum Erobern, zur Besitznahme einlädt. Das Stichwort dazu ist das Modell der Early-Excellence-Center aus Großbritannien. Die gibt es zwar in der alten Form nicht mehr. Die Briten haben sehr viel Geld investiert, um dort Strukturen zu verändern. Das werden wir hier in diesen Zeiten nicht bewerkstelligen nehmen können. Aber man kann aus den britischen Beispielen lernen. Zum Wesen eines lokalen Zentrums gehört die Bereitschaft, diesen als einen Ort anzubieten, der dem Stadtteil gehört und der der Kristallisationspunkt für die Beteiligungs- und Veränderungsstrategien vor Ort ist. Die Strukturen eines solchen lokalen Zentrums sehen vor, dass ein Managementteam von Einrichtungen und Diensten, die im Gebiet tätig sind, eingerichtet wird. Der konzeptionelle Kern der Early-Excellence-Center verlangt, dass dort verbindlich gemeinsame Ziele entwickelt und formuliert, die Schnittstellen abgesprochen, die eigenen Konzepte entsprechend ausdifferenziert werden. So kann dann z. B. die Kindertagesstätte oder die Schule zu einem Nachbarschafts- und/oder Familienzentrum werden.

Das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“¹⁴

Um das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ mit Leben zu füllen, ist eine übergreifende Politik notwendig, die die Lebenschancen und die persönliche Entwicklung von jungen Menschen und ihren Familien in benachteiligten Sozialräumen in den Mittelpunkt stellt. Für solche integrierten Strategien gibt es bereits Erfahrungen, so z.B. im Rahmen des deutschen Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und seines 2006 ausgelaufenen Partnerprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Hier werden von Stadtentwicklung und Jugendhilfe integrierte Strategien im Sinne von ressourcenorientierten, ressortübergreifenden und partizipativen Ansätzen initiiert und verstetigt. Diese Programme ermutigen und unterstützen die aktive Partizipation und bilden einen integralen Bestandteil von Stadtentwicklung und Jugend- und Sozialarbeit.

Ziel ist eine politische und gesellschaftliche Praxis der Koproduktion zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen. Dieser Ansatz der Koproduktion muss die

¹⁴ Zusammenfassung der Ergebnisse des „Berlin Prozess - die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ eine Initiative des BMFSFJ und der Regiestelle E&C 2004 -2006, www.berlinprocess.eu

kommunalen und regionalen Akteure, die nationalen Akteure, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft, europäische Institutionen und die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch die jungen Menschen zusammenführen. Diese Form der Koproduktion muss sich an folgenden Handlungssträngen orientieren: formale und non-formale Bildung, Soziale Arbeit, sozialräumliches Erfahrungswissen, politische Partizipation, Kommunikation/Medien, Forschung, Stadtplanung, Migrationspolitik, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung und Vermittlung von Menschenrechten. Ziel ist es, Synergien herzustellen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, Zugang und Teilhabe zu gewährleisten und, vor dem Hintergrund europaweiter Erfahrungen, sicherzustellen, dass alle Bestrebungen der Kinder- und Jugendpolitik der Förderung der persönlichen Entwicklung, der Förderung von Beschäftigung und der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen. Nur so können Strategien zur Verbesserung der Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen verfolgt werden, die auf dem Individuum und dem Gemeinwesen beruhen.

Das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ erfordert die aktive Beteiligung der sozialen Akteure, die Suche nach Synergien und Mehrwert und zielt auf Koproduktion und Co-Management in städtischen Handlungsfeldern. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts sind Good Governance-Strategien der Steuerung und effizienten Koordinierung erforderlich, das machen viele Beispiele in Europa deutlich. Der Aspekt der Steuerung und Koordinierung berührt Begriffe wie Delegation von Verantwortung, sektoren- und ressortübergreifendes Handeln, flexible Budgets, persönliches Engagement über die Grenzen der beruflichen Zuständigkeit hinaus, Transparenz, kritische Evaluierung und Validierung und die Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure. Die Steuerung und Koordinierung einer integrierten Jugendpolitik muss erlernt, ermutigt und praktiziert werden. Verbesserungen in diesem Bereich wirken direkt positiv auf die Zukunftschancen junger Menschen in den benachteiligten Sozialräumen.

Die Aufgaben der Steuerung und Koordinierung müssen einhergehen mit einer Jugendpolitik, die auf Koproduktion und Co-Management, auf einen strukturierten Dialog setzt und auf strategischen institutionellen und operativen sozialen Netzwerken beruht. Diese betreffen Familien-, Kinder- und Jugendpolitik gleichermaßen, denn die Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen erlauben keine Trennung zwischen diesen Politikbereichen, die eng miteinander verflochten sind. Ergebnis ist ein kooperativer Policy-Mix aus den Bereichen:

- Stadt- und Quartiersentwicklung, ländlicher Raum
- Empowerment, Partizipation und Bürgerschaft der Bewohnerinnen und Bewohner
- Lokale Bündnisse, Netzwerke und Partnerschaften
- Sozialwesen
- Lokale Beschäftigung
- Bildung und Erziehung
- Sport und Freizeit
- Kultur
- Kooperationen mit Wirtschaft und anderen Sektoren
- Sicherheit
- Gesundheit

Eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik wird eine kooperative und koproduktive Politik sein, deren Ergebnisse gemessen werden an der Verbesserung der

Lebensbedingungen, der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller jungen Menschen zu Angeboten der Bildung, Beschäftigung, Freizeit, des öffentlichen Lebens, zu angemessenem Wohnraum und einem sicheren, friedvollen Leben ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt gegenüber jeglicher Form von „Anders sein“.

„Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ wird eine Stadt der Bürgerinnen und Bürger sein. Davon ist sie heute noch weit entfernt. Denn dort, wo Armut, soziale Ausgrenzung und die damit einher gehenden Effekte wie niedriges Bildungsniveau, geringer sozialer Status und geringes Selbstbewusstsein vorherrschen, gibt es keine aktive Mitwirkung am öffentlichen Leben. Das Ideal aktiver Bürgerschaft beschreibt die Fähigkeit, Lebenslagen zu analysieren und sich daran zu beteiligen, Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme zu entwickeln. Dies kann nicht erreicht werden ohne Kritikfähigkeit und Anerkennung der unterschiedlichen Rollen im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen, innerhalb dessen sich kreativ Formen des Zusammenlebens entwickeln.

Hierbei handelt es sich um einen integrativen Ansatz, der nicht auf die Mehrheitskultur der Bevölkerung beschränkt ist. Er umfasst Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer. Die wichtige Arbeit von Ausländerbeiräten verdient Würdigung und Respekt. Sie zu unterstützen und einzurichten ist europaweit zu empfehlen. Die Konvention des Europarats über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern auf lokaler Ebene verdient besondere Beachtung.

Folgerungen zur Programmatik einer sozialen Stadt für Kinder und Jugendliche¹⁵

- Das Agieren in integrierten Handlungskonzepten ist in europäischen Städten wichtigster Bestandteil zur partizipativen Entwicklung von Stadtteilen und Quartieren, in denen sich soziale und strukturelle Probleme konzentrieren. Die hier gewonnen Erfahrungen kommunaler Politik und kommunaler Steuerung können Grundlage für eine moderne Entwicklung der Städte insgesamt sein. Eine solche gesamtstädtische Neuorientierung ist auch die Grundlage für eine gerechtere, wenn auch ungleiche Verteilung von kommunalem Engagement, also die Grundlage für einen gerechtigkeitsorientierten „Stadtteillastenausgleich“. In diesem Sinne gilt auch hier: „all equal, all different“.
- Die Entwicklung von „Good Governance“ im Stadtteil verläuft im Spannungsfeld zwischen sektoral ausgerichteten nationalen und europäischen Politiken und holistischer, integrierter Stadtentwicklung. Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns verändert: Die großen gesellschaftlichen Institutionen gewährleisten soziales Lernen nicht mehr, den Kommunen steht weniger Geld zur Verfügung und sie sind gekennzeichnet durch eine rasant zunehmende Vielfalt von Menschen und Kulturen in den Städten. Geblieben ist die Aufgabe, soziale Integration zu ermöglichen und Kohärenz herzustellen.
- Der Ausgestaltung und Stärkung der Bürgergesellschaft kommt in den benachteiligten Stadtteilen besondere Bedeutung zu.
- Im Dreiecksverhältnis von Politik, Zivilgesellschaft und Staat (Verwaltung) gilt es das bürgerschaftliche Engagement aller Seiten zu stärken, um so Langfristigkeit, Transparenz und Legitimität für eine soziale Entwicklung in den Städten zu sichern.
- Nachhaltigkeit entsteht, wenn Experimentierraum und -zeit zur Verfügung steht, um wirkungsorientiert (evidenzbasiert) Projekte zu entwickeln und langfristig kommunal zu verankern oder zu beenden.

¹⁵ Auszug: Panel II Ergebnisse E&C Kongress Berlin Process, Strasbourg 2006)

- Integratives Vorgehen ist mehr als ein additiver Prozess der stadtteilbezogenen Ausrichtung sektoralen Planens und Handelns. Hierzu gehören Strategien des Festlegens gemeinsamer Entwicklungsziele für den Stadtteil und des Gewinnens der hierfür vorhandenen Ressourcen.
- Es geht um ein grundsätzlich Prozessverständnis von Veränderung: Maß für den Erfolg ist nicht das elitär visionierte Ergebnis, sondern die tragfähige, andauernde und auf permanentes Justieren ausgerichtete Prozessgestaltung.
- Neues kommunales Management in benachteiligten Stadtteilen kann nicht nur ein permanentes 'mehr desselben' bedeuten, sondern muss gerichtet sein auf ganzheitliche Lösungen, das Gestalten von Netzwerken und Steuern durch Aushandeln.
- Problemlösestrategien sozialräumlich definieren, dies bedeutet nicht nur sich auf ein Territorium beziehen, sondern auch auf die sozialen Beziehungen und Strukturen in ihm.
- „Sonderzuweisungen“ der kommunalen, regionalen, staatlichen oder europäischen Ebene sollten diese Prozesse initiieren und temporär gestalten, so dass Raum zum Experimentieren und Einführen des neuen Vorgehens entsteht.
- Gestaltet werden müssen hierbei sowohl Top down als auch Bottom up Prozesse: Top down gilt es strategisch Zielvorgabe zu formulieren, Erfolgskontrolle (Controlling) zu ermöglichen und Strukturen bereitzustellen, die Handlungsfreiräume schaffen: Verantwortung, Entscheidungen, Personen, Finanzen werden auf die Ebene der Stadtteile verbracht. Bottom up gilt es die Prozesse in den Stadtteilorganisation und kommunalen Institutionen im Handlungsleitbild Sozialraum partizipativ zu gestalten.
- Diese Prozessgestaltung bedeutet: insbesondere den jugendlichen Bürger/innen, den gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen im benachteiligten Stadtteil, Wege zu ermöglichen, eigene Problemlösungen zu finden und umfasst das Herstellen von Dialogfähigkeit im Sinne des Miteinander-Sprechens und respektvollen Zuhörens.
- Stadtteilorientierter Steuerung bedeutet: „machtvolle“ Entscheidungen in den Stadtteil und in bürgerorientierte Entscheidungsformen zu geben.
- Die nachhaltige Entwicklung von Bildungs-, Berufs-, Gesundheits-, und Integrationschancen bedarf einer deutlichen Verschiebung der Investitionen von intervenierenden Systemen hin zu präventivem Agieren. Zugleich gilt es, die Prävention – das Gestalten von Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen – auf die Basis breiter gesellschaftlicher Bündnisse zu stellen.
- Good Governance braucht die präzise Benennung von Handlungsbedarfen: Kinder, Jugendliche und Familien sollten Priorität haben für die Entwicklung des Stadtteils, somit im Verständnis einer Investition einer ökonomischen Zukunftsgröße ins Zentrum kommunaler Politik rücken.
- Jugendpolitik in diesem Sinne ist Querschnittspolitik und sollte sich in allen Feldern kommunalen Handelns wieder finden – Jugend als „Mainstream“ sozialer Stadt(teil)entwicklung.
- Kommunale Steuerung, die dem Sozialraumparadigma folgt, bedarf neuer Formen der Finanzierung, wie Stiftungen und Fonds mit Delegation der Entscheidung hierüber an die

(jugendlichen) Bewohner/innen aber auch ressortübergreifende Quellen und Einsatz kommunaler Mittel (sozialraumorientierter kommunaler Haushalt).

Was bedeutet dies für die zukünftigen Förderprogramme?

Diese Programme sollten:

- die Kommunen direkt erreichen, mehr Eigenverantwortung zulassen und auf die Ressourcen, die Energien der Bewohner/innen, zivilgesellschaftlichen Akteure und Institutionen im benachteiligten Stadtteil vertrauen und somit Authentizität und holistische Prozessgestaltung ermöglichen,
- den Sozialraum als Paradigma politischer Steuerung voraussetzen,
- Fehlschläge zulassen,
- auf der kommunalen Ebene mit Budgets arbeiten,
- eine Botschaft mit einem ganzheitlichen Blick auf die benachteiligten Stadtteile vermitteln.

Maxime: „Damit die Programme die Kommunen erreichen, müssen sie Prozesse der Beteiligung initiieren und moderieren, Problemlösungen ressortübergreifend und partizipativ organisieren und eine Kultur der Authentizität und des interkulturellen Vorlebens fördern.“

Anstelle eines Fazits:

Empfehlungen an kommunale Politik und Verwaltung¹⁶

1. Barrieren und Vorurteilen durch Information und Aufklärung begegnen.

Die geringe Bekanntheit zivilgesellschaftlicher Beteiligung und Selbstbestimmung in der Öffentlichkeit be- und verhindert ihren Erfolg. Nur durch intensive Information der Öffentlichkeit kann dieser Situation erfolgreich begegnet werden. In diesem Sinne muss die Kampagnenfähigkeit der öffentlichen und privaten Akteure entwickelt und gestärkt werden.

2. Die politische Legitimation von Beteiligungsprozessen garantieren.

Beteiligung ist in ihrem Kern ein dialogischer Prozess, der auf Dauerhaftigkeit und Partizipation ausgerichtet ist. Ohne die Akzeptanz und Unterstützung des „politischen Leitungspersonals“ und der gewählten Vertreter in den Räten, Verordnetenversammlungen ist die Qualität von Nachhaltigkeit der eingeleiteten Änderungsprozesse nicht einzuhalten bzw. gefährdet. Koproduktionsstrategien greifen in komplexe lokale Wirkungszusammenhänge (ökonomische wie soziale und städtebauliche) ein und bedürfen sowohl zu ihrer Legitimation, wie auch der institutionellen Absicherung der aktiven Teilhabe der „Politik-Vertreter/innen“ an diesen Prozessen.

3. Institutionelle Stabilität und stabile Infrastruktur gewährleisten..

Politische Legitimation muss in Strukturen institutioneller Stabilität umgesetzt werden. Der Adressat dieser (An-)Forderungen ist neben der Kommunalpolitik die Kommunalverwaltung. Auf der Grundlage der politischen Entschlüsse muss die Verwaltung eine Aufstellung von ressortübergreifenden Leitbildern und deren

¹⁶ Tagungsdokumentation „entimon“-Projekt, Centre Francais de Berlin 2006, H. Brocke, Die Modernisierung des öffentlichen Handelns – Strategien von Good Governance, 2006, www.centre-francais.de

Umsetzung in handlungsrelevante Leitziele, den Rahmen der Ressourceneinsatzplanung (Geld und Personal) bestimmen, die Adaption von Förderrichtlinien und Förderprogrammen vornehmen, die Festlegung von ämterübergreifenden Entscheidungsstrukturen treffen und dem Gesamtvorhaben eine verlässliche und angemessene Strukturausstattung folgen lassen.

4. Neue und kontinuierliche Formen der Partizipation schaffen.

Die Mitwirkung der Bewohner/innen gehört zu den Grundsätzen eines an Nachhaltigkeit orientierten Prozesses sozialer Koproduktion. Mitwirkungsbereitschaft und Mitwirkungsfähigkeit sind abhängig von der Dialog- bzw.

Kommunikationskompetenz der Akteure, der politischen Legitimation und den institutionell-administrativ abgesicherten Rahmenbedingungen.

Aus den Beteiligungs- und Partizipationsmodellen der Kinder- und Jugendhilfe haben wir gelernt, dass Motivation und Engagement sich erst in einem authentischen Umfeld entfalten. Partizipation, Teilhabe und Mitwirkung, aber insbesondere die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung ist deswegen auf ein konkretes Umfeld, auf Authentizität, Wahrhaftigkeit und Sinnlichkeit verwiesen, um Begeisterung, Engagement und Anstoß für einen sozialen Lern- und Kreativvorgang zu geben.

5. Den Bürger als Experten seiner eigenen Lage verstehen und akzeptieren.

Die Parteiendemokratie ist auf den Wettbewerb zwischen den einzelnen Parteien ausgerichtet. Komplexe lokale Sachverhalte können, der erforderlichen Profilierung geschuldet, verkürzt oder umgedeutet werden. Es bedarf ergänzender institutioneller Formen von Bürgerforen, Fachausschüssen und Expertengremien, die die Anerkennung externen Wissens und den Bürger als „Experten seiner eigenen Lage“ einen direkten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht.

Dabei handelt es sich nicht um einen Prozess der „Entmachtung“ der Repräsentanten der kommunalen Elite, sondern um die Entwicklung/Rekonstruktion kommunalpolitischer Kompetenz und um die Weiterentwicklung einer demokratischen Alltagskultur.

6. Grenzen des Nebeneinanders überwinden – Querschnittsstrukturen schaffen.

Die Fachämterstruktur der Verwaltung begünstigt isolierte und verhindert integrierte Entscheidungen. Ein „Fachamt für soziale Integration und Ressourcenmanagement“ könnte auf kommunaler Ebene Fachpolitiken, Fachplanungen und Ressourcensteuerung unter einem Dach zusammenführen.

Die öffentlichen und privaten Hilfeangebote sind von einander getrennt (und in sich selbst versäult). Die „Kultur des Nebeneinanders“ ist über viele Jahrzehnte auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durch die verschiedenen Ressortierungen und die unterschiedlich gesteuerten und handelnden Behörden/Ämter gewachsen.

7. Leitbilder, Entwicklungsziele und Erfolgskontrollen einführen.

Es ist bemerkenswert, dass die in den ARGEBAU¹⁷ entwickelten Leitlinien zur „Sozialen Stadt“ wie der Diskurs einer Verwaltungsmodernisierung und die Debatte um Sozialräumlichkeit in der Kinder- und Jugendhilfe vergleichbare Handlungsstrukturen und Empfehlungen geben. Diese übereinstimmenden Handlungsprinzipien

¹⁷ ARGEBAU, Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Fassung 2005, download Programmgrundlagen www.sozialestadt.de

korrespondieren ebenfalls mit der von der Europäischen Kommission formulierten und teilweise durchgesetzten „offenen Methode der Koordinierung“.

8. Die lokalen Gegebenheiten angemessen berücksichtigen.

Die lokalen Problemkonstellationen haben entscheidenden Einfluss auf Konsolidierung, Erfolg oder Misserfolg bürgerschaftlichen Engagements.

Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft öffentlicher wie freier Träger, Bevölkerung und der Vertreter der lokalen Wirtschaftsunternehmen sind wesentlich daran gebunden, ob die wirklichen Probleme des infrage kommenden Gebietes auf die Agenda gesetzt wurden. Hier wird definiert, welcher Erneuerungsbedarf bzw. welche Probleme als Gemeinschaftswerk in einen Lösungsprozess gebracht werden sollen. Die Authentizität und die Realität von tatsächlichen und nicht vermeintlichen Problemen ist deswegen eine zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess.

In diesem Prozess der Exploration und des Aushandelns ist darauf zu achten, dass diese Entwicklungsziele mit der Realität der demographischen Entwicklung des Gebietes, der Region korrespondieren. Der demographische Wandel wird auf die Entwicklung der Lebensstile der Menschen, auf die soziale Infrastruktur, auf die Anforderungen an das soziale Lernen, an die Arbeitswelt, an die Beschäftigung nach dem Arbeitsleben, auf die Lebensgewohnheiten in der städtischen oder ländlichen Umwelt, auf die sozialen Leistungen Einfluss haben. Es gilt also zu überprüfen, ob die in die Entwicklungsziele eingeflossenen Bilder einer neuen „Sozialkultur“ dem Realitätscheck „vermutete demographische Entwicklung“ standhalten.

9. Interkulturelle Kompetenz aufbauen und fördern.

Unter den multiethnischen und interkulturellen Gegebenheiten, die bereits heute Realität sind und zivilgesellschaftliches Engagement zunehmend prägen, müssen Politikansätze zwingend sensibel und offen sein für kulturelle Unterschiede. Dabei ist es destruktiv, nach außen Verständnis zu demonstrieren und innen weiterhin mit Stereotypen und Vorurteilen zu hantieren. Kulturelle Unterschiede lassen sich nur dann bereichernd in der Gestaltung von Politik nutzen, wenn interkulturelles Lernen integraler Bestandteil der eigenen Arbeit und des Politikansatzes ist.

10. (Lern-)Zeit gewähren und Streitkultur aufbauen.

Traditionelle Denk- und Wahrnehmungsmuster sind in Politik/Verwaltung und auch bei den privaten Akteuren eingeschliffen. Beteiligungsverfahren erfordern Gelassenheit und einen langen Atem. Dort, wo die Umsetzung beginnt, treten die widerstreitenden Interessen/Vorstellungen offen zu Tage, ein (Wett-)Streit ist konstituierend für jeden Beteiligungsprozess.

Der Prozess der dialogischen Beteiligung strebt scheinbar und ohne viele Umstände das Konsensprinzip an und trifft dabei auf eine diffuse Bedürfnislage nach Übereinstimmung und Harmonie, die uns aus zahlreichen eingeübten Beziehungsmustern bekannt sind.

Die für den Beteiligungsprozess erforderliche Partizipation und die Suche nach der besseren von vielen Lösungswegen darf aber nicht mit einer „Konsens-Suche“ gleichgesetzt werden. Dazu sind die Erfahrungswelten und die persönlichen Voraussetzungen der Akteure zu unterschiedlich und nicht selten konflikthaft. Erfahrungen weisen darauf hin, dass Partizipationsprozesse und die Ermittlung und Umsetzungsformen von Gemeinschaftszielen/-projekten/-aktionen durch eine zu frühe Suche nach einem Konsens bzw. durch eine frühe rigide Konsensregel blockiert werden. Zunächst erst einmal gilt: Alle, die da sind, sind herzlich willkommen! Jeder hat das

Recht, sich zu entfalten! Beschlüsse dürfen grundsätzlich nicht zu Lasten einer Minderheit im Gebiet getroffen werden!

11. Wohlstand und soziale Kohäsion neu denken.

Bürgergesellschaft erfordert ein neues Denken über soziale „Wohlstandsmodelle“ und soziale Kohäsion. Diese neue Begrifflichkeit von „Wohlstand“ ist nicht mehr nur an eine bloße Menge von Gütern gebunden, sondern meint das „Wohlbefinden“ mit Gütern und das „Wohlbefinden“ mit dem Gut „Zeit“ sowie dem Gut „Raum“ (zum Atmen, Gehen, Spielen und Wohnen, saubere Luft, nicht zu viel Lärm, nicht zu dichte Besiedlung). Schlicht: Lebensqualität und Lebensgenuss, das Gegenteil von sozialer Ausgrenzung, Elend und Gewalt.

Diese Begrifflichkeit verweist auf die Rationalität von zu unterscheidenden gesellschaftlichen Dimensionen, die gleichberechtigt beachtet, auf ihre Wirkungen hin eingeschätzt und bei der Umsetzung gewährleistet werden müssen.

Die **ökonomische Dimension/Sichtweise** ist durch unternehmerisches Handeln geprägt, kommt weitgehend ohne Subventionen aus und ist wettbewerbsfähig.

Die **ökologische Dimension/Sichtweise** geht mit den natürlichen Ressourcen Boden, Luft, Wasser so um, dass diese vor langfristigen negativen Einflüssen geschützt werden.

Die **soziale Dimension/Sichtweise** sichert die Teilhabechancen von Einzelnen und Gruppen, sichert Arbeitsplätze und verringert Barrieren, die den Eintritt in die Arbeitswelt behindern oder ausschließen.

Die **interkulturelle Dimension/Sichtweise** ist an der Integration von Migranten/innen und an einem Bild von kultureller Identität orientiert, welches die ethnische und soziale Herkunft der Migranten/innen nicht diskriminiert.

Die **Gender Dimension/Sichtweise** berücksichtigt die geschlechterdifferenten Potentiale/Stärken sowie Belastungen/Schwächen und entwickelt Strategien, die vorgefundenen Geschlechtergrenzen und Benachteiligungen zu überschreiten und eine größere Vielfalt von Persönlichkeitsentwicklung zu bieten.

Die **ethische Dimension/Sichtweise** bestärkt das Subsidiaritätsprinzip, stärkt die Selbstverantwortung und bekämpft soziale Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt.

Die **räumliche Dimension/Sichtweise** unterscheidet eine Nachhaltigkeitspolitik und soziale Koproduktionsprozesse in Städten und Ballungsräumen und eine Nachhaltigkeitspolitik und soziale Koproduktionsprozesse in ländlichen Räumen, Kleinstädten und städtischen Zentren im ländlichen Umfeld.

Nur durch die Verflechtung dieser häufig als konträr empfundenen Perspektiven lässt sich ein Rahmen schaffen, dessen ressort- und themenübergreifende Komplexität es erlaubt, modernisierende Politikstrategien zu entwickeln und „Good Governance“ im konstruktiven Dialog und mit demokratischer Teilhabe der Zivilgesellschaft erfolgreich und kooperativ in die Praxis umzusetzen.

Netzwerkarbeit durch Kooperationsvereinbarungen

Dezentral und systematisch

Bremen, den 16.02.2010

(Anja Blumenberg, AfSD Bremen – Sozialzentrum 2)

Unser Ausgangspunkt

- Aufarbeitung des Falls Kevin hat deutlich gemacht, welche Gefahren von mangelnder Kooperation ausgehen.
- Wichtigkeit von systematischen Netzwerken im Kernbereich unserer Arbeit
- Erste Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit mit KinderärztInnen und Gesundheitsamt im Bremer Westen

Wichtige Kooperationspartner für den Sozialdienst Junge Menschen im Sozialzentrum Gröpelingen/ Walle

- Kindergärten
- Schulen
- ÄrztInnen
 - z.B. niedergelassene KinderärztInnen,
FrauenärztInnen, fachärztliche Dienste wie
Gesundheitsamt und Behandlungszentren
- Träger der Offenen Jugendarbeit
- Polizei
- BAaIS

Beispiel:

Kooperationsvereinbarung zwischen der Schule An der Vegesacker Straße und dem Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Gröpelingen/ Walle

„Jugendhilfe und Schule haben gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten die Verantwortung für Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen. (...)

Eine Zusammenarbeit soll sowohl im Einzelfall als auch in regelmäßigen Kooperationsrunden erfolgen.“

Kooperationsvereinbarung - praktisch

1. Die Kooperationsrunden

finden mindestens halbjährlich statt,
bearbeiten folgende Themenbereiche:

- fachliche und gesetzliche **Weiterentwicklungen** und Veränderungen, die gemeinsame Arbeitsbereiche betreffen
- anonyme **Reflexion** von Fällen besonders gut oder schlecht gelungener Zusammenarbeit als Lernfeld für weitere Kooperationen
- Entwicklungen in den Sozialräumen
- Organisatorische Veränderungen in den Schulen und im AfSD

TeilnehmerInnen der Kooperationsrunden sind die Schulleitungen, Stadtteilleitung Junge Menschen und die Sozialzentrumsleitung.

2. Erreichbarkeit (...Regelungen incl. Tel. KJND)

Kooperationsvereinbarung - praktisch

- **Zusammenarbeit im Einzelfall**
- **Schulische Probleme werden dem AfSD bekannt (...)**
- b) Erzieherische oder familiäre Probleme werden in der Schule bekannt**
 - Werden im Rahmen des Schulbesuchs Hilfebedarfe im familiären Zusammenhang des Schülers/ der Schülerin deutlich, die nicht mit Mitteln der Schule oder des Zentrums für Schülerbezogene Beratung zu lösen sind, wird die Schulleitung informiert.
 - Soll das Amt für Soziale Dienste – Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und deren Eltern oder der Sozialdienst Junge Menschen - angesprochen werden, **muss eine Einwilligung der Eltern/ Erziehungsberechtigten und ggfs. des/r SchülerIn** vorliegen.
 - Die Schulleitung nimmt Kontakt mit der Stadtteilleitung Junge Menschen auf, um die weiteren Verfahrensschritte abzustimmen.

Kooperationsvereinbarung - praktisch

In der Regel wird den Eltern/ Erziehungsberechtigten und ihren Kindern ein gemeinsames Gespräch mit dem/ der zuständigen KlassenlehrerIn, ggfs. dem/ der SchulsozialarbeiterIn und einem/einer MitarbeiterIn des Sozialdienstes Junge Menschen oder der Beratungsstelle angeboten.

Mit Einwilligung der Betroffenen können größere Fallkonferenzen durchgeführt werden, deren personelle Zusammensetzung wird zwischen der Familie, der Schule und dem Amt für Soziale Dienste abgestimmt.

Die weitere Zusammenarbeit im Einzelfall wird mit Einwilligung der Eltern/Erziehungsberechtigten und ggfs. dem/der SchülerIn zwischen der Familie, KlassenlehrerIn, dem/der CasemanagerIn und ggfs. dem freien Träger festgelegt.

Die Stadtteilleitungen Junge Menschen stehen den Schulen auch für anonyme Beratungen zur Verfügung.

→ Folie 8

Kooperationsvereinbarung - praktisch

c) Kindeswohlgefährdung

Werden in der Schule gewichtige Anzeichen für eine Kindeswohlgefährdung bekannt, sind die Eltern von der Schule darüber informiert worden und sind sie nicht bereit oder in der Lage, die Gefahr vom Kind oder Jugendlichen abzuwenden, schaltet die Schule umgehend das Amt für Soziale Dienste, den Sozialdienst Junge Menschen oder den Kinder- und Jugendnotdienst ein.

Hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, es sei denn, dass dadurch der wirksame Schutz des Kindes in Frage gestellt wird.

Über die getroffenen Maßnahmen zum Schutz des Kindes oder Jugendlichen erfolgt eine Rückmeldung (siehe in der Anlage beigefügtes Rückmeldeformular).

MitarbeiterInnen des Sozialdienstes und die Stadtteilleitung Junge Menschen stehen den Schulen in akuten Krisensituationen zur umgehenden fachlichen Beratung zur Verfügung.

Unsere Ziele in Kooperationen

- Durch regelmäßige Treffen auf Leitungsebene im Gespräch bleiben
- Rollenklarheit herstellen: wer macht was und warum?
- Einander verstehen und respektieren
- Gesetzlichen Auftrag und gesetzliche Grundlagen der Jugendhilfe erklären
- Grenzen aufzeigen
- Handlungsrahmen der Kooperationspartner kennen lernen
- Partner werden und Verantwortung für die Gestaltung des Sozialraums gemeinsam wahrnehmen
- Miteinander aus Erfolgen und Fehlern lernen

Unser Angebot

- Verlässlichkeit
- Flexibilität
- Fachliche Beratung, auch anonym
- Schnelle und bedarfsorientierte Absprachen – wir kommen zu den KooperationspartnerInnen, wenn wir gebraucht werden und die Familien es wollen

Auswirkungen in den Institutionen

- Kooperation wird auf der Leitungsebene als **gemeinsame** Aufgabe verstanden
- Die jeweiligen **Leitungen übernehmen Verantwortung** für das Funktionieren der Kooperation in ihrer Organisation.
- Den Fachkräften vor Ort wird die **Zusammenarbeit im Einzelfall** erheblich erleichtert.
- Das Jugendamt wird als Fachamt ernst genommen und bietet dem Stadtteil seine Fachlichkeit an.
- Familien stehen im Mittelpunkt

Wirkungen im Einzelfall

- Verantwortung wird nicht mehr verschoben
- **Keine „Meldungen“** mehr von anderen KooperationspartnerInnen über Familien an das Jugendamt
- Gemeinsame Gespräche mit Familien, nicht über sie
- Eltern werden in ihrer Erziehungsverantwortung gestärkt und gemeinsam unterstützt.
- Wir stellen höchstmögliche Transparenz her und reduzieren damit Kinderschutzrisiken

Unsere Ideen

Stadtteilkonferenzen unter Federführung des Sozialzentrums

- zur **Erörterung** von Fachthemen und Arbeitsvorhaben
- mit **Beteiligung** von **Eltern** aus Schulen und Kindergärten
- zur gemeinsamen Verständigung über themenbezogene **Arbeitskreise**, deren Vorhaben, Ziele und TeilnehmerInnen.



Vorgestellt von Alexander Künzel (Bremer Heimstiftung)

**NETZ
WERK** soziales
neu
gestalten



Stiftung Liebenau



BertelsmannStiftung

Inhalt

1.	Darum geht es!	4
2.	Die Leuchtturmmodelle der SONG-Partner zeigen: Eine Vision ist machbar	5
3.	Klare Fakten: Mehrwert der Leuchtturmmodelle	7
4.	Empfehlungen	9
	I. Renaissance des Subsidiaritätsprinzips	9
	II. Fördern neuer Solidaritätsstrukturen	10
	III. Stärken lokaler Gestaltungsmacht	11
	IV. Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik	13
	Wer mehr wissen möchte (SONG-Publikationen)	15
	Projektziele und Projektmodule im Netzwerk SONG	17
	Impressum	19

1. Darum geht es!

Im Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) haben sich vier Partner aus dem Bereich der Wohlfahrts-
pflege – Bremer Heimstiftung, CBT – Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH (Köln),
Evangelisches Johanneswerk e.V. (Bielefeld) und die Stiftung Liebenau (Meckenbeuren-Liebenau) – zu-
sammen mit der Bank für Sozialwirtschaft AG (Köln) und der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) inten-
siv mit der Frage auseinandergesetzt, wie unser Gemeinwesen die mit dem demographischen Wandel
einhergehende gesellschaftliche Alterung künftig besser bewältigen kann.

Die Herausforderungen sind gestaltbar und es gibt konkrete Perspektiven für die zukünftige Entwicklung
der Lebensräume älterer Menschen und der erforderlichen Wohn- und Dienstleistungsstruktur. Die her-
kömmlichen Versorgungskonzepte im Sinne eines Lebens in Abhängigkeit von Angehörigen oder in Form
eines Aufenthaltes in spezialisierten Alten- und Pflegeeinrichtungen sind allein nicht mehr ausreichend:
Eine pluralisierte Gesellschaft, muss mit differenzierten Settings, den sich verändernden Lebensstilen
älterer Menschen gerecht werden. Das Netzwerk lehnt die herkömmliche Versorgungslogik ab – die Zu-
kunft liegt in unterstützenden Assistenzsystemen. Dies bietet die Chance, sowohl der Verletzlichkeit,
die mit dem Alter verbunden sein kann, gerecht zu werden, sowie der Selbst- und Mitverantwortung des
Einzelnen Raum zu geben.

Hierzu haben die Netzwerkpartner durch die Entwicklung und Erprobung wegweisender Modelle und
durch die Analyse der Rahmenbedingungen sowie des sozialen und wirtschaftlichen Mehrwerts neuer
Ansätze fundierte Vorstellungen entwickelt.

Auf dieser Erfahrungsgrundlage formuliert das Memorandum die Faktoren, die für eine bedürfnisge-
rechnete Gestaltung der Lebensräume und der Dienstleistungen für ältere Menschen im Gemeinwesen
notwendig sind.

Die im Netzwerk engagierten Partner fordern ein Umdenken aller Beteiligten: des Bundes, der Länder,
der Gemeinden, der Sozialversicherungsträger, der Dienstleistungsanbieter, der Investoren, der Finanzi-
ers und der Bürger. Veränderungen sind notwendig auf der Handlungsebene des sozialen Miteinanders,
der Sozialen Arbeit, der Betreuung und Pflege, auf der Strukturebene von Diensten und Einrichtungen
sowie in der baulichen Infrastruktur wie auch auf der Steuerungsebene der Politik, der Rechtsetzung
und der Finanzierung.

Dieses Memorandum richtet sich an die Verantwortlichen in der Politik, in der Wohlfahrtspflege, in der
gewerblichen Wirtschaft, in den Kirchen, in den relevanten Initiativen des Gemeinwesens sowie nicht
zuletzt an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

2. Die Leuchtturmmodelle der SONG-Partner zeigen: Eine Vision ist machbar



Die Zukunft hat schon begonnen: Gegen den Mainstream der heutigen Steuerungs- und Finanzierungslogik gibt es bereits eine Reihe bundesweiter Beispiele für tragfähige, gemeinwesenorientierte Wohn- und Lebensformen, die für die Neuausrichtung sozialer Architekturen als beispielgebend gelten können.

Die vier Leuchtturmmodelle der SONG-Partner basieren darauf, die Herausforderungen, die aus Hilfs- und Pflegebedürftigkeit erwachsen, innerhalb von Quartieren und alltagsnahen Wohnmodellen zu bewältigen. Die Modelle bieten den Bewohnern normale, barrierefreie Wohnungen unterschiedlicher Größe in Wohnanlagen, die in den jeweiligen Stadtteil integriert sind und zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten aufweisen. Aktivität und Miteinander der Bewohner werden über die Generationen hinweg gefördert und bei Hilfebedarf individuelle Unterstützungsnetzwerke aus Angehörigen, Freunden, Nachbarn, bürgerschaftlich Engagierten und professionellen Dienstleistern geknüpft.

Gemeinsame Zielvorgaben dieser Modelle sind:

- Stärkung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative;
- Förderung von sozialen Netzen und neuen Formen des Hilfemixes;
- Entwicklung neuer lokaler Kooperationsformen und Interessensgemeinschaften durch Gemeinwesenarbeit;
- Gestaltung neuer Pflegearrangements im Quartier;
- Mobilisierung erhöhter nachbarschaftlicher Hilfe.

Alle Leuchtturmmodelle sind darauf ausgerichtet, dass die Quartiersbewohner mit anderen – für sich selbst – etwas tun, um damit eine verlässliche Beheimatung und gegenseitige Sorge im Wohnquartier zu ermöglichen. Die qualifizierte Unterstützung, fachliche Begleitung und lokale Vernetzung der Akteure sind unerlässliche Voraussetzungen für solche tragfähigen Beziehungs- und Hilfearrangements.

Zur Finanzierung des notwendigen Sozialmanagements haben die Netzwerkpartner unterschiedliche Finanzierungsmodelle entwickelt, die sich entweder aus Beiträgen der Bewohner, der Kommunen, der Wohnungswirtschaft und der Bürgerschaft speisen oder Quersubventionierungen der Träger selbst darstellen. Die trotz des vielfältigen Gemeinwohlnutzens fehlende öffentliche Regel-Finanzierung erweist sich dabei als das wesentliche Hindernis für eine weitere Verbreitung dieser Modelle.

Für Investitionsspekulationen und den zügellosen Ausbau isolierter und absondernder Pflegeeinrichtungen lässt diese ganz auf Selbstbestimmung und Teilhabe abzielende Vision keinen Raum mehr.

Im Sinne auch der ökonomischen Effizienz haben sich die Netzwerkpartner darauf ausgerichtet, Kooperation und gemeinsame Ressourcennutzung nicht mehr der zufälligen Zusammenarbeit einzelner Organisationen zu überlassen, sondern sie zum systematischen und verbindlichen Gestaltungsprinzip zu erheben.

Gleichzeitig verlangt eine solche Neuausrichtung dem Individuum die Bereitschaft zur verlässlichen Übernahme von Verantwortung für andere ab.

Die vorliegenden Befunde weisen nach, dass die Gesellschaft auf sehr vielfältige Weise von gemeinschaftlichen Wohnmodellen profitieren kann. Um solche Wohnmodelle realisieren zu können, müssen allerdings die für den gesellschaftlichen Mehrwert konstitutiven Investitionen getätigt werden.

Im Vergleich zu herkömmlichen Wohn- und Betreuungsformen ergeben sich die folgenden zentralen Analyse-Befunde:

- Ausgeprägtes soziales Zusammenleben und verbesserte Kommunikation, im und um das Modell;
- Bessere Gesundheitsentwicklung und geringerer Hilfebedarf bei den Bewohnern der Modellprojekte;
- Intensivierter Austausch mit Nachbarn sowie Indizien für ein erhöhtes Engagement aller Quartiersbewohner;
- Mehr Angebote und stärkere Inanspruchnahme von Nachbarschaftshilfe;
- Messbare Einspareffekte für Bürger und insbesondere für die öffentlichen Kostenträger;
- Positive Integrationseffekte für weitere Personengruppen (etwa Familien, Alleinerziehende oder sozial Benachteiligte).

4. Empfehlungen

I. Renaissance des Subsidiaritätsprinzips

Das Subsidiaritätsprinzip erlebt derzeit eine Renaissance, denn das Leitbild eines vorrangig versorgenden Sozialstaates ist nicht mehr zeitgemäß. Gleichzeitig gilt, dass allein die familiäre Solidaritätsbereitschaft nicht mehr trägt: weder empirisch noch normativ. Betrachtet man das im Sinne eines Vorranges selbstbestimmter Lebensgestaltung verstandene Subsidiaritätsprinzip weiterhin als zentralen Baustein unserer Gesellschaftsordnung, wird man es für den modernen europäischen Sozialstaat neu definieren müssen.

Dabei geht es keineswegs um die Rücknahme zentraler sozialstaatlicher Garantiefunktionen, wohl aber um eine Neujustierung der

- Zuständigkeiten und der Infrastrukturverantwortung in Pflege und Betreuung;
- Zugangsregelungen zu Sozialleistungen sowie ihrer Realisierung vor Ort;
- Prinzipien der Verteilungs- und individuellen Bedarfsgerechtigkeit.

Subsidiarität sollte als zentrales Paradigma der Sozialpolitik neue Wirksamkeit entfalten, auch wenn dieses die Interessen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen tangiert. Im Kern geht es um das Zusammenspiel von Markt, Sozialstaat, Wohlfahrtsgesellschaft und Familie. Zu den tragenden Bausteinen einer auf dem Subsidiaritätsprinzip basierenden Sozialpolitik gehört dabei eine Stärkung der Kommunen – und das nicht nur proklamatorisch, sondern auch faktisch in ihrer Finanzkraft.

Mit dem Subsidiaritätsprinzip ist stets die Verantwortung des Staates verbunden, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem Einzelnen, Familien oder anderen sozialen Mikroeinheiten die Existenzsicherung und ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Subsidiarität ist freilich nicht gleichbedeutend mit neoliberalen Rücknahmetendenzen des Staates oder gar einer sozialpolitischen „laissez-fair“-Gleichgültigkeit. Ganz im Gegenteil ist hier ein unterstützender und ersatzweise eintretender Staat gemeint, der sehr wohl um die grundsätzlichen Grenzen seiner eigenen Leistungsfähigkeit weiß.



II. Fördern neuer Solidaritätsstrukturen

Die Übernahme von Sorge- und Pflegeaufgaben findet in Deutschland bis heute überwiegend innerhalb der Familien und Partnerschaften statt. Die Pflegeversicherung ist bislang nur deshalb finanziell relativ stabil, da in der „modernen“ deutschen Gesellschaft nach wie vor eine unerwartet hohe solidarische Pflegebereitschaft zu finden ist. Perspektivisch ist jedoch bereits mittelfristig von einer deutlichen Abnahme des informellen Pflegepotenzials auszugehen. Wenn man weiterhin auf gesellschaftliche Solidarität setzen will, verlangt dies nach einer anderen Akzentuierung der sozialrechtlichen „Förderung“ und Transfergestaltung. Sofern nicht sozialpolitisch gegengesteuert wird, ist in den nächsten Jahrzehnten von einer dramatisch höheren Nachfrage nach stationären Versorgungsformen auszugehen.

Dennoch gibt es keinen Grund für Kulturpessimismus. Die Bereitschaft zur Solidarität ist vorhanden, doch sie verändert sich. Die Einsicht in die Sinnhaftigkeit von bürgerschaftlichem Engagement wächst.

Die Bereitschaft zur Solidarität ist in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen. Doch die Förderung der Bereitschaft zu Solidarität und Engagement in der Bevölkerung bedarf ebenso wie die Wirtschaftsförderung einer infrastrukturellen Verankerung. Den Kommunen kommt bei der Etablierung engagementfördernder Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle zu. Eine „kommunale Engagementlandschaft“ ist durch eine flächendeckende Struktur lokaler Anlaufstellen geprägt, die zielgerichtet freiwilliges Engagement im Quartier fördert und unterstützt. Regionale Kompetenzstrukturen und Förderinstrumente auf Landesebene können einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten. Die Investition in entsprechende Infra- und Kompetenzstrukturen ist durchaus lohnend, auch aus fiskalischen Gründen.

Um möglichst vielen Menschen eigenes Engagement zu ermöglichen, das die soziale Integration fördert, zu lebenslangem Lernen befähigt und soziale Sicherheit stiftet, bedarf es einer rechtlichen Plankierung des bürgerschaftlichen Engagements. Auch die Regelungen zur Beschäftigungsförderung und Grundversicherung sind engagementverträglich auszugestalten und anzuwenden. Ebenso dürfen protektionistische berufsrechtliche Vorgaben sowie deren Entsprechungen im Sozialleistungsrecht Menschen nicht daran hindern, Sorgeaufgaben für hilfebedürftige Menschen zu übernehmen.

III. Stärken lokaler Gestaltungsmacht

Der demographische und soziale Wandel verlangen nach einer grundlegend geänderten sozialpolitischen und sozialrechtlichen Steuerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Dabei sind unterschiedliche Politik- und Rechtsbereiche tangiert, die in ihren Steuerungslogiken stärker miteinander zu harmonisieren sind.

Zu den tragenden Bausteinen einer auf dem Subsidiaritätsprinzip basierenden Sozialpolitik gehört eine Stärkung der Kommunen. Die Entwicklung einer zukunftsfähigen und am jeweiligen Bedarf orientierten Wohn-Infrastruktur und Pflege- bzw. Assistenzlandschaft stellt eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge dar und muss daher auf lokaler Ebene gestaltbar sein. Derzeit dominieren im Pflege-sektor jedoch zentral steuernde nationale Institutionen, die die lokale Steuerungsfähigkeit und -bereitschaft marginalisieren.

Daher ist eine grundlegende Neuverteilung der Aufgaben und Kompetenzen anzustreben. Wesentliche Elemente der Leistungsgewährung in Pflege und Assistenz sollten auf die lokale Ebene verlagert werden. Bei gleichzeitiger Weiterentwicklung bundeseinheitlicher Assessment-Instrumente, Leistungsgrundsätze und Qualitätsmaßstäbe könnte die Umsetzung nach örtlichen und individuellen Gegebenheiten in kommunaler Verantwortung erfolgen. Dieses würde die Chance für eine integrierte, sektorenübergreifende Infrastruktur- und Angebotspolitik auf Gemeinde- und Quartiersebene eröffnen. Die Entwicklung von Infrastruktur, Wohnangeboten und sozialen Leistungen könnte so aufeinander abgestimmt und unter Einbeziehung der jeweils vor Ort vorhandenen Akteure und Ressourcen gestaltet werden.

Die aktuelle monetäre und rechtliche Steuerung weist insbesondere den Sozialversicherungsträgern eine herausragende Rolle zu. Die Finanzierungsstrukturen lassen auf dem Seniorenwohn- und Pflegeimmobiliensektor jedoch auch kommerzielle Investoren aktiv werden, die sich den Spielregeln quartiersbezogener Kommunal- und Infrastrukturentwicklung weitestgehend entziehen. Damit werden Ansätze zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur vor Ort faktisch konterkariert. SONG stellt sich mit seinem Ansatz, seinem Anliegen und seinem konzeptionellen Zugang gegen den Mainstream aktueller sozialpolitischer Steuerung.

Eine sozialpolitische und sozialrechtliche Neuorientierung kann nicht allein durch Änderungen im Sozialgesetzbuch erreicht werden – so schwierig allein dieses für sich genommen schon wäre. Die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme folgen ihrer jeweils eigenen Funktionsmechanik. Notwendig ist daher eine Reform, die zu einem wirkungsorientierten rechtlichen Gesamtsteuerungskonzept gelangt: Dabei gilt es vor allem, die Funktionslogiken der für die Umsetzung von Quartiersprojekten relevanten politischen und rechtlichen Bereiche aufeinander abzustimmen. Insofern stellt die Position von SONG ein Plädoyer für einen kooperativen Föderalismus dar.

Die Kommunen sollten zwar eine Koordinierungs-, aber keine dirigistische Steuerungsfunktion haben. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollte es einem pluralen Spektrum freier Träger überlassen bleiben, die nötigen Dienstleistungen im Verbund mit anderen, aber auch im produktiven Wettbewerb untereinander zu erbringen.

IV. Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik

Die Familien, der Staat, der Markt und der dritte Sektor sind damit überfordert, jeweils für sich selbst die öffentliche Wohlfahrt zu gewährleisten. In Zukunft kommt es daher entscheidend darauf an, die verschiedenen Sektoren in einem Welfare-Mix miteinander zu verknüpfen. Wie die SONG-Leuchtturmmodelle zeigen, ist für die Bildung und Stabilisierung individueller Hilfearrangements in neuen sozialen Netzwerken ein professionelles Sozialmanagement unabdingbar.

Obwohl diese Netzwerkarbeit einen vielfältigen ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzen erzeugt, gibt es bisher keine geregelte öffentliche Finanzierung eines solchen Sozialmanagements. Da die öffentlichen Kostenträger vom Gelingen solcher sozialen Netzwerke profitieren, sollten sie auch an den zusätzlichen Kosten des Sozialmanagements beteiligt werden. Die im Sozialleistungs- und im Sozialversicherungssystem zur Verfügung stehenden Mittel dürfen künftig also nicht mehr ausschließlich in die Einzelfallhilfe gehen, sondern müssen zumindest teilweise für diese notwendige Infrastruktur verwendet werden. Verbunden mit weiteren Leistungen z. B. der Kommunen, der Wohnungswirtschaft und seitens der Bürgerschaft kann so eine flächendeckende Verbreitung entsprechender Modelle und Strukturen initiiert und finanziert werden.

Medizinische und fachpflegerische Leistungen, die eine professionelle Leistungserbringung erfordern, werden auch künftig über die Instrumente des klassischen Leistungserbringungsrechts zu steuern sein. Dabei müssen im Pflegesektor die Kranken- und Pflegeversicherung eng koordiniert oder sogar zusammengeführt werden.

Wenn Selbstbestimmung und Teilhabe auch bei Hilfsbedürftigkeit als oberste Prinzipien gelten sollen, bedarf es eines größeren Gestaltungsspielraums in der Inanspruchnahme und Ausgestaltung von Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Assistenzleistungen, die die individuelle Lebensführung und -gestaltung unterstützen, dürfen nicht mehr – wie nach dem bisher vorherrschenden Sachleistungsprinzip – bis ins Detail vorgegeben sein. Sie müssen vielmehr für individuelle Aushandlungsmöglichkeiten geöffnet werden, sei es durch Vereinbarung individueller Leistungspakete oder durch persönliche Budgets. Ein verantwortungsvoller Umgang der Bürger mit den so zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln könnte über eine finanzielle Selbstbeteiligung sichergestellt werden.

Auf diese Weise ließen sich die starren Grenzen der Leistungsbereiche beseitigen. Dies gilt sowohl zwischen den einzelnen Pflegeversicherungsleistungen – beispielsweise zwischen ambulanten und stationären Leistungen, wie auch zwischen Pflegeversicherungs- und Sozialleistungen, sowie mit Blick auf informelle Hilfen. Bei einer lokalen Zuständigkeit könnten mit Hilfe geeigneter Assessment-Instrumente die Hilfebedarfe leistungsträgerübergreifend erhoben und jeweils individuell passende Hilfearrangements getroffen werden.

Die Unterzeichner:



Dr. Berthold Becher
Bank für Sozialwirtschaft AG



Alexander Künzel
Bremer Heimstiftung



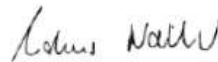
Dr. Johannes Meier
Bertelsmann Stiftung



Franz Josef Stoffer
CBT – Caritas-Betriebsführungs-
und Trägergesellschaft Köln



Dr. Bodo de Vries
Evangelisches Johanneswerk e.V.



Dr. Markus Nachbaur
Stiftung Liebenau

Wer mehr wissen möchte (SONG-Publikationsverzeichnis)

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Policy Paper – Demographischer und sozialer Wandel: Zentrale Leitlinien für eine gemeinwesenorientierte Altenhilfepolitik und deren Bedeutung für soziale Organisationen. Gütersloh 2006.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Positionspapier des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG) zum demographischen Wandel. Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Lebensräume zum Älterwerden – Für ein neues Miteinander im Quartier. Memorandum des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG). Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Expertise von Professor Dr. Thomas Klie zur sozialpolitischen Neuorientierung und Neukonzentrierung rechtlicher Steuerung. Gütersloh 2009.

Publikationen im Verlag der Bertelsmann Stiftung

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 1: Eine Potenzialanalyse ausgewählter Wohnprojekte. Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 2: Eine neue Architektur des Sozialen – Sechs Fallstudien zum Welfare Mix. Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 3: Soziale Wirkung und „Social Return“. Eine soziökonomische Mehrwertsanalyse gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Gütersloh 2009.

Themenheftreihe

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 1: Hilfe-Mix – Ältere Menschen in Balance zwischen Selbsthilfe und (professioneller) Unterstützung. Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 2: Gemeinsam mehr erreichen – Lokale Vernetzung und Kooperation. Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 3: Den neuen Herausforderungen begegnen – Mitarbeiter weiter qualifizieren.
Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 4: Neue Wohnformen im Alter – Finanzierungsmöglichkeiten innovativ gestalten.
Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 5: Innovationen ermöglichen – Wirkungsorientiert steuern. Gütersloh 2008.

Projektziele und Projektmodule im Netzwerk SONG

Während sich viele gemeinwesenorientierte Konzepte immer noch am Anfang der Entwicklung befinden, haben die vier großen Trägerorganisationen unter den Netzwerkpartnern in den letzten Jahren bereits zukunftsweisende Wohnprojekte realisiert. Sie verfügen damit über ein breites Erfahrungswissen. Dieses wird im Netzwerk SONG im kritischen, reflektierten Dialog und durch wissenschaftliche Analysen auf den Prüfstand gestellt.

Gemeinsames Ziel der Netzwerkpartner ist es, breitenwirksame, zielgruppenspezifische Rahmenbedingungen für quartiersbezogene Leistungs- und Wohnangebote zu definieren, zu entwickeln und daraus sozialpolitische Anforderungen zu benennen. Als Projektgrundlage dient die Evaluation der bestehenden vier Modelle zwischen 2006 und 2009, weitere in Planung befindliche Projekte sowie die generellen Erfahrungen der Netzwerkpartner im Altenhilfesystem.

Organisation	Projekt
Bremer Heimstiftung	„Haus im Viertel“
Evangelisches Johanneswerk e.V.	„Projekt Heinrichstraße“
CBT – Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH	„Mehrgenerationenwohnhaus Wipperfürth“
Stiftung Liebenau	„Lebensräume für Jung und Alt“

Weitere Partner des Netzwerkes SONG sind die Bertelsmann Stiftung und die Bank für Sozialwirtschaft AG. Die Bertelsmann Stiftung unterstützt SONG in der Koordination der Netzwerkarbeit und mit ihren politikberatenden Erfahrungen. Die Bank für Sozialwirtschaft bringt ihre langjährige Erfahrung mit der Finanzierung von Sozial- und Gesundheitsdiensten ein. Sie ist unmittelbar konfrontiert mit den Grenzen der bisherigen Angebotsgestaltung und Finanzierung, aber auch mit den neuen Anforderungen an Anbieter und Mittelgeber.

Das Projekt umfasst folgende Module:

- Bestandsaufnahme in Form einer Selbstdarstellung der zu untersuchenden gemeinschaftlichen Wohnprojekte
- Potenzialanalyse dieser quartiersbezogenen Wohnprojekte
- Sozioökonomische Mehrwertanalyse gemeinschaftlicher Wohnprojekte nach dem Ansatz „Social Return on Investment“ (SROI)
- Durchführung von fünf Fachgesprächen (Workshops mit rund 60 Fachleuten aus den Partnerorganisationen) zu zentralen Fragen der Gestaltung und Finanzierung sozialer, gemeinwesenorientierter Leistungen und Hilfen
- Erstellung von Handlungsempfehlungen
- Beratung politischer Entscheidungsträger
- Erarbeitung von Fachpublikationen
- Realisierung eines Dokumentarfilms
- Durchführung öffentlicher Transferveranstaltungen

Impressum

© 2009 Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG)

Sprecher des Netzwerks

Alexander Künzel

Projektmanagement

Gerhard Krayss, Hans Jörg Rothen

Projektassistenz

Ulrich Dobler

Lektorat

Jörg Franke

Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweis

© Veit Mette, Bielefeld

Kontakt

Netzwerk: Soziales neu gestalten
Bertelsmann Stiftung
Programm Gesunde Lebenswelten gestalten
Gerhard Krayss
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Telefon 05241 81-81336
Fax 05241 816-81336
gerhard.krayss@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

www.zukunft-quartier.de

**NETZ
WERK** soziales
neu
gestalten



Bank
für Sozialwirtschaft



Evangelisches Johanneswerk e.V.
Einschaltungen der Diakonie



Stiftung Liebenau



| BertelsmannStiftung

KiTa Bremen Bremens städtische Kinder- und Familienzentren

KiTa Krippe
KiTa Kindergarten
KiTa Hort
KiTa Treff
KiTa Familie



KiTa Bremen, Faulenstraße 14-18, 28195 Bremen

Rahmenkonzeption für die Entwicklung von Kinder- und Familienzentren

- Entwicklung eines handlungsleitenden Konzeptes unter Berücksichtigung der inhaltlichen, personellen und ggf. finanziellen Handlungsbedarfe / Konsequenzen
- Beschreibung der Umsetzungsschritte -Zeit und Arbeitsplanung

Referenz Rahmenkonzeption für Kinder und Familienzentren von KiTa Bremen
Datum 12. 1. 2010
Ansprechpartner Rosi Fein , Geschäftsführerin/Pädagogische Leitung,
Tel: 0421 361 5701, Fax: 0421 496 5701, E- Mail: rosi.fein@kita.bremen.de

Das Rahmenkonzept für Kinder- und Familienzentren wird in einer Kurzfassung und in einer Langfassung vorgelegt

Kurzfassung

Inhalt der Kurzfassung:

Telefon 0421-361 5700	Ausgangssituation	Seite 2
Telefax 0421-361 59771	Die Vision	Seite 4
E-Mail office@kita.bremen.de	Die Strategie	Seite 5
Internet www.kita.bremen.de	• Ziele der Umsetzung	Seite 7
	Haltung und Philosophie	Seite 9
Straßenbahn Linie 1, 2, 3	Zeit und Arbeitsplanung	Seite 11
Bus Linie 25/26/27, 61/62/64	Literaturverzeichnis	
Haltestelle Am Brill		
KiTa Bremen Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen Geschäftsführerin Rosi Fein Stv. Geschäftsführer Wolfgang Bahlmann		
Bremer Landesbank BLZ 290 500 00 Konto-Nummer 10 70 60 00 00		

Die Ausgangssituation

KiTa Bremen hat sich in den letzten Jahren konzeptionell und im Alltag der Einrichtungen insbesondere mit der Qualitätsentwicklung von Erziehung, Bildung und Betreuung in Krippe, Kindergarten, Hort und Treffs (Spielhäuser und offene Kinderangebote) beschäftigt. Auf der Grundlage des Rahmenplans für Bildung und Erziehung wird seit 2008 jährlich ein Aufgabenbereich in den Einrichtungen intern evaluiert und weiterentwickelt.

Der Organisationsentwicklungsprozess hat wesentlich zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit des Gesamtbetriebes beigetragen.

Nun rücken die gesellschaftlichen Bedarfe stärker in den Focus.

So stellt z.B. der Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren neue konzeptionelle und organisatorische Anforderungen an den Betrieb.

Das Verständnis für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Eltern der Kinder ist in den Einrichtungen von KiTa Bremen gewachsen. In manchen Stadtteilen haben sich tragfähige Kooperationsbeziehungen zwischen Kindertageseinrichtungen und anderen Trägern, Schulen und Sozialen Diensten entwickelt.

Die Zusammenarbeit mit Eltern wandelt sich. Ziel ist es, die Entwicklung von Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und pädagogischen Fachkräften zu fördern.

Die Gestaltung von Übergängen zwischen Elternhaus, Kindertageseinrichtung und Schule hat einen hohen Stellenwert.

Als Träger der Jugendhilfe hat KiTa Bremen den Auftrag die Kinder zu bilden, zu erziehen und zu betreuen sowie

„1. Junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen.

2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen,

3. Kinder- und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen,

4. Dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“¹

Kinder aus bildungsnahen Familien werden in etwa einem Drittel der städtischen Einrichtungen betreut. Zunehmend nachgefragt werden Plätze für Kinder unter drei Jahren sowie nach längeren Öffnungszeiten und flexibleren Betreuungszeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht hier im Vordergrund. Die Gruppe von Familien, die über ein hohes Maß von materiellen Ressourcen und persönlichen Kompetenzen verfügt, wollen nicht „Zaungäste“ der Bildungsbiographie ihrer Kinder sein. Auch wenn Eltern einen „Mittelschichtshintergrund“ haben, können sie sich ebenfalls in Situationen der Isolation und Überforderung befinden, wenn sie im Alltag ein Kind allein versorgen und erziehen müssen.²

In den Stadtteilen, deren Sozialstruktur durch prekäre Lebenslagen der Familien gekennzeichnet sind, betreibt KiTa Bremen 2/3 seiner Kitas und Spielhäuser.³

KiTa Bremen
Bremens städtische
Kinder- und Familien-
zentren

Postadresse
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Telefon
0421-361 5700
Telefax
0421-361 59771
E-Mail
office@kita.bremen.de
Internet
www.kita.bremen.de

¹ SGB VIII, § 1, Abs.3

² vgl. Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg, Evaluationsbericht der Eltern-Kind- Zentren in Hamburg, 2008/2009

³ Dies betrifft insbesondere die Neustadt, Osterholz- Tenever, Gröpelingen, Vergesack, Huchting; Quelle der Daten: betriebliches Controlling og. Vgl. dazu auch die Expertise von Kerstin Decker- Kühnke, Studentin an der Uni Oldenburg: „ Was leisten Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten- Ein Porträt

Transferleistungen erhalten insgesamt 47 % aller Kinder, die von KiTa Bremen betreut werden.
33% der Kinder haben eine alleinerziehende Mutter oder Vater.

52% aller Kinder haben einen Migrationshintergrund. Die Mehrheit wächst in kinderreichen Familien auf.

Für 56% der Kinder wird der Mindestsatz an Elternbeitrag und für rund 14% der Kinder wird der Höchstsatz an Elternbeitrag gezahlt

Strukturell bedingte Arbeitslosigkeit vergrößert die Armutsrisiken.

Die materielle Ressourcenarmut der Familien bedingt Bildungsarmut und eine geringe Teilhabe am sozialen, geistigen und kulturellen Leben der Stadt.

Kinder aus sozialbenachteiligten Familien haben das größte Erkrankungsrisiko, insbesondere für seelische Krankheiten und Entwicklungsstörungen. Häufig sind Eltern in schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lebenssituationen, die sie chronischen Stressreaktionen aussetzen, und unter denen sie den Blick für die Bedürfnisse ihrer Kinder verlieren können.

Eltern aus einkommensschwachen Familien erwarten, dass der Kindergarten- auch mit Blick auf die gestellten Anforderungen im Primarbereich- stärker kompensatorisch wirkt.

Kindertagesstätten als „Orte für Kinder“ öffnen sich zu Begegnungsstätten für Eltern. Themen sind z.B. Fragen des Umgangs mit ihren Kindern.

Elternberatung und Elternbildung sind als Unterstützungssysteme notwendig geworden und stellen die Einrichtungen vor neue Herausforderungen, die sie nicht ohne zusätzliche fachliche und materielle Unterstützung leisten können.

In der Umsetzung des Kommunikationskonzeptes seit 2008 wird die neue Strategie auch im Namen des Trägers deutlich gemacht: „Bremens städtische Kinder- und Familienzentren“.

Der Name bezeichnet die strategisch programmatische Richtung, die konzeptionell ausgefüllt und umgesetzt werden muss. Dies ist ein Prozess, an dem alle Mitarbeiter/innen von KiTa Bremen, die Personalvertretung, die Fach- und Dienstaufsicht des Sozialressorts, der Betriebsausschuss sowie der Gesamtelternbeirat beteiligt werden.

Mit dem vorliegenden Rahmenkonzept wird den Kinder- und Familienzentren eine gemeinsame konzeptionelle Grundlage gegeben.

KiTa Bremen
Bremens städtische
Kinder- und Familien-
zentren

Postadresse
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Telefon
0421-361 5700

Telefax
0421-361 59771

E-Mail
office@kita.bremen.de
Internet
www.kita.bremen.de

Die Vision

Bremens städtische Kinder- und Familienzentren fördern das Zusammenleben und Lernen von Kindern und Familien verschiedener Kulturen und heterogener Lebenslagen.

von KiTa Bremen“, 2009; vgl. auch Lutz Liffers: Bildungsknoten Grundschulen in Gröpelingen, 9/2009 im Auftrag der Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen

Die multiethnische und interkulturelle Stadtgesellschaft und die Traditionen der Freien Hansestadt Bremen bilden mit KiTa Bremen eine Allianz und prägen die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen.

Ziel ist die Darstellung und die Stärkung der sozialen und bildungsfördernden Inklusion⁴ durch einen Perspektivenwechsel in der Entwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren um mehr „Chancengerechtigkeit“ zu ermöglichen.⁵

Für ein neues Bündnis zwischen Bürgertum und sozialbenachteiligten Schichten:

In der Stadt besteht die hanseatische Tradition der „ehrbaren Kaufleute“ und der einkommensstarken und bildungsnahen Bürger/innen. Die Kaufmannsfeste wie z.B. das Schaffermahl und die Eiwette haben auch eine soziale Komponente. Ohne die Spenden der Gäste könnten z.B. die Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger ebenso wenig ihre Arbeit verrichten wie das vom Schaffermahl getragene Haus Seefahrt, ein Heim für verarmte Kapitäne und deren Angehörige und seit Neustem auch für Nautikstudenten.

Die Stadt ist geprägt durch Bürgersinn, von Stiftungen und Ehrenamt. Als jüngstes Beispiel bei KiTa Bremen steht dafür der Bau des „Grohner Uthiek“ in Grohn. Das soziale Engagement von Nachbarn des Kinder- und Familienzentrums „Haus Windeck“ sowie von Organisationen im Stadtteil, haben maßgeblich dazu beigetragen, dass eine neue Einrichtung für Kinder unter drei Jahren und ein Frühförderzentrum entstanden sind.

Auch wenn das einst von Bürgermeister Wilhelm Kaisen beschriebene „historische Bündnis von Kaufmannschaft und Arbeiterschaft“ nicht mehr existiert, knüpfen wir unsere Erwartungen an die Solidarität der bremischen Bürger und die politische Verantwortung, die nicht auf Ausgrenzung setzt, sondern auch durch die Schaffung von Kinder- und Familienzentren, die Teilhabechancen, insbesondere von sozialschwachen und Einwandererfamilien erhöht. KiTa Bremen bringt sich mit seinem Fundraisingprojekt ein und überzeugt Unterstützer mit seiner Arbeit.

Kinder- und Familienzentren, die sich an den Bedarfen und Bedürfnissen von Kindern und ihren Familien im Stadtteil orientieren, die den Zusammenhang zwischen Bindungs- und Bildungsfähigkeit erkennen⁶, tragen zur sozialen Integration bei.

Die Strategie

KiTa Bremen
Bremens städtische
Kinder- und Familien-
zentren

Postadresse
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Telefon
0421-361 5700
Telefax
0421-361 59771
E-Mail
office@kita.bremen.de
Internet
www.kita.bremen.de

Kita Bremen definiert mit diesem Rahmenkonzept für Kinder- und Familienzentren die Aufgaben für die Kindertagesstätten und Spielhäuser neu.

Der Träger orientiert sich dabei an der Entwicklung der britischen „Early Excellence Centers“.⁷ Unsere daraus abgeleiteten Ziele sind:

⁴ Inklusive Pädagogik ist ein neuer Ansatz der Pädagogik, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung der Diversität (Vielfalt) in der Bildung und Erziehung ist. Befürworter der Inklusion betrachten die Heterogenität als eine Gegebenheit, die die Normalität darstellt. (Wikipedia)

⁵ vgl. Bundesjugendkuratorium Juni 2008, Stellungnahme zur Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen

⁶ siehe dazu auch das Konzept des KuFZ Beckedorferstr. zur Arbeit mit U3 Kindern

- **Individuelle Förderung der Kinder**
- **Öffnung in den Stadtteil**
- **Zusammenarbeit mit Eltern zu deren Unterstützung**

Die zielorientierte Perspektivenenerweiterung auf die Familie als maßgebliche Adressatengruppe ermöglicht es uns, familiäre und institutionelle Bildungsorte und Lernwelten besser mit einander zu verknüpfen.

Die Qualitätsentwicklung von KiTa Bremen erweitert sich damit für alle Einrichtungen auf eine systematische Verortung im Sozialraum und eine strategische Vernetzung mit wichtigen Kooperationspartnern.

Ziel ist es, die Möglichkeiten der sozialen und bildungsfördernden Inklusion im Kinder- und Familienzentrum weiter zu entwickeln und zu stärken.

Der begonnene Entwicklungsprozess des Konzepts für die Entwicklung der Kitas/ Spielhäuser von KiTa Bremen zu „Kinder- und Familienzentren“ basiert, auf der Betrachtung der sozialen Lagen der Familien, die die Einrichtungen von KiTa Bremen besuchen und der beschriebenen Vision. Er bezieht sich auf sozialwissenschaftliche Erkenntnisse und auf die bildungs- und sozialpolitische Notwendigkeit, die kompensatorischen und integrativen Stärken von Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertagesstätten/Spielhäusern neu zu bewerten. Erweiterte Handlungsperspektiven und Strukturen für die Einrichtungen und die Zentrale von KiTa Bremen werden entwickelt.

Die Entwicklung von der Kindertagesstätte zum Kinder- und Familienzentrum kann nicht „nebenbei“ geschehen. Daher macht es Sinn, ein Rahmenkonzept für den gesamten Betrieb KiTa Bremen zu erarbeiten, das im Kontext der Qualitätsentwicklung von KiTa Bremen zu verstehen ist.

Unter Beteiligung verschiedener Akteure, wie Leitungskräfte aus Kitas und Spielhäusern, Fachberaterinnen, Regionalleiter/innen, dem Bereichsleiter für Hauswirtschaft und einer Vertreterin des Gesundheitsamtes, wurden in einer dafür eingerichteten Projektgruppe unter Leitung der Regionalleiterin Frau Schrader in 2009 die Grundlagen für ein handlungsleitendes Rahmenkonzept erarbeitet.⁸

In der erweiterten Leiter/innenbesprechung (eine Besprechungsform, die zweimal jährlich seit dem OE- Prozess stattfindet) am 27.10. 2009, wurden die Ergebnisse der Projektgruppe allen Leiter/innen , stellvertretenden Leiter/innen, den Fachberater/innen, Regionalleiter/innen, dem Personalrat sowie den Führungskräften in der Zentrale vorgestellt. Es ging um eine erste interne Präsentation der Ergebnisse. Die Teilnehmer/innen hatte die Aufgabe der

⁷ Vgl. Hebenstreit-Müller, Sabine/ Kühnel, B. (Hrg) Early Excellence: der positive Blick auf Kinder, Eltern und Erzieherinnen, Berlin 2007 „Die Entwicklung der Early Excellence Centers (EEC) und der Start des Early Excellence Programm 1997 in Großbritannien werden in der Fachdebatte als Pioniere der Weiterentwicklung von Kindergärten zu Familienzentren herausgestellt. Ziel der englischen Regierung war der Ausbau des Systems frühkindlicher Bildung. Die Konzepte für Kinder- und Familienzentren in Deutschland beziehen sich überwiegend auf diesen Ansatz.“

⁸ Mitglieder der Projektgruppe, die von Februar bis November 2009 die Grundlagen der Rahmenkonzeption erarbeitet haben: Kerstin Al Hussaini, Marion Haase, Anne Knauf, Sabine Meinke, Greta Menge, Jürgen Uhlenberg, Petra Rannenberg-Schwerin, Joachim Schuch, Andrea Stiepani, Elke Taschies, Dorothe Wolter Buhlmann, Christiane Schrader, Dr. Kahle vom Gesundheitsamt.

Projektgruppe konstruktive Rückmeldung zu geben. Ergänzungen, Vorschläge und kritische Anmerkungen wurden aufgenommen.
Herr Dr. Stamer hat die Präsentation mit einem Vortrag über Ergebnisse der Resilienzforschung für die Kindertagesbetreuung eingeleitet.⁹

Den Vorschlägen der Projektgruppe zu Folge können beispielhaft diese Angebote in einem Kinder-Familien-Zentrum aufgebaut werden:

- Ein Eltern-Kaffee, als Ort der Begegnung
- Beratungsangebote durch das Einrichtungspersonal
- oder mit anderen Institutionen im Stadtteil,
- wie z.B. Hebammen, Krankenschwestern, Kinderärzten,
- Erziehungsberatung
- Logopäden/ Ergotherapeuten
- Frühförderstellen
- Lehrer/Innen
- Sprachkurse für Eltern
- Mutter-Kind-Spielkreise
- FIT- Programm-Kurse

Mit Institutionen im Stadtteil wie z.B.

- Schulen,
- Volkshochschule
- Spielhäusern (Treff)
- Migrantenorganisationen
- Stadtteil Arbeitskreise und Gremien
- Sozialzentren des Amt für Soziale Dienste
- Vereinen
- Schwimmbädern
- Theater und andere kulturelle Einrichtungen.
- Bürgerhäuser
- Häuser der Familie

können Kooperationen eingegangen werden.

Weitere Konkretisierungen können in der Langfassung des Rahmenkonzeptes, Kapitel 3 und 4 nachgelesen werden.

An Hand von 5 Praxisbeispielen werden die Entwicklungen in den Kindertagesstätten und Spielhäusern auf dem Weg zum Kinder- und Familienzentrum beschrieben.

KiTa Bremen
Bremens städtische
Kinder- und Familien-
zentren

Postadresse
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Telefon
0421-361 5700
Telefax
0421-361 59771
E-Mail
office@kita.bremen.de
Internet
www.kita.bremen.de

Ziele der Umsetzung

1. In jeder Region werden zu Kinder- und Familienzentren weiterentwickelt. Das sind jährlich 8 Einrichtungen. Sie werden mit zusätzlichen Ressourcen für Personal und Sachmittel ausgestattet, über die mit dem Sozialressort verhandelt werden.
 - Für die Koordinationsaufgaben wird die Personalausstattung jeder Einrichtung um wöchentlich 20 Stunden erweitert.

⁹ Herr Dr. Stamer hat zu diesem Thema kürzlich eine Dissertation verfasst.

- Die Verantwortung für die Rahmenkonzeption vor Ort liegt bei den Leitungskräften. Ziel ist, die Leitungskräfte in diesem Stundenumfang von der Gruppenarbeit für diese koordinierungsaufgaben freizustellen. Ist dies nicht realisierbar, übernimmt eine „Kordinatorin“ diese zusätzlichen Aufgaben. Eine entsprechende Aufgabenbeschreibung wird erarbeitet.
 - Zusätzlich zu den 20 Koordinationsstunden werden zusätzliche 8 std. für die Leitungsstunden in Einrichtungen ab 100 Plätzen berechnet.
 - Mittel für Honorarkräfte werden zusätzlich gewährt.
 - Die Sachmittel werden erhöht.³⁰
 - Es wird geprüft, ob für Reinigungs- und Küchenkräfte zusätzliche Ressourcen benötigen.
- Auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes erarbeitet künftig jedes Kinder- und Familienzentrum ein eigenes Hauskonzept. Bestehende Konzepte werden überarbeitet. Dabei werden sie von den Fachberater/innen unterstützt.

2. Fort- und Weiterbildung

In einem Personalentwicklungskonzept werden Qualifizierungsmaßnahmen für die Leitungskräfte und pädagogischen Fachkräfte sowie für das hauswirtschaftliche Personal konzipiert und geplant

- Die Verantwortung für die Umsetzung des Konzeptes liegt vor Ort bei den Leitungskräften und Koordinator/innen des Kinder- und Familienzentrums. Sie benötigen dabei neben der Unterstützung durch Regionalleitung und Fachberatung gezielte Fortbildungsangebote. z. B. für
- Organisations- und Teamentwicklung,
- die Entwicklung von eltern- und kindbezogenen Angeboten,
- die Weiterentwicklung und Sicherung von Kooperationsstrukturen sowie
- für die Förderung von interkultureller Kompetenz
- Den Schwerpunkt bilden Inhouse Teamfortbildungen zu den Themen Elternarbeit, Vernetzung im Stadtteil, Entwicklung von niedrig schwelligen Angeboten und spezifischen Fragestellungen für die Weiterentwicklung der Einrichtungen zu Kinder- und Familienzentren.

Bei der Personalgewinnung und Entwicklung wird auf die Einstellung von pädagogischen Fachkräften mit Migrationshintergrund besonders geachtet. Der derzeitige Anteil liegt bei 17%. Wir stellen jede pädagogische Fachkraft ein, die den Anforderungen an interkulturelle Kompetenz entspricht. Die Grundlage dafür ist das Positionspapier „Personalauswahl im Kontext interkultureller Öffnung bei KiTa Bremen“ sowie die Einstellungskriterien für das Pädagogische Personal. Bei künftigen Ausschreibungen wird KiTa Bremen Frauen und Männer mit Migrationshintergrund ausdrücklich auffordern sich zu bewerben.

3. Strukturelle Anforderungen

- Beim Umbau oder Neubau von Einrichtungen wird darauf geachtet, dass Räume für die Elternbegegnung und Elternberatung bzw. - Bildung eingeplant werden.

KiTa Bremen
Bremens städtische
Kinder- und Familien-
zentren

Postadresse
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Telefon
0421-361 5700
Telefax
0421-361 59771
E-Mail

office@kita.bremen.de
Internet
www.kita.bremen.de

³⁰ Siehe auch Sturzenhecker, Benedikt; Wie gelingt die Erweiterung der Kitaarbeit auf Elternbildung mit sozialbenachteiligten Familien, Hamburger Eltern-Kind Zentren als Beispiel. In: KiTa aktuell, 1/2010;

- z . B. für ein Eltern- Kaffee
- Räume für Elternberatung und Elternbildung¹¹
- Bei den bestehenden Einrichtungen wird die Raumausstattung überprüft und gegebenenfalls erweitert.
- Die Steuerungsverantwortung der Entwicklungsprozesse hat die Abt.2: „Angebotssteuerung, Qualitätsmanagement und Personalentwicklung“ mit den Regionalleitungen der vier Regionen.
- Die Fachberatungskräfte begleiten und unterstützen die Umsetzung vor Ort und moderieren die Evaluation der Qualitätsentwicklung.
- Für die erweiterten Angebote der Familienberatung und Bildung werden neue Instrumente der Selbstevaluation erarbeitet.
- In 2010 wird ein Fachtag mit externen Referent/innen für alle Einrichtungen zum Thema „Entwicklung von Kinder- und Familienzentren“ durchgeführt.

Ziele für die Ausstattung

- Jedes Kinder- und Familienzentrum wird zusätzlich jährlich mit 40.000€ gefördert. Davon entfallen ca. 30.000€ auf die Finanzierung der Koordinatorentätigkeit, um die Vernetzungsleistung und Elternbildungsangebote einzurichten und durch zu führen sowie ca. 10.000€ für Sachkosten, mit denen auch Honorarkräfte eingestellt werden können.
- Jedes Kinder- und Familienzentrum benötigt zusätzliche Räume für ein Eltern-Kaffee, für Beratung und Elternbildung. Als Erfolgsfaktor wird die Ausstattung mit 40qm angesehen.¹² In vielen Einrichtungen ist die Raumkapazität derzeit stark ausgelastet. Beim Umbau für die Schaffung von Plätzen für U3 ist der Raumbedarf für die Arbeit in einem Kinder- und Familienzentrum mit aufzunehmen.
- Die Stellenausstattung der Fachberatung wird um eine Stelle erhöht.

KiTa Bremen
Bremens städtische
Kinder- und Familien-
zentren

Postadresse
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Telefon
0421-361 5700
Telefax
0421-361 59771
E-Mail
office@kita.bremen.de
Internet
www.kita.bremen.de

¹¹ Vgl. dazu Sturzenhecker, Benedikt; Wie gelingt die Erweiterung der Kitaarbeit auf Elternbildung mit sozialbenachteiligten Familien, Hamburger Eltern-Kind Zentren als Beispiel. In: KiTa aktuell, 1/2010; auch Bericht der Evaluation der Eltern-Kindzentren in Hamburg, 2008/08, unveröffentlichter Bericht, www.Hamburg.de/bsg

¹² ebenda

Haltung und Philosophie

Die pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten hat in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel vollzogen. Primärer Orientierungspunkt in der Vergangenheit war die Gruppe, sie stand im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit. Die Orientierung auf die individualisierte Förderung rückte das Kind und seine Lebenswelt in den Mittelpunkt. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die familiären Sozialisationsbedingungen den Entwicklungsstand des Kindes maßgeblich bestimmen wurden neue pädagogische Ansätze der Bildungsförderung entwickelt, die an der individuellen Situation des Kindes anknüpften und die Familie mit einbezogen. Ethnische Zugehörigkeit, Werteorientierung, Bildungsstand sowie sozialökonomischer Status wurden beachtet, unterstützt wurde diese Entwicklung durch den gestiegenen Stellenwert der frühkindlichen Bildung³³

Die sozialpädagogische Arbeit greift die Schwerpunkte der Early Excellence Centers auf

- Individuelle Förderung der Kinder
- Öffnung in den Stadtteil
- Zusammenarbeit mit Eltern zu deren Unterstützung

Die Haltung und die Philosophie im Kinder- und Familienzentrum stellt die Familie mit ihren sozialräumlichen Bedingungen und Potenzialen in den Mittelpunkt. Eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung zwischen Kindern, Eltern, pädagogischen Fachkräften und externen Kooperationspartnern bildet die wichtigste Basis. Anerkannt, gefördert und eingefordert wird ein respektvoller und gleichberechtigter Umgang miteinander, kulturelle und geschlechtsspezifische Unterschiede werden einbezogen. Möglichkeiten einer aktiven Beteiligung von Kindern, Eltern und pädagogischen Fachkräften werden eröffnet. Eltern werden als Experten ihrer Kinder anerkannt, ihnen wird eine offene und einladende Atmosphäre angeboten, in der sie ihre Potenziale und Ressourcen einbringen können und wo sie Unterstützung und Hilfe erhalten. Aktivitäten, Ziele, Angebote, Strukturen und Regeln werden transparent dargestellt.

Ziele und Selbstverständnis von Kinder- und Familienzentren

Kinder- und Familienzentren sind Einrichtungen für Kinder und Erwachsene. Sie öffnen sich für Angebote der Familienbildung/-beratung und Dienstleistungen.

Sie arbeiten gemeinwesenorientiert und richten sich auch an Familien, welche die Einrichtung nicht täglich besuchen. Wesentliche Merkmale sind die Vernetzung sozialer Dienstleistungen sowie ihrer Anbieter im Sozialraum und die Unterstützung der Eltern bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Kinder- und Familienzentren verbindet, dass sie das Angebot der Kindertagesbetreuung als zentrales Angebot nutzen, um über die Kinder hinaus ihre Familien und andere Menschen aus dem Ort oder Stadtteil zu erreichen. Sie übernehmen die Funktion einer Anlaufstelle und Informationsbörse für familienbezogene Fragen und Bedarfe, und bilden eine zentrale Schnitt- oder Schaltstelle der Förderung kindlicher und elterlicher Kompetenz³⁴

KiTa Bremen
Bremens städtische
Kinder- und Familien-
zentren

Postadresse
Faulenstraße 14-18
28195 Bremen

Telefon
0421-361 5700
Telefax
0421-361 59771

E-Mail
office@kita.bremen.de
Internet
www.kita.bremen.de

³³ vgl. Diller, Angelika/ Schelle, R.: Von der Kita zum Familienzentrum. Freiburg im Preisgau 2009; Diller, A. 2008.

³⁴ Diller, A. / Heitkötter, M./ Rauschenbach, T. (Hrsg.): Familie im Zentrum, Wiesbaden 2007; Reitmann, S./ Hensen, G. (Hrsg.) Tagesbetreuung im Wandel, Wiesbaden 2008).

Kinder- und Familienzentren praktizieren Angebote die:

- Kinder betreuen, fördern, erziehen und bilden
- Familien unterstützen
- Eltern stärken
- niederschwellig und offen konzipiert sind

Die Angebote sind ausgerichtet auf eine „Kultur des Aufwachsens“.

Von Angeboten der Kinder- und Familienzentren können alle Kinder und Eltern profitieren, Erziehungsunsicherheiten und fehlende Kontaktmöglichkeiten junger Familien sind nicht auf bestimmte Bildungsschichten oder Sozialmilieus begrenzt.

Perspektivwechsel

Der Perspektivwechsel zu Kinder- und Familienzentren befördert die Aufgabe der „traditionellen Belehrungskultur“ zu Gunsten einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit in Bildungsfragen und der Unterstützung von Familiensystemen.

In Kinder und Familienzentren sind Kinder und Familien wertgeschätzt und willkommen mit ihren unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensentwürfen.

Ziel ist es, die Erziehungskompetenz anzuregen, zu fördern und zu stärken. Eine kooperative Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Professionen und Akteure im Stadtteil ist erforderlich.

Neben fachlichen Kompetenzen und der Motivation einen Weiterentwicklungsprozess zu initiieren, prägen und bestimmen Bedingungen und Ressourcen die Haltung und das Arbeitsklima. Das Raumangebot einer Kita hat Auswirkungen auf den Gestaltungsrahmen der Aktivitäten.

Zeit und Arbeitsplanung

KiTa Bremen
 Bremens städtische
 Kinder- und Familien-
 zentren

Postadresse
 Faulenstraße 14-18
 28195 Bremen

Telefon
 0421-361 5700
 Telefax
 0421-361 59771
 E-Mail
 office@kita.bremen.de
 Internet
 www.kita.bremen.de

Vorbereitung in 2009			
Zeitraumen	Was	Wer	Mit wem

Januar 2009 bis Oktober 09 Zeitverzögerung durch den Streik und Sommerferien von ca. 12 Wochen	Grundlagenerarbeitung für das Rahmenkonzept für Kinder und Familienzentren	Projektgruppe (PG) TN: Mitarbeiter-/innen aus allen Bereichen des Betriebs. Leitung Regionalleiterin Süd: Christiane Schrader	Projektpatin: GF Rosi Fein, Organisationsberatung: Klaus Glaser, Ergon und Partner
27.10.09	Präsentation der Ergebnisse der PG in der Erweiterten Leiterinnenbesprechung	Projektgruppe	Alle Leitungskräfte der Einrichtungen und die Führungskräfte in der zentrale sowie die Personalvertretung
November /Dezember 09	Zusammenstellung der PG- Ergebnisse plus Ergänzungen aus der erweiterten Leiter/innenbesprechung	Christiane Schrader	PG- Mitglieder
28.12.09 bis 12.1.2010	Erarbeitung des Rahmenkonzeptes für Kinder- und Familienzentren	GF/ Päd. Leit. Rosi Fein	Abstimmung über Gliederung und Vision und Strategie mit Führungskräften in der Zentrale

Nächste Schritte in 2010

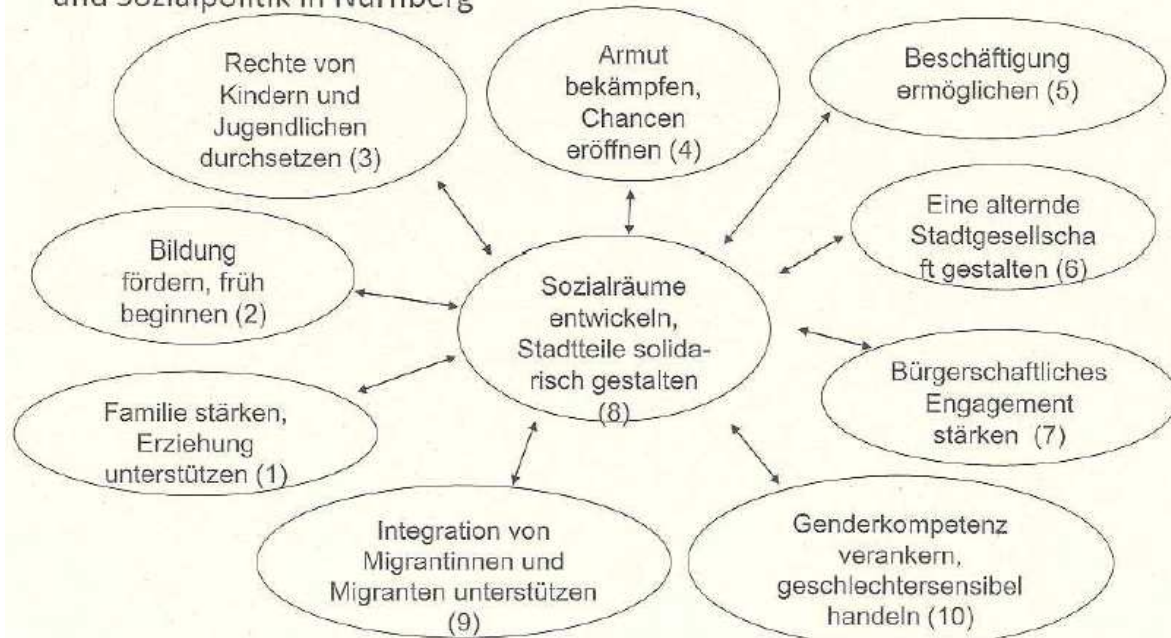
Zeitraumen	Was	Wer	Mit wem
2.KW	Übergabe des Rahmenkonzeptes an die SB / Fachaufsicht	Rosi Fein	
Januar 2010	Terminierung eines ersten Gesprächstermins mit SB	Rosi Fein	
Februar 2010	1. Gesprächs mit SB über das Rahmenkonzept	Rosi Fein, Wolfgang Bahlmann, Wiebke Rendigs	Senatorin, Dr. Schuster, Dr. Rose, Herr Knödel
Nach den Verhandlungen mit SB ab Februar 2010	Nennung der ersten KuFZ, die zusätzlich ausgestattet werden: Prüfung der Einrichtungen hinsichtlich - des Raumbedarfs, - dem Einsatz der Koordinations-	Abt. 2	KuFZ-Leitungskräften und der Fachberatung

	- stunden, - des bestehenden Angebots und einer Ausweitung. - Auftrag an die Fachberatung, die Überarbeitung / Erarbeitung der Einrichtungskonzeption zu begleiten		
Ab Februar 2010	Absprachen über zusätzliche Ressourcen in 2011	Rosi Fein, Wolfgang Bahlmann	SB
März 2010	Diskussion des Rahmenkonzeptes auf einer erweiterten Leiter/innenbesprechung und in den Regionalen Leiter/innensitzungen	Alle Führungskräfte der Zentrale und Personalvertretung/ Elternvertretung	
März 2010	Beratung des Rahmenkonzeptes mit der Personalvertretung	Geschäftsführung	
Nach den Osterferien	Vorstellung des Konzeptes im Gesamtelternbeirat	Führungskräfte der Zentrale	
April 2010	Erstellung einer Vorlage zum Rahmenkonzept für den Betriebsausschuss	Rosi Fein/ Wolfgang Bahlmann	Beteiligungscontrolling, Fachaufsicht
Ab Februar 2010	Vorbereitung einer Fachtagung zum Thema Kinder- und Familienzentren, die im Herbst 2010 stattfinden soll	Rosi Fein, Abt. 2, Fachberatung	

Zehn strategische Leitlinien

Stadt Nürnberg
Referat für Jugend,
Familie und Soziales

Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg



Leitbildmonitoring



Komm mit nach Morgen

..... ist eine langfristige Strategie, die einer regelmäßige Erfolgskontrolle bedarf.
(Fortschritte | Rückschritte | Handlungsbedarfe | Korrekturen | Vergleiche)

- **Das Leitbild**
verfügt in acht Handlungsfelder über einen umfangreichen Zielkatalog.
(mehr als 30 Zielsetzungen mit vielen Programmen, Maßnahmen und Fachplanungen im Hintergrund)
- **Indikatoren ("Zustandsanzeiger")**
dienen als Messgrößen, die die Entwicklung komplexer gesellschaftlicher Sachverhalte möglichst "einfach" und "transparent" repräsentieren sollen.
- **Indikatoren sind nützliche "Hilfskrücken" und können sich noch verändern.**
Ihr Gebrauch wird schwierig,
 - wenn qualitative Ziele kaum quantifizierbar sind (Einzigartigkeit des Stadtbildes, Kulturbereich),
 - wenn keine Gesamterfassung vorliegt, Werte also teilweise geschätzt werden müssen,
 - wenn die periodische Erfassung nicht gewährleistet oder ihre Definition nicht einigermaßen stabil ist,
 - wenn man sich nicht auf einen Indikator einigen kann,
 - wenn der Erhebungsaufwand in keinem guten Verhältnis zum erwartbaren Ertrag steht.

Nicht allen Zielen kann ein Indikator sinnvoll hinterlegt werden!

Anforderungen an Indikatoren

- aussagekräftig (valide), klar in der Bewertung, verständlich, allgemeingültig, geringe Komplexität, nachvollziehbar, wiederholbar, angemessener Ressourceneinsatz
- Quellen: Amtliche Statistik + Daten aus dem Verwaltungsvollzug, aber in der Regel keine zusätzlichen Erhebungen

Bewertung:

Fünfstufige Skala (vgl. Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht)

	Entwicklungsverlauf	Mathematische Bewertung
++	deutliche Verbesserung oder Erreichen des Zieles	Abweichung von 10 und mehr Prozent vom Ausgangswert
+	Verbesserung oder positive Bewertung	Abweichung von über 1 Prozent bis unter 10 Prozent vom Ausgangswert
0	unverändert	keine oder nur geringe Abweichung von +/-1 Prozent vom Ausgangswert
-	Verschlechterung oder negative Bewertung	Abweichung von über 1 Prozent bis unter 10 Prozent vom Ausgangswert
--	deutliche Verschlechterung oder verfehlen des Zieles	Abweichung von 10 und mehr Prozent vom Ausgangswert

Bremen will ...

... die Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren auf 35 % ausweiten (bis 2013);



... die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Grundschulalter in und außerhalb von Schulen auf bis zu 40 % ausweiten (bis 2013);



... den Anteil der Schulabgänger mit erfolgreichem Abschluss von 90 auf 95 % erhöhen (bis 2012);



... den Anteil der Schulabgänger mit erfolgreichem Abschluss bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 80 auf 85 % erhöhen (bis 2012);



... erreichen, dass allen Jugendlichen ein geeigneter Ausbildungsplatz angeboten wird;



... die Abiturquote in den ärmeren Quartieren von 18 % auf 25 % erhöhen;



... bis 2020 erreichen, dass die Universitätslandschaft Bremen zu den hochleistungsfähigsten deutschen Wissenschaftsstandorten mit hoher Attraktivität zählt.



Zielsetzung

Bremen will bis zum Jahr 2020 ...

... den Abstand zwischen den zehn ärmsten und den zehn reichsten Stadtteilen verringern.

Aufgaben

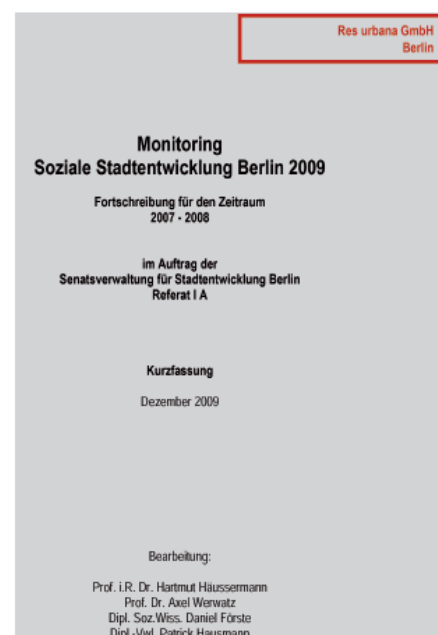
- Bestimmung der ärmsten und reichsten Ortsteile der Stadt
- Messung ihres Abstandes

Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin (seit 1998)

- Überprüfung von sozialstrukturellen und sozialräumlichen Veränderungen
- Vorbereitung neuer Entscheidungen in der Stadtentwicklungspolitik
 - Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“.
 - Quartiersverfahren entsprechend § 171 (BauGB) | Aufnahme und Herausnahme von Gebieten („Outphasing“).
 - Hilfe bei der Berechnung von Personal- und Finanzmittelzuweisungen für die Berliner Bezirke.

§ 171 e BauGB:

„Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet aufgrund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden Menschen erheblich benachteiligt ist“



Indikatoren | Indizes

Berliner Indizes

- ❶ **Arbeitslosigkeit**
Anteil der Arbeitslosen in % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuzüglich Arbeitslose
- ❷ **Jugendarbeitslosigkeit**
Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahre in % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuzüglich Arbeitslose unter 25 Jahre
- ❸ **Langzeitarbeitslosigkeit**
Anteil der Langzeitarbeitslosen (1 Jahr +) an den Arbeitslosen in %
- ❹ **Existenzsicherungsleistungen**
Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (SGB II) in % an den 15-65-jährigen
- ❺ **Kinder- und Jugendarmut**
Kinder und Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahren in % an den unter 15-jährigen
- ❻ **Integrationsbedarf**
Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund in % an den unter 18-jährigen
- ❼ **Abiturquote**
gem. KMK-Ansatz entsprechende Absolventengruppen im Verhältnis der altersgleichen Jahrgänge des Vorjahres
- ❽ **Sicherheit**
Wohnorte der Tatverdächtigen von Gewaltkriminalität
 $TV \times 100.000 / \text{Einwohnerzahl}$

Berechnungsverfahren

- Standardisierung der Indikatorenwerte auf eine einheitliche, vergleichbare Skala

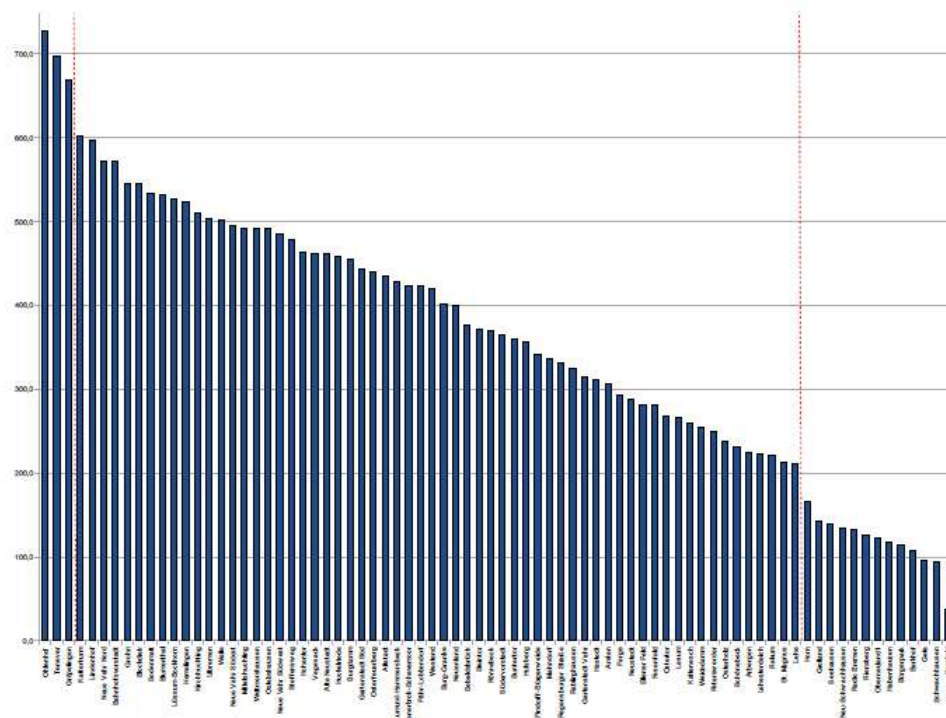
$$\left(\frac{\text{Werti} - \text{Minimum}}{\text{Maximum} - \text{Minimum}} \right) * 100 \quad \frac{\text{Werti} - \text{Mittelwert}}{\text{Standardabweichung}}$$

Die Art der Standardisierung hat nur geringe Effekte auf das Ergebnis.

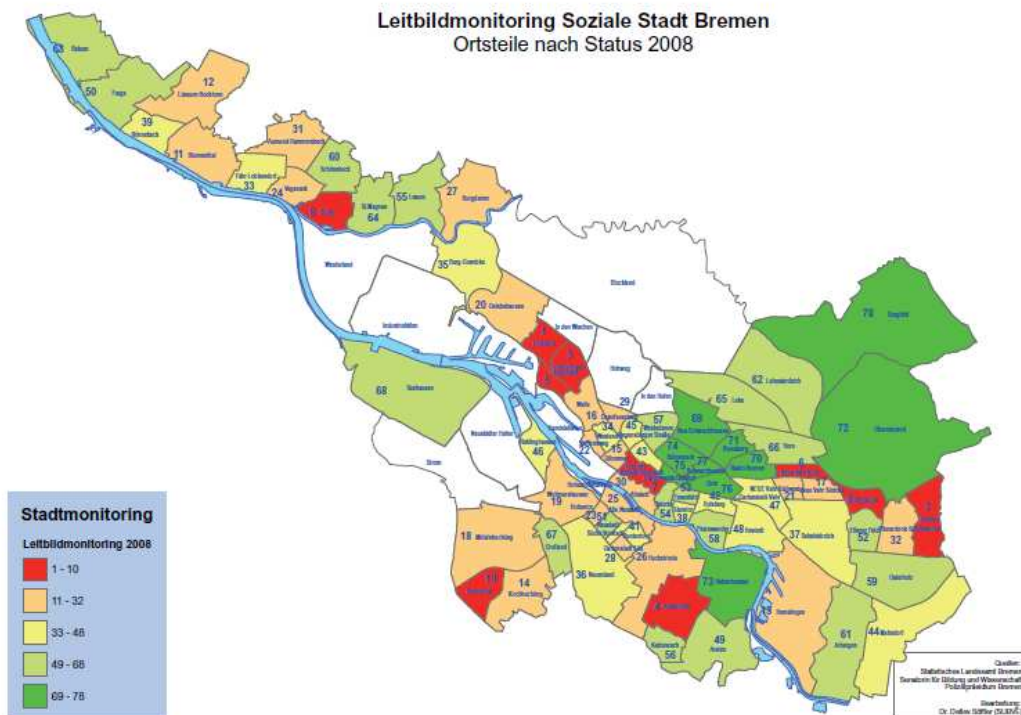
- Ermittlung der Rangfolge
durch Summierung der jeweiligen standardisierten Ortsteilindizes
- Statusgruppierung der Ortsteile
 - Die zehn Ortsteile mit Status „hoch“ und „niedrig“
 - Gruppierung nach Dezilen
 - Status-Index:
 - Hoch = 1
 - Mittel = 2
 - Niedrig = 3
 - Sehr niedrig = 4
- Abstandsmessung (Vergleichsjahre) der statusgruppierten Ortsteile

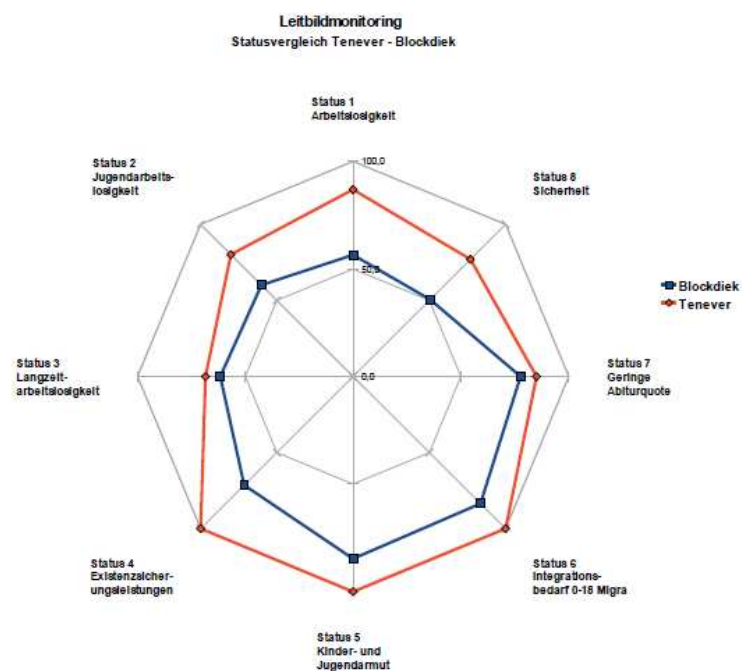
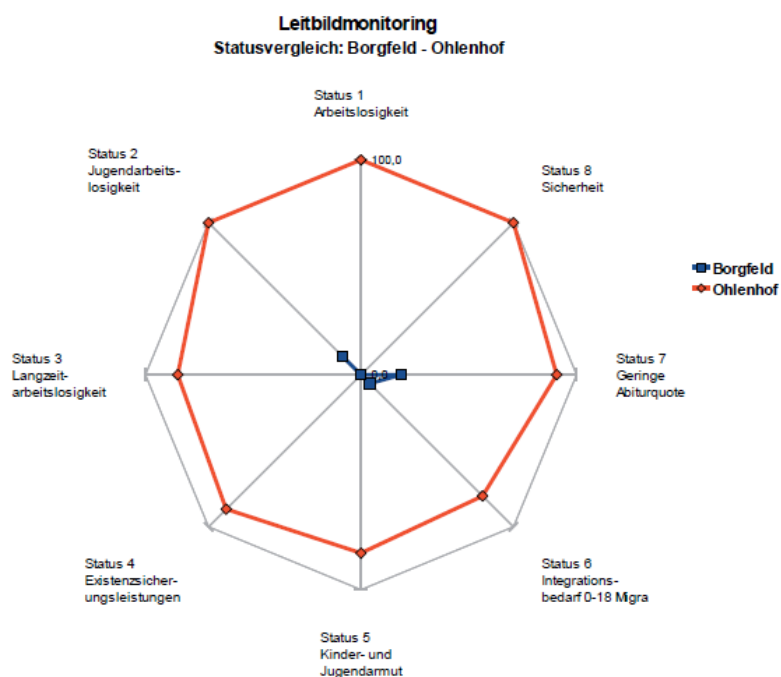
Ortsliste 2008		Status 1	Status 2	Status 3	Status 4	Status 5	Status 6	Status 7	Status 8	Status 9	Status 10	Status 11	Status 12	Status 13	Status 14															
OTNR	OT-Name	Einwohner	Arbeitslosigkeit		Jugend-Arbeitslosigkeit		Langzeit-Arbeitslosigkeit		Status 3		Existenzsicherungs-Leistungen		Kinder- und Jugendmut		Status 8		Integrationsbedarf		Status 9		Abflutquoten		Status 7		Sicherheit		Status 8			
			Anteil der Arbeitslosen in der sozialverpflichtungspflichtig Beschäftigten	Anteil der Arbeitslosen in % an der sozialverpflichtungspflichtig Beschäftigten	Anteil der Arbeitslosen in % an der sozialverpflichtungspflichtig Beschäftigten	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen	Anteil der Langzeit (1 Jahr) in % an den Arbeitslosen			
21	Alte Wüstung	5.342	5,1	5,1	15,2	40	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3			
11	Albatal	3.403	12,8	38,8	11,6	56,2	5,4	91,5	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
38	Albenberg	5.002	6,4	10,7	7,6	36,8	33,6	34,2	5,8	12,1	10,8	20,7	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8		
23	Alben	3.366	7,8	17,0	5,8	28,8	48,2	81,0	9,0	22,9	10,8	28,8	42,1	57,6	30,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8		
24	Alben-Hammelberg	17.752	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1		
13	Bahnhofswald	5.273	10,5	87,1	12,8	82,4	44,8	70,3	10,8	56,6	40,6	74,4	76,8	91,3	3,3	100,0	331,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1		
10	Baldorf	2.860	5,1	7,8	4,3	23,1	33,3	33,4	3,8	6,1	5,0	7,4	76,8	91,3	3,3	100,0	331,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1		
39	Bockhorn	7.702	17,0	42,1	10,7	48,1	42,1	81,0	21,9	57,4	44,8	84,7	71,6	91,3	3,3	100,0	331,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1		
51	Bumthaler	9.800	18,9	94,6	10,5	78,8	42,1	72,2	20,0	60,5	34,3	82,7	56,7	91,3	3,3	100,0	331,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1		
31	Burgfeld	8.130	3,9	0,0	2,6	12,9	22,9	0,0	2,9	0,0	2,1	0,0	2,9	0,0	2,9	0,0	2,9	0,0	2,9	0,0	2,9	0,0	2,9	0,0	2,9	0,0	2,9	0,0		
218	Burghausen	6.755	12,7	37,7	8,7	42,0	47,6	75,2	11,3	30,4	23,1	40,8	30,0	22,0	20,7	81,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1			
11	Burg-Grünau	6.660	12,7	37,7	8,7	42,0	47,6	75,2	11,3	30,4	23,1	40,8	30,0	22,0	20,7	81,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1			
53	Burgdamm	10.543	18,7	50,8	12,0	56,6	36,1	42,0	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
32	Burggraben	4.811	6,7	7,8	6,4	31,1	37,0	48,8	3,0	3,1	3,4	2,5	23,0	10,0	62,4	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1		
31	Elmer Feld	5.543	5,7	7,8	4,3	23,1	33,3	33,4	3,8	6,1	5,0	7,4	76,8	91,3	3,3	100,0	331,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1		
37	Elmerfeld-Scheffern	11.560	13,0	39,0	10,6	51,1	45,1	59,8	15,1	42,9	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5
528	Fähr-Lobendorf	8.004	16,0	52,1	11,7	56,9	40,3	55,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
534	Farge	2.087	12,0	34,8	12,7	61,1	35,1	30,8	12,7	35,0	22,9	35,0	25,2	13,3	37,8	50,8	136,2	8,0	20,82	82,0	30,0	36,0	20,82	82,0	30,0	36,0	20,82	82,0		
310	Fornfeld	8.944	11,2	31,7	10,6	51,1	42,5	62,8	8,3	20,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5
420	Friedrich-Burghausen	6.482	12,6	37,7	9,4	45,6	46,9	76,8	11,2	33,1	23,7	41,7	22,8	20,2	20,8	81,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1			
218	Garnsdorf Süd	4.803	12,0	34,8	11,1	53,1	53,2	97,7	12,9	41,3	33,1	60,0	30,0	22,0	20,7	81,0	33,1	48,5	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1	571,62	57,1	57,1			
31	Garnsdorf Vahr	7.407	1,3	23,0	8,2	39,6	38,0	44,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
320	Gie	7.602	6,4	6,4	6,4	33,1	37,0	48,8	3,0	3,1	3,4	2,5	23,0	10,0	62,4	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1		
52	Glinde	6.206	17,6	59,0	8,5	41,1	51,8	92,5	17,6	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0	36,1	59,0		
244	Groland	3.330	5,1	5,1	4,5	22,1	45,9	71,1	4,5	3,4	4,0	5,1	16,6	0,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0		
420	Großelken	8.328	6,4	10,7	7,6	36,8	33,6	34,2	5,8	12,1	10,8	20,7	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8	32,0	24,3	20,4	70,8		
23	Habenhausen	8.002	4,0	0,0	3,6	17,4	40,4	56,9	2,0	2,3	2,3	1,7	6,1	7,7	16,6	0,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0	62,0	31,0		
38	Hahndorf	10.157	11,1	30,8	9,6	46,4	34,8	38,8	11,9	30,0	21,5	37,8	35,8	20,4	20,8	68,8	34,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8		
38	Hemmlingen	10.322	16,6	50,8	12,0	56,6	38,0	61,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
210	Hemmling	4.564	16,3	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1	10,7	48,1		
34	Horn	4.584	6,4	6,4	6,4	33,1	37,0	48,8	3,0	3,1	3,4	2,5	23,0	10,0	62,4	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1	108,6	6,1		
218	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
34	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,8	108	83,4	587,7	55,5	434,70	106,1	15,5	225,12	106,1	15,5		
234	Kahndorf	1.612	16,0	52,1	11,1	53,1	47,1	76,8	10,8	28,8	18,5	31,7	54,2	57,3	22,1	78,6	40,7	46,												

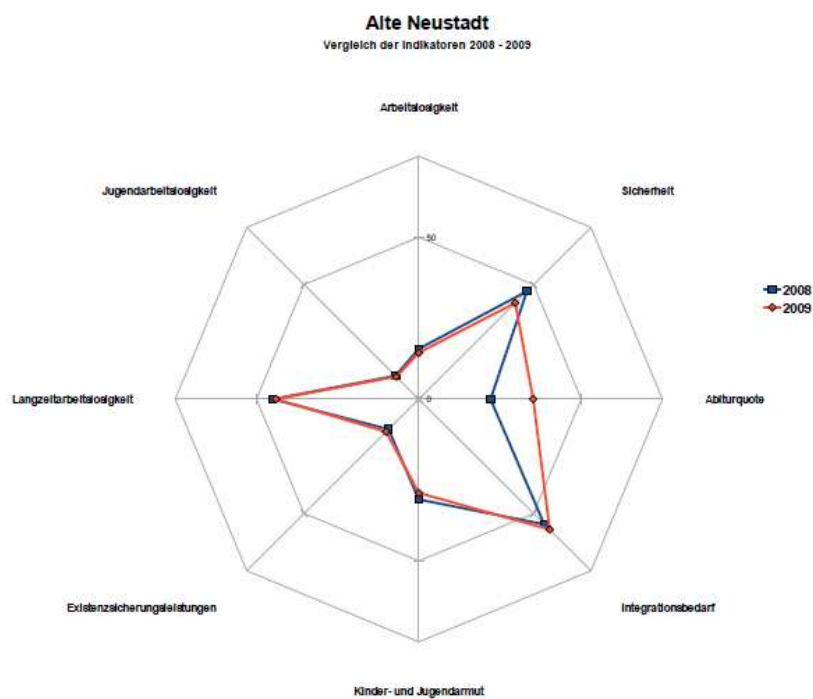
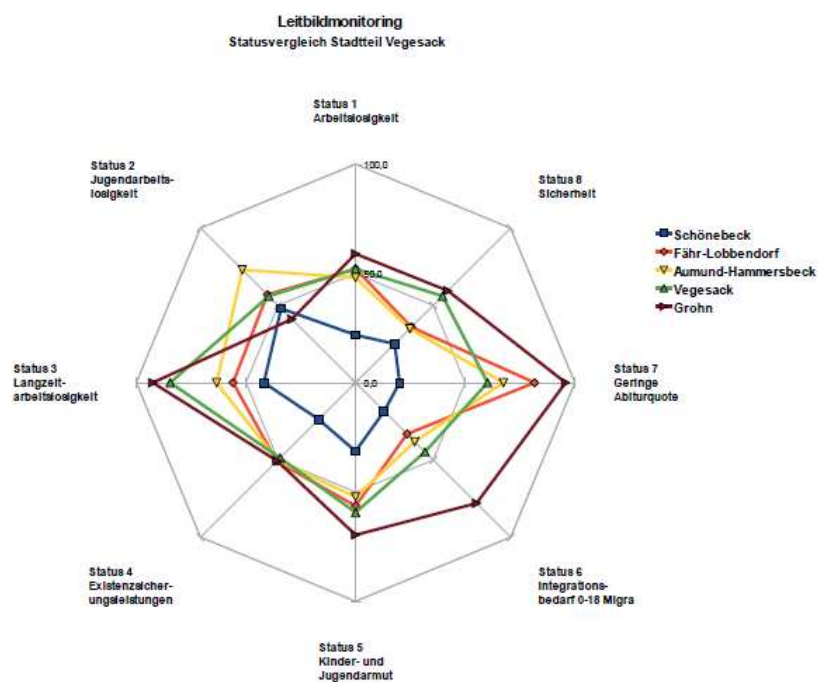
OTNR	Name	Einwohner	Status 1	Status 2	Status 3	Status 4	Status 5	Status 6	Status 7	Status 8	Summe	Rang	
			Arbeitslosigkeit	Jugendarbeitslosigkeit	Langzeitarbeitslosigkeit	Existenzsicherungsleistungen	Kinder- und Jugendarmut	Integrationsbedarf 0-19 Migr.	Abiturquote	Sicherheit			
443	Oienhof	9.488	100,0	100,0	85,0	86,4	83,0	79,8	90,8	100,0	727,0	1	Status: sehr niedrig
373	Tenever	10.018	86,9	80,1	68,5	100,0	100,0	100,0	85,1	77,0	697,5	2	
442	Gröpelingen	8.928	96,9	88,3	72,2	91,7	96,4	72,1	91,4	60,6	668,8	3	
233	Kattenlam	13.029	67,2	71,7	99,5	65,3	65,8	74,7	81,2	50,5	601,9	4	
441	Linderhof	7.977	67,8	63,7	76,8	76,4	76,4	72,3	59,5	59,6	566,6	5	
332	Neue Vahr Nord	8.028	63,3	53,8	49,4	80,0	99,7	95,2	79,9	51,3	572,4	6	
112	Bahnhofsvorstadt	5.273	61,1	62,4	70,3	56,6	74,4	91,3	100,0	49,5	571,6	7	
522	Sohn	6.206	59,0	41,1	92,5	50,6	69,7	78,0	95,8	69,5	546,2	8	
375	Blocklex	7.022	56,8	60,1	61,6	71,4	84,7	83,6	77,7	50,6	546,2	9	
242	Bodenmatt	6.911	54,2	66,5	81,6	62,0	61,0	75,0	71,7	42,5	534,5	10	
531	Blumenthal	9.600	64,5	78,9	72,2	60,5	62,3	61,0	80,1	52,7	532,3	11	
533	Lissum-Blockhorn	12.094	63,9	76,1	75,5	63,9	69,7	48,3	64,0	45,1	526,5	12	
383	Hemelingen	10.322	54,6	58,2	61,6	60,0	68,1	70,9	83,2	77,6	524,2	13	
243	Kirchchuting	8.117	50,1	57,9	94,0	58,8	74,8	64,1	69,6	40,5	509,9	14	
431	Urbrennen	3.168	53,5	44,7	100,0	58,2	75,7	58,7	83,0	30,6	504,4	15	
434	Walle	7.825	53,3	70,9	82,8	50,2	64,0	48,7	77,3	46,2	501,4	16	
335	Neue Vahr Südost	7.335	61,6	63,4	44,2	70,7	76,4	85,4	81,7	30,0	495,3	17	
24	Mittelschuting	10.788	54,4	60,0	76,8	56,4	74,8	63,7	74,7	31,1	491,9	18	
251	Wollmershausen	10.796	56,4	58,0	83,2	56,6	67,7	40,6	85,8	43,5	491,9	19	
523	Schönebeck	5.436	21,8	48,0	41,8	23,8	31,4	18,4	20,1	25,2	230,5	60	Status: hoch
384	Aßrigen	6.602	10,7	36,8	34,2	12,7	20,7	24,3	70,8	15,1	225,1	61	
343	Leherstedde	11.591	14,9	38,7	28,6	18,4	27,8	25,3	60,4	9,1	223,2	62	
535	Pekum	2.403	14,0	32,1	31,8	17,7	33,4	16,4	64,7	16,3	220,4	63	
515	St. Magnus	5.676	12,2	38,2	79,3	12,2	14,6	14,4	21,4	21,2	213,4	64	
342	Lehe	8.216	10,1	17,4	42,8	10,5	17,6	21,9	81,1	10,0	211,3	65	
341	Horn	4.584	6,4	25,5	41,1	9,6	10,8	23,8	34,5	15,1	166,6	66	
244	Groland	3.332	5,2	22,1	71,7	4,9	5,7	0,3	31,0	1,1	142,0	67	
251	Beehausen	1.107	5,2	0,0	14,0	5,3	13,4	9,0	88,2	4,2	139,2	68	
321	Neu-Schwachhausen	5.723	11,1	39,8	34,4	9,2	11,7	13,0	14,3	0,3	133,9	69	
325	Radio Bremen	7.177	11,5	35,6	18,5	13,7	24,8	24,2	0,0	3,5	131,9	70	
324	Riensberg	6.203	5,5	24,3	50,6	7,9	12,3	14,5	5,5	4,9	125,5	71	
361	Obemuland I	12.923	10,3	26,0	29,0	5,3	3,3	14,7	26,8	7,7	123,1	72	
231	Habbenhausen	8.002	0,8	17,4	56,0	2,3	7,7	0,0	31,7	2,6	118,2	73	
322	Bürgerpark	4.611	7,6	31,1	46,8	3,7	2,5	10,0	6,1	6,1	110,4	74	
323	Banhof	2.860	7,8	23,7	33,4	6,1	7,4	14,5	2,0	2,1	107,0	75	
327	Gede	7.692	6,4	33,1	13,3	6,0	11,9	10,0	11,3	0,5	95,7	76	
328	Schwachhausen	3.583	10,6	0,0	42,3	6,5	15,1	12,5	0,1	6,4	93,9	77	
351	Bornfeld	8.130	0,0	12,2	0,0	0,0	0,0	5,9	18,8	0,0	36,7	78	



Leitbildmonitoring Soziale Stadt Bremen Ortsteile nach Status 2008







Abstandsmessung

Entwicklung 2008 – 2009: 1 % weniger Arbeitslosigkeit

Vergleich 2008 – 2009	2008 Gesamtsumme	2008 Differenz	2009 Gesamtsumme	2009 Differenz
Summe Status niedrig	9.161,2	6.988,5	9.141,4	6.962,9
Summe Status hoch	2.172,8		2.178,5	

Ergebnis: Annäherung der Ortsteile um 25,5 Punkte

Weiteres Vorgehen

- Prüfung der Indikatoren und des vorgeschlagenen Verfahrens in der AG Stadtmonitoring und durch externe Experten
- Feinjustierung
- Beratung und Entscheidung in der Lenkungsgruppe, ob das vorgeschlagene Verfahren gewählt wird.

**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit**

**Auf den Nutzer kommt es an – und natürlich die Nutzerin:
Konzeptionelle Grundlagen, Handlungslogiken und Arbeitsprinzipien für eine
sozialräumlich strukturierte Soziale Kommunalpolitik**

I. Einleitung

1. Sozialraumorientierung und Demokratisierung

Als Alternative zu einer staatlichen Aktivierung der Gesellschaft von oben könnte – plakativ ausgedrückt – eine „Vergesellschaftung des Wohlfahrtsstaates von unten“ gedacht werden. Weiterhin sind im realexistierenden Wohlfahrtsstaat die NutzerInnen zumeist Objekte des staatlichen und professionellen Handelns: „Sie haben keine systematische Einflussmöglichkeit auf die Operationsweise der Institutionen und auf die Handlungsweisen der Professionellen. Die Perspektive einer Vergesellschaftung des Wohlfahrtsstaates von unten impliziert dagegen eine Strategie der Demokratisierung des Wohlfahrtsstaates und seiner Einrichtungen – d. h., die Rückbindung sozialstaatlicher Produktion an die Bedürfnisse der Nutzer. Eine zentrale Voraussetzung für eine solche Strategie ist, ..., die Schaffung von institutionalisierten Foren und die Etablierung von Mitbestimmungsrechten, so dass (eine) konflikthafte Auseinandersetzung über sozialstaatliche Dienstleistungserbringung stattfinden kann, die es jetzt noch nicht gibt“ (Diskussionsbeitrag Schaarschuch in Lange/Fritz 2002, 87).

Dem klassischen Diskurs zur Zivilgesellschaft (vgl. Kessl 2001) gemeinsam ist eine Verhältnisbestimmung zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat, die von der Ausgeglichenheit von Rechten und Pflichten geprägt ist.¹ Zivilgesellschaft als Verhältnisbestimmung von BürgerInnen zu ihrer Gesellschaft ist Ausdruck partizipatorischer Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten. Dieser Diskurs kann in der Verschränkung des Konzepts Sozialer Kommunalpolitik mit aktuellen Entwicklungslinien des Bürgerschaftlichen Engagements aufgenommen werden. Im Zusammenhang des Wandels der Arbeitsgesellschaft können drei konkrete Ausformungen beschrieben werden: „Zivilgesellschaft als Partizipation an der Gesellschaft, als Integration in die Gesellschaft und als Solidarität in der Gesellschaft“ (Böllert 2000, 242). Bezogen auf Sozialraumorientierung und Demokratisierung geht es entgegen einer ideologischen Instrumentalisierung des Konzeptes der Zivilgesellschaft um die darin umfassend vorzunehmende Verortung Sozialer Arbeit im Sinne einer ermöglichenden Öffentlichkeit und einer Alltagspraxis zur Unterstützung der NutzerInnen.

Die Perspektive der hier vorgestellten Überlegungen liegt in der multiperspektivischen Begründung eines Konzepts von „Sozialraumorientierung als Arbeitsprinzip“ (vgl. zur Beschreibung von Sozialraumorientierung mit der Kategorie des „Paradigmas“ Spatscheck 2009, 2). Anzustreben ist die Verschränkung eines wissenschaftlich-reflexiven, professionellen Zugangs mit einer sozial- wie kommunalpolitischen Strategie und einer lebensweltlich ausgerichteten, engagierten Sozialen Arbeit. Für eine Umsetzung erforderlich ist die sozialräumlich organisierte

und somit lebensweltlich vernetzte Erbringung der vielfältigen sozialpädagogischen Angebote im Quartier, womit auch die Einbeziehung der unterschiedlichen Berufsfelder der Sozialen Arbeit begründet und unverzichtbar wird:

- Unstrittig ist heute die Notwendigkeit einer quartiersbezogenen Vernetzung „früher Hilfen“ für kleine Kinder und Familien; dies gilt für die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen ebenso wie für Kindertagesstätten und Schule und natürlich dezidierte Angebote der Frühberatung, Familienbildung und Beratung.
- Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten oder auch die Jugendarbeit in Freizeitheimen und Jugendgruppen brauchen den Zugang und die Ausrichtung am alltäglichen Lebensraum ebenso, wie wir uns dies verstärkt für sozialpädagogische Arbeitsansätze in der Schule wünschen.
- Erzieherische Hilfen von der Beratung bis zur Heimerziehung sind von ihrem Zugang wie für ihre Wirksamkeit auf ein sozialräumliches Verständnis angewiesen – die Entwicklung der „flexiblen Hilfen“ verweist m.E. auf die Erfolgsaussichten dieser Orientierung.
- Soziale Dienste für Erwachsene – von der Beratung und Betreuung für verschiedene Gruppen in schwierigen Lebenslagen über die Eingliederungshilfe für Behinderte und sozialpsychiatrische Angebote bis zur Hilfe zur Pflege – sollen die Menschen „dort abholen, wo sie stehen“ bzw. leben: Auch dieser Zugang erfordert soziales Engagement von uns Professionellen im Quartier als dem Lebensraum dieser NutzerInnen.

2. Sozialraumorientierung als gesellschaftliche und fachliche Konzeption

Die Konzeption der Alltags- und Lebensweltorientierung, die Einmischungsstrategie, strategische Überlegungen zu „Lokale Sozialpolitik und Selbsthilfe“, gemeinwesenorientiertem Handeln als Arbeitsprinzip und die Konzeption zur Dienstleistungsorientierung sowie Steuerungsoptionen etwa in Form eines Sozialraumbudgets – all diese Ansätze beziehen sich auf Optionen eines ressourcenorientierten Empowerment-Modells, das wiederum nur im „sozialen Raum“ in einem demokratischen Aushandlungsprozess realisiert werden kann. Eine „professionelle Parteilichkeit“ soll Benachteiligungen jeglicher Art ausgleichen und im umfassenden Wortsinn „Raum“ schaffen für eine angemessene Artikulation aller Beteiligten; sie achtet auf Alternativen und die Einhaltung von Spielregeln und ist eben keine naive Betroffenenolidarität. Eine politische Analyse zu den Grundlagen solcher Ansätze verweist auch auf die Bedeutung einer Kommunalisierung Sozialer Arbeit und auf bereits in den 1970er Jahren diskutierte „Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit“. ⁱⁱ Anschlussfähig wird eine alte und neu aufgenommene Debatte um Gemeinwesenarbeit (GWA), die als Orientierung für das Alltagshandeln einhergeht mit einer Renaissance des sozialen Raums. ⁱⁱⁱ

Schon die Verknappung der (finanziellen und personellen) Ressourcen im Verhältnis zur Problemzuschreibung für Soziale Arbeit führt zu einer Bevorzugung feldorientierter Ansätze. Diese ermöglichen am ehesten Prävention und Synergieeffekte und zielen gleichzeitig auf Selbstorganisation und gemeinsames Handeln Betroffener. Ein regionalisiertes Organisationskonzept – mit integrierter und dezentraler Ressourcenverantwortung – kann in der Kombination persönlicher und

wirtschaftlicher Hilfen am wirksamsten Unterstützungsarrangements unter Berücksichtigung von Problemen und Ressourcen aller Beteiligten entwickeln. Hier liegt die Innovationskraft der Neuorganisation Sozialer Dienste für eine weitere Demokratisierung und Revitalisierung des Gemeinwesens.

Wesentlich ist also die nachhaltige Aktivierung und Beteiligung der örtlichen Bewohnerschaft. Es bleibt in einer solchen Perspektive die Gefahr der Kommunalisierung und Reprivatisierung gesellschaftlich bedingter sozio-ökonomischer Problemlagen ohne einen wirksamen Umbau staatlicher Planungs-, Beteiligungs-, Steuerungs- und Finanzierungsstrukturen (Stocken bzw. Unterkomplexität der Verwaltungsreform; ungenügende Finanzausstattung der kommunalen Ebene). Und schließlich ist – insbesondere im Kontext zur personenbezogenen sozialen Dienstleistungsarbeit – darauf hinzuweisen, dass das Wirksamwerden der gewünschten konzeptionellen und finanziellen Strukturen einer sozialräumlich ausgerichteten und so vernetzten Strategie unterschiedlicher Ressorts einen (bisher) nicht gegebenen Stand der Professionalisierung in allen beteiligten Handlungsfeldern und Berufsgruppen bedingt.

Für ein umfassendes Konzept von Sozialraumorientierung sind aus fachlich-konzeptioneller Sicht Umsetzungsbedingungen beschreibbar:

- * Die politischen und fachlichen Optionen von Demokratisierung und Teilhabe sind im Sinne eines Strukturprinzips zu operationalisieren; dafür sollte auch ein Konzept „Bürgerschaftliches Engagement“ als Demokratisierungsstrategie genutzt werden (vgl. Deutscher Bundestag 2002 zu „Soziale Arbeit und Zivilgesellschaft“ sowie Olk 2005).

- * Neue Steuerungsinstrumente können als Mittel einer fachlichen und auf die Interaktion mit BürgerInnen wie Betroffenen ausgerichteten Organisations- und Personalentwicklung eingesetzt werden und so die Qualitätsorientierung Sozialer Dienste fördern (vgl. Marquard 2002 sowie Diskussion für die Jugendhilfe bei Bissinger u.a. 2002).

- * Die am Fall und seinen Bedingungen ansetzenden Bearbeitungsstrategien sind offen weiterzuentwickeln: Maßnahmepläne, Stadtteilkonferenzen, Quartiersmanagement, Fortbildung und Supervision der Mitarbeiterschaft, Sozialraumbudget (vgl. zum Quartiersmanagement mit Praxisbeispielen aus NRW Krummacker u.a. 2003, 206 ff. sowie Überblick zu Quartiersmanagement bei Litges/Lüttringhaus/Stoik 2005).

3. Sozialraumorientierung als Empowerment

Die Zielsetzung lautet, angesichts der „hergestellten Unsicherheiten“ moderner Gesellschaften einen integrierten, demokratischen Prozess Sozialer Arbeit zur Verbesserung und Angleichung von Lebenschancen zu organisieren. Problemlagen / Lebenslagen (Böhnisch/Schefold 1985) sollen – als subjektive Lebensäußerung / individuelle Biografie in der objektiven Schnittstelle von individueller und gesellschaftlicher Reproduktion bzw. sozio-ökonomischer und sozial-räumlicher Lebenswelt – in den Kontext ihrer strukturell-gesellschaftlichen Verursachungszusammenhänge gestellt und systematisch auf die verschiedenen Ebenen von Bearbeitungsstrategien einer strukturorientierten Sozialarbeit /

Sozialpädagogik bezogen werden. Einzubeziehen sind dann: die normative Ebene (Recht, Leistungsgesetze), die materielle Ebene (Geld, Einrichtungen), die methodische Ebene (professionelle Dienste, Empowerment, Selbsthilfe) und die politische Ebene (Selbstorganisation, demokratische Teilhabe). „Auf diese Weise ergänzen sich kommunale Sozialpolitik und Sozialarbeitspolitik im Kontext anderer örtlicher Politiken unter der Zielsetzung der sozialen Ausgestaltung lokaler Lebensbedingungen zur sozialen Kommunalpolitik“ (Olk/Otto 1981, 118).

Eine substantielle Verbesserung der Produktivität und Qualität Sozialer Dienste kann schließlich nur durch die Stärkung der Nachfrageseite in der Sozialen Arbeit erreicht werden; dafür ist ein systematischer Wechsel von den institutionellen und organisatorischen Perspektiven hin zur Perspektive der NutzerInnen notwendig. Damit beruht der Erfolg Sozialer Dienste als sozialstaatliche Veranstaltung zentral auf der bürgerrechtlichen Absicherung der Partizipation der nachfragenden Subjekte – sowohl hinsichtlich der Bedürfnisadäquatheit als auch für die Effizienz und Effektivität sozialer Dienste (vgl. Schaarschuch 2000).

Es bleibt fortwährend zu begründen, welchen Beitrag wohnortnahe Dienste und Einrichtungen hier leisten (können), wenn sie sich öffnen und so ein Erproben demokratischer Strukturen und gleichzeitig ein Einwirken auf andere Politikbereiche möglich machen. Gefordert ist dafür sowohl die Vernetzung von Planungsprozessen als auch das Angebot neuer Kooperationsformen für die BürgerInnen. Vor allem eine sozialraumbezogene Konzeption und Organisation Sozialer Dienste wird am ehesten an der Eigenverantwortung und den produktiven Ressourcen der Menschen anknüpfen (vgl. kritisch zusammenfassende Anmerkungen in DV 2007, 14 ff. und 52 ff.).

II. Elemente einer Konzeption von Sozialraumorientierung

1. Professionalität und ethisches Wissen

Anforderungen an die Kompetenz von SozialarbeiterInnen sind (auch) abzuleiten aus einer normativen Zielsetzung bezüglich der Rolle des Staates als Garant für Anspruchssicherheit, soziale Gerechtigkeit und die Wahrung des Gemeinwohls. In dieser Perspektive wird für ein partnerschaftliches Verhältnis öffentlicher und freier Träger, eine fachpolitisch geprägte Implementation neuer Steuerungsinstrumente und „die Entwicklung eines partizipatorisch-demokratisch korrigierten Professionsverständnisses“ als Strukturmaxime sozialarbeiterischer Konzepte und Kompetenzen plädiert (vgl. zusammenfassend Dewe 2005).

Als Grundlegung und Ergänzung einer solchen Konzeption erscheint ein ethisches Selbstverständnis für sozialpädagogisch Professionelle wesentlich als ständige Infragestellung alltäglicher Selbstverständlichkeiten. Damit befähigt die Ethik den/die Professionelle/n gleichsam zu einer Distanzierung von einer unkritischen Übernahme von Wissenschaftlichkeit wie auch von einer Verabsolutierung seines/ihres beruflichen Selbstverständnisses. Im Rahmen seiner Überlegungen zu „Advokatorische(r) Ethik und sozialpädagogische(r) Kompetenz“ betont Brumlik das Konzept personaler Integrität als Zentrum des professionellen Handelns; damit ist der Konflikt zwischen faktischer und idealer Autonomie der Klienten thematisiert. Im Unterschied zur Unterstellung einer Verabredung und Anerkennung von Freien und Gleichen stellt Brumlik fest:

„Die Geltung moralischer Aussagen ist unablässig an die vorausgesetzte Erfahrung aufeinander bezogener Unfreiheit und Ungleichheit gebunden“ (Brumlik 2000, 282).

Dies ist kein Widerspruch, sondern eben die ethische Seite einer „Dienstleistungsarbeit“ im sozialpädagogischen Handlungsfeld, deren spezifische Professionalität sich darüber hinaus eben in der bewussten Anerkennung der/des Anderen als – trotz aller Hilfsbedürftigkeit – selbstbestimmtes Subjekt manifestiert.^{iv} Gerade der bewusste Umgang mit dieser Differenz befähigt und erfordert professionelles Handeln im Unterschied zu Laien- oder Selbsthilfe.

„Es zeigt sich jetzt, dass die entfalten und doch zusammengehörigen Elemente professionellen Handelns in der Moderne: Die Aufrechterhaltung und Gewährleistung einer kollektiven Praxis von Recht und Gerechtigkeit, die Aufrechterhaltung und Gewährleistung von leiblicher und psychosozialer Integrität des Einzelnen sowie die methodisch explizite Überprüfung von Geltungsfragen unter der regulativen Idee der Wahrheit allesamt auf ein ethisches Wissen gerichtet sind, das schon vor aller professionellen Ausdifferenzierung alltäglich vorzuliegen scheint“ (ebd. 284). Im Ergebnis können drei Fragen formuliert werden, an denen sich die Leistungskraft solcher ethischen Argumente erweist:

„Erstens nach den einer im sozialen Bereich tätigen Person obliegenden Pflichten, zweitens nach den im sozialen Bereich tätigen Personen zukommenden Rechten und drittens nach der Gerechtigkeit jener institutionellen Strukturen, die sowohl Rechte und Pflichten der Professionellen als auch die Rechte und Pflichten jener regeln, die freiwillig oder unfreiwillig mit diesen Institutionen in Kontakt kommen“ (ebd. 286).

In seiner Skizze zu „Moral und Soziale Arbeit“ knüpft Thiersch an diesen Überlegungen an und betont den Primat des Subjekts als konstitutiv für Soziale Arbeit.^v Damit darf Soziale Arbeit (trotzdem gerade) nicht nur an individuellen Problemen festgemacht werden, sondern muss den Menschen in seiner materiellen und sozialen Umwelt mit seinen je spezifischen regionalen, politischen und individuellen Ressourcen und den darin eingebetteten Chancen und Risiken sehen. „Der Ansatz der Sozialen Arbeit in den Ressourcen muss durchgesetzt werden gegen Stigmatisierung und Pathologisierung.“ (Thiersch 2005, 1253) Die prinzipielle Asymmetrie zwischen den „bedürftigen NutzerInnen“ und den „helfenden Profis“ birgt eben immer die Gefahr von Machtmissbrauch und fürsorglicher Belagerung. Hier ist ein fachlicher Eigensinn Sozialer Arbeit gefragt, mit dem diese in stellvertretender Verantwortung (advokatorische Ethik) ihre Arbeit so konzipiert, „dass die Intentionen der Hilfe im Horizont der Möglichkeiten des anderen prinzipiell zustimmungsfähig sind“ (ebd. 1255).

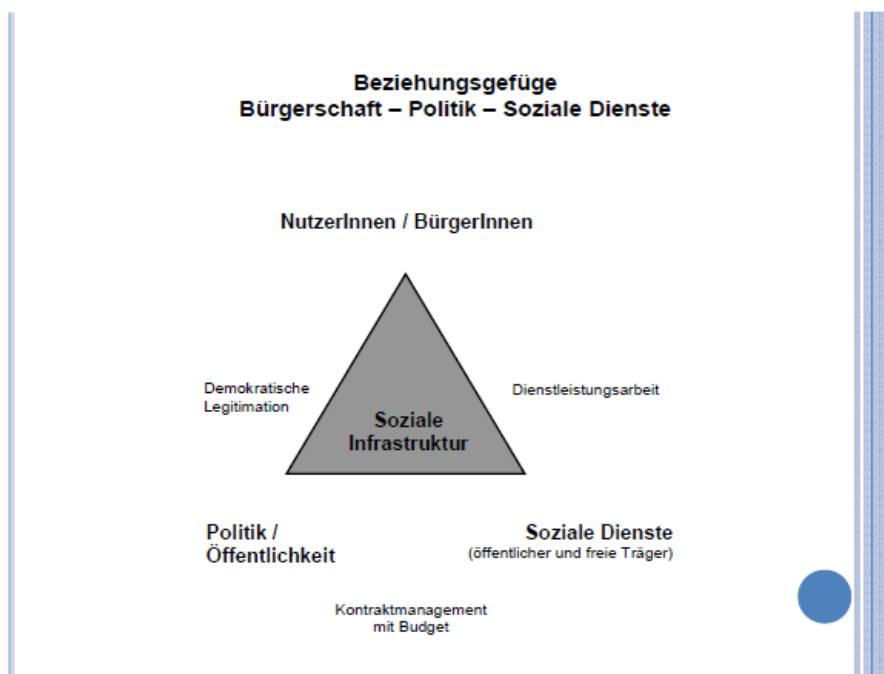
2. Soziale Kommunalpolitik und Aushandlungsprozesse

Für die konkrete und zukunftsorientierte Gestaltung sozialer Dienstleistungen kommt es auf kommunaler Ebene darauf an, dass soziale Leistungen, die von der Kommune zumindest subsidiär zu gewährleisten sind, möglichst orts- und bürgernah, möglichst transparent und effektiv sowie möglichst effizient – d. h. mit optimalem Wirkungsgrad – und zeitnah erbracht werden. Bei (immer) begrenzten Ressourcen stehen die einzelnen kommunalen Politikfelder in einem Wettbewerb, der in einem politischen Abwägungsprozess entschieden wird und im Hinblick auf den optimalen Einsatz der Ressourcen ein umfassendes Verständnis von Stadtentwicklung erfordert. Somit

können und müssen auch die sozialpolitischen Handlungsfelder und die dort zu realisierenden Leistungen sowie die zugrunde liegenden Werte wie Gesundheit, Soziabilität, Kultur und Mobilität in einem durchaus ökonomischen Sinne als „Standortfaktoren“ verstanden werden. In diesem Sinne – einer allgemeinen und besonderen Lebensqualität sowie einer wünschenswerten, durchaus produktiven Identifikation mit der Stadt und der Region – muss eine Soziale Kommunalpolitik die Bedürfnisse aller unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen integrieren.

Hier können Konturen einer neuen Sozialpolitik als Renaissance der Kommune und demokratischer Systeme analysiert werden (zum Bürgerschaftlichen Engagement, seiner Förderung und Organisation vor allem in Baden-Württemberg, ist auf das Projektbüro „Bürgerschaftliches Engagement“ von Roß/Klie an der Ev. Hochschule Freiburg zu verweisen: www.efh-freiburg.de/be/home/htm). Roß/Klie definieren dazu sieben Merkmale für Bürgerschaftliches Engagement:

- konkrete Belange als Ausgangspunkt,
- Verantwortung für den unmittelbaren öffentlichen Lebensraum („Sozialraumbezug“),
- gemeinsames Handeln von BürgerInnen;
- Denken in Zusammenhängen,
- Selbstorganisation und Kompetenzorientierung,
- gleichberechtigte Kooperation zwischen BürgerInnen, Verwaltung, Politik, Fachleuten und Verbänden,
- demokratische Teilhabe aller.^{vi}

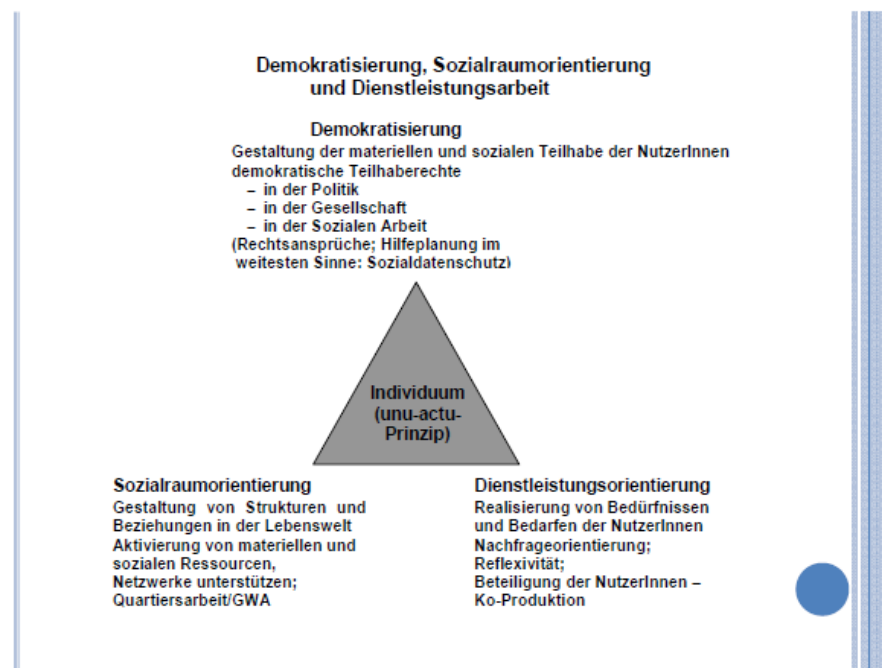


In einem permanenten Aushandlungsprozess zur Qualität und Quantität der je örtlichen sozialen Infrastruktur ist die Kommune als „politischer Sozialraum“ einerseits ein greifbares, gestaltbares Gebilde; andererseits müssen sich die

ProtagonistInnen von Professionalität und sozialpädagogischer Fachlichkeit immer auch mit den VertreterInnen anderer Interessen auseinander setzen. Anders gewendet geht es um das Beziehungsgefüge von Individuen/NutzerInnen zur Politik/Öffentlichkeit und zu den Sozialen Diensten/Verwaltung und damit um demokratische Legitimation, professionelle (personenbezogene soziale) Dienstleistungsarbeit und die Bereitstellung wie Begründung der erforderlichen Ressourcen für die Soziale Arbeit. Mit einer Regionalisierung als Organisationsprinzip kann in diesem Kontext die Restrukturierung lokaler Systeme (Nachbarschaft, Verein, Quartiersrat) unterstützt werden.

Offensichtlich wird an dieser Stelle allerdings ein dramatisches Versäumnis der Verwaltungsmodernisierung aus den 1990er Jahren: Kontraktmanagement setzt einen politischen Aushandlungsprozess zu Zielen und Prioritäten zwischen Bürgerschaft und Politik einschließlich der Verwaltung voraus!

Die Vereinbarung, Transparenz und Verlässlichkeit von „Spielregeln“ zwischen den Menschen in einer bestimmten Region (NutzerInnen/Bürgerschaft) und den dortigen Entscheidungsgremien (Politik) und dem Jugendamt (als Repräsentant der Leistungserbringer und Kostenträger) ist wesentlich für die Entwicklung tragfähiger Rahmenbedingungen, in denen eine „Soziale Infrastruktur“ konzeptionell und materiell gestaltet werden kann. Entsprechend einer „öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen“ (Elfter Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, 2002) bedarf es diesbezüglich einer gesellschaftspolitischen Klärung für einen Auftrag an Soziale Arbeit als „Lebenslagenpolitik“.



Drei zentrale Begriffe der hier verhandelten Konzeption können in einem Dreieck mit den Polen Demokratisierung, Sozialraumorientierung und Dienstleistungsorientierung zu einander ins Verhältnis gesetzt werden. Im Mittelpunkt steht das Individuum: der /

die Einzelne mit dem Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben und seine / ihre Rechtsansprüche. Dabei zeichnet sich die Soziale Arbeit durch ein Entsprechungsverhältnis von Anwesenheit und Ko-Produktion aus: die Leistung wird in aller Regel zeitgleich am selben Ort erbracht und genutzt. Dies ist eine Besonderheit der Sozialen Arbeit bzw. der (personenbezogenen sozialen) Dienstleistungsarbeit.

Eingebunden in die aktuelle fachpolitische Debatte um Ziele, Standards und professionelle Anforderungen einer modernen Sozialen Arbeit wird deutlich, dass das „Beziehungsgefüge“ zwischen Individuen (NutzerInnen) – Bürgerschaft (Politik) – Sozialen Diensten (Jugendamt) gerade auf der kommunalpolitischen Ebene als eminent politischer Aushandlungsprozess zu begreifen ist und auch unter machtpolitischen Gesichtspunkten interpretiert bzw. gestaltet werden muss. Die Durchsetzung der professionellen Prinzipien von Demokratisierung, Dienstleistungsorientierung und Sozialraumorientierung beschreibt in diesem Sinne wesentlich mehr als eine fachliche Konzeption:

Die tatsächliche gesellschaftspolitische Öffnung von relevanten Gelegenheiten der Teilhabe und Beteiligung für alle ist die Bedingung der Möglichkeit einer praktischen Entfaltung fachlicher Standards; diese sind zugleich die alltagsweltliche Basis für eine reale Nutzung gesellschaftlicher Optionen durch die Subjekte. Begründete Handlungsstrategien für Soziale Dienste bedürfen vor Ort sowohl der Akzeptanz bei den – potentiellen – NutzerInnen als auch der politischen und materiellen Unterstützung durch die – der regelmäßigen (Wieder)wahl unterworfenen – politischen Gremien. Insofern ist die Durchsetzung der genannten Prinzipien nur zum Teil eine Frage ihrer fachlichen Implementation; vielmehr sind ihre VertreterInnen in der alltäglichen und widersprüchlichen (kommunal)politischen Auseinandersetzung gefragt. Auch fachlich überzeugende Prinzipien bedürfen der Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft und damit der Begründung in einem Aushandlungsprozess konkurrierender Interessen.

3. Raumkonzepte und Aneignung

Raum ist als relationaler Begriff von konkret physischen wie sozialen Lokalisierungen und Positionierungen zu konzipieren. Ein Ort wird als sozial bestimmter Handlungskontext aufgefasst und nicht auf seine Materialität reduziert, er bietet unterschiedlichen Individuen unterschiedliche Optionen und vermittelt differenzierte Regeln zur Aufrechterhaltung sozialer Praktiken (vgl. Bordieu 1985, 1998).

Die vielfältigen materiellen und sozialen Beziehungen der Individuen, die sich im Rahmen einer umfassenden auch technisch unterstützten Mobilität ihre je eigenen „Räume“ selbst suchen, sind zu respektieren und handlungsleitend aufzunehmen. Kritisch zu beachten bleibt die Differenz zwischen territorial (geographisch) bestimmten Sozialräumen mit solchen von den Akteuren selbst bestimmten „sozialen Grenzen“ angesichts realer Netzwerke und Mobilitätsstrukturen. Damit sich Netzwerke konstituieren können, ist der soziokulturelle Hintergrund ebenso wie die konkrete räumliche Umgebung in professionellen Handlungsstrategien zu berücksichtigen.^{vii}

Nahraumorientierung ist ein wesentlicher Aspekt der fachlich wie konzeptionell-strategischen Neuausrichtung Sozialer Arbeit seit den 1980er Jahren. Heute darf

sozialraumorientierte Soziale Arbeit nicht auf eine Funktion im Konzept der Stadtentwicklungsprogramme reduziert werden. Die Analyse der Aneignung von Räumen und der Ausbildung von sozialem Kapital muss die territorialen, geographischen Bindungen der AkteurlInnen zwar aufnehmen, Handlungskonzepte müssen zugleich die sozialen Interessen der Subjekte als Bezugspunkt haben – und dürfen den Sozialraum nicht auf eine Verwaltungs- oder Versorgungseinheit reduzieren. Es ist zu prüfen, wie sich die operativen Ansätze einer Sozialraumorientierung ihrer manageriellen Inanspruchnahme im Sinne einer Minimierung der öffentlichen Opportunitätskosten und effizienten Steuerung von Mitteln zur Befriedung sozial benachteiligter Quartiere entziehen können, damit das Paradigma von Beteiligung und Teilhabe nicht zu einer „Selbstverwaltung der Not“ degeneriert (vgl. zu sozialräumlichen Desintegrationsprozessen und lokal(politisch)en Handlungskonzepten Brocke 2005).

Zahlreiche Einwände gegen eindimensional definierte Sozialraumtheorien begründen berechnete Kritikpunkte. Die Gefahren eines Missbrauchs neuer Strategien der interdisziplinären und integrativen Kooperation im Feld einer (neuen) Stadt(teil)entwicklungspolitik und einer gemeinwesenbezogenen sozialen Dienstleistungsarbeit begründen jedoch keine generelle Ablehnung von Sozialraumorientierung als zumindest einer wesentlichen Handlungsebene Sozialer Kommunalpolitik: „Sie bildet kein Zauber-Instrument zum Abbau gesellschaftlich verursachter Ungleichheit und Benachteiligung. (Sozial-)Politische Leitziele, Macht- und Mehrheitsfragen ersetzt Sozialraumorientierung natürlich nicht“ (Krummacher u.a. 2003, 12).

Die Aneignung des sozialen Raums umfasst die Konstruktion der kulturellen und sozialen Identität und damit auch die Entwicklung eines Bezugs zum eigenen Körper: „Die Aneignung sozialer Räume ist ein wesentlicher Faktor im Prozess der Subjektwerdung der Geschlechter“ (Meyer/Ginsheim 2002, 89). Mädchen werden häufig (noch) als benachteiligte homogene Gruppe stigmatisiert, worauf auch in einem Konzept der Raumaneignung dann im Sinne höchst problematischer Defizitzuschreibungen Bezug genommen wird. Für die Implementation der Kategorie Gender-Mainstreaming in einem Konzept der Sozialraumorientierung wäre es erforderlich, „sozialräumliche Grundsätze im Sinne einer Ethnographisierung, d. h. der Realisierung eines offenen, entnormierten und perspektivenverschränkenden Blicks“ durchzusetzen entgegen einem Festhalten „am dramatisierenden und dichotomisierenden Gender-Paradigma“ (Rose 2001, 77). In einem komplexen Verständnis von Geschlechterrollen muss auch die Differenzierung von Raumwahrnehmung und -nutzung aufgenommen und die Rückwirkungen auf geschlechtsspezifische Rollenmuster berücksichtigt werden (vgl. Riege/Schubert 2002, 27). Dies schließt eine „sozialräumliche Kundigkeit“ ein, die als Qualitätsstandard und mit „Gender-Kundigkeit“ „weibliche Verdeckungszusammenhänge“ berücksichtigt: „Gender-Kundigkeit meint ein Wissen über die vielfältigen Lebenswirklichkeiten beider Geschlechter und Kenntnisse darüber, wie die soziale und ökonomische Infrastruktur des jeweiligen Sozialraums Einfluss hat auf den Lebensalltag von Mädchen und Jungen und wie beide Geschlechter diese Infrastruktur nutzen“ (Meyer/Ginsheim 2002, 91).

Der Sozialraum muss somit als komplexes Gebilde betrachtet werden. Menschen haben eine Adresse und – zumeist – eine Wohnung. Hier ist ein Ausgangs- und hauptsächlichster Bezugspunkt für ihre Lebensweise gegeben, sie realisieren –

zunächst – hier ihren Lebensstil so wie sie gleichzeitig – mit ihren je individuellen Mitteln – Einfluss auf die Gestaltung des Quartiers nehmen: Sie eignen sich ihre materielle und soziale Umwelt an bzw. entwickeln alltagstaugliche Bewältigungsstrategien – sie konstruieren ihr „soziales Quartier“.

Soziale Arbeit muss die(se) Differenz zwischen

- sozialem, erlebten Raum und physisch anzueignendem Raum,
- organisatorisch (Dezentralisierung/Regionalisierung) und
- fachlich-professionell (Sozialraumorientierung/Dienstleistungsorientierung)

anerkennen und in ihre Handlungsstrategien integrieren. Dafür sind kleinräumige, quartiersbezogene Sozialstrukturanalysen erforderlich, die lebensweltbezogene Aspekte ebenso einbeziehen wie eine „Geographie des Sozialraumes“ und einrichtungsbezogene Informationen.

4. Einzelfallförderung und Sozialraumbudgets

Mit dem Modell eines Sozialraumbudgets hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt 1998, 34 ff.) erstmals einen Vorschlag für ein Finanzierungsinstrument im Rahmen von Konzepten der Sozialraumorientierung vorgelegt. Während sich der KGSt-Begriff des Sozialraumbudgets nur auf ambulante Hilfen zur Erziehung bezieht, können in einem erweiterten Sinn unter diesem Begriff Finanzmittel verstanden werden, die in einem eingrenzbaeren Gebiet aufgrund von Festlegungen zur Verfügung stehen (vgl. Elfter Kinder- und Jugendbericht: BMFSFJ 2002, 85 f).

Konkretisiert bedeutet dies, dass streng genommen nicht von Sozialraum- sondern von Stadtteil- bzw. Bezirks- oder Regionsbudgets gesprochen werden sollte, da bisher aus der Praxis nur Beispiele bekannt sind, die Finanzmittel für ein (verwaltungstechnisch festgelegtes) Gebiet und nicht für einen (pädagogisch konzipierten) sozialen Raum zur Verfügung stellen. Wesentliche Kennzeichen dieser Gebiets- oder Sozialraum-Budgets sind

- die Perspektive einer Dezentralisierung und verstärkten sozialräumlichen Ausrichtung sozialer Dienste bspw. zur Aufwertung lebensweltnaher Problembearbeitung, zur sozialräumlichen Entwicklung von Hilfefpotenzialen und zur Stärkung des Lebensweltbezugs bei der Konstruktion der Hilfe,
- die Verknüpfung dieser fachlichen Perspektive – und dies ist das Neue – durch ein spezifisches finanztechnisches Steuerungsverfahren, bei dem auf kommunaler Ebene die Arbeit der Träger über die Modalitäten der Finanzierung ausgerichtet und in eine kommunale Gesamtpolitik eingebunden werden soll (zur Kritik am Sozialraumbudget vgl. z.B. Merchel 2002, 110),
- die Konzentration sowohl in der theoretischen Diskussion als auch der praktischen Umsetzung auf den Bereich der Hilfen zur Erziehung (vgl. z.B. Koch u.a. 2002, EREV 2001, Müller 2001, Krummacher u.a. 2003, 164 ff.).

Eine wesentliche Implikation der Sozialraumbudgets ist defacto die Verschiebung der Verantwortlichkeiten und der Gewährleistungsfunktion, die das SGB VIII normativ dem öffentlichen Träger zuschreibt. Generelles Ziel ist es, dass die in einem Sozialraum tätigen öffentlichen und freien Träger gemeinsam eine fachliche und

ressourcenbezogene Steuerung gewährleisten. Dabei sollen freie Träger und ihre Einrichtungen so in die alltagsnahe, kleinteilige und kleinräumige Steuerung sozialpädagogischer Leistungen eingebunden werden, dass Funktionsdifferenzen zum öffentlichen Träger nur noch marginal bedeutsam sind. Pauschalierte Sozialraumbudgets stehen in dem Verdacht, zu einer Verschlechterung, Beeinträchtigung oder gar Aufhebung individueller Rechtsansprüche der Leistungsberechtigten führen zu können.^{viii}

Diskursive Verfahren zur Festlegung von Sozialraumbudgets können verbunden werden mit der Festlegung und Erhebung von Bedarfsindikatoren und Leistungsindikatoren, wobei solche Kennzahlen- oder Indikatorensysteme als Steuerungsinformation dienen und fachliche Planungen nicht ersetzen können. „Die auszuwählenden Indikatoren sollen den Beteiligten eine transparente und berechenbare Bewertungsgrundlage geben. ... Kennzahlen sind kein objektiver Maßstab für gute Arbeit, sondern können nur die Vorschau auf zukünftige Entwicklungen anregen und unterstützen“ (Krummacher u.a. 2003, 180 f). Allerdings ist die Verfügbarkeit von aussagekräftigen und steuerungsrelevanten Sozialindikatoren für die Bildung von Sozialraumbudgets bislang wenig geklärt.

* Bisherige Einzelfallförderung und individuelle Rechtsansprüche

Zur Einzelfallförderung nach bisheriger Praxis ist anzumerken, dass sowohl bei der Pflegesatzfinanzierung als auch bei der Fachleistungsstunde^{ix} gravierende Defizite deutlich werden: Sie bieten für sozialraumbezogene fallunspezifische Arbeitsansätze und Handlungsstrategien keinen Anreiz und zudem verursachen sie sowohl auf der Seite des Kostenträgers als auch auf der des Leistungsanbieters einen erheblichen, unproduktiven Verwaltungsaufwand.

Als besonders gravierende Hürde gegen die Strategie, eine sozialräumliche Regionalisierung – mit einem entsprechenden Budget – als Organisationsprinzip zu implementieren, erscheinen prinzipiell die Finanzierungsmodalitäten einer individualisierten Jugend- und Sozialhilfe (vgl. Münder 2001, 94 ff. „Ausblicke: Aus juristischer Sicht“; zur jugendhilferechtlichen Debatte auch Wiesner 2001). Viele Leistungen basieren auf einem individuell einklagbaren Rechtsanspruch, auf den kein/e BürgerIn zu Gunsten einer sozialen Infrastrukturmaßnahme im Stadtteil verzichten muss. Warum sollte jemand eine Einschränkung des Standards bei den gut ausgestatteten Ganztagsplätzen im Kindergarten für ein Kind hinnehmen, nur um die Angebote im Krippenbereich zu verbessern oder die Hausaufgabenbetreuung für die Schulkinder zu unterstützen? Mit den Finanzierungsmodalitäten gemäß SGB VIII und SGB XII werden eben generell keine Selbsthilfe und kein Sozialraumbezug unterstützt: finanziert wird vorzugsweise der Einzelfall, an dessen Bearbeitung alle Träger ihre Organisationsstruktur und ihr fachlich-personelles Konzept ausrichten.

Mit dem gesetzlich angelegten Trend zur Subjektfinanzierung versus einer Objektfinanzierung (von Trägern, Einrichtungen oder Diensten) soll andererseits die Rechtsstellung und damit die Beteiligung der NutzerInnen gestärkt werden. In diesem Sinn darf im Kontext eines Sozialraumbudgets die intendierte Stärkung von Infrastrukturleistungen auch nicht die Stellung der Leistungsberechtigten im System der Sozialleistungen schwächen. Dem entsprechend soll das jugendhilferechtliche Dreiecksverhältnis zwischen dem/der Leistungsberechtigten und dem Leistungserbringer (freier Träger) bzw. dem Gewährleistungs- und Kostenträger (öffentlicher Träger) im Hinblick auf die Subjektstellung und das Wunsch- und

Wahlrecht – und die Pluralität des Angebots als dessen Voraussetzung – für die NutzerInnen gesichert bleiben.

Schließlich entstehen im Konzept sozialraumorientierten Arbeitens neue fachliche Herausforderungen und organisatorische wie methodische Irritationen und Regelungsbedarfe für die Mitarbeiterschaft zu Fragen der Zuständigkeit, der Kompetenzabgrenzung und der Kooperation: „Der Erfolg entsprechender Modelvorhaben hängt daher – dies ist eine wichtige These in diesem Zusammenhang – zentral davon ab, ob die Professionellen durch geeignete Fort- und Weiterbildungsangebote, durch Supervision und Praxisreflexion sowie intensiven Einbezug in die Steuerung des Projektverlaufs mit neuen Arbeits- und Vorgehensweisen vertraut gemacht und zur Mitwirkung motiviert werden“ (Olk 2000, 21).

Solche kritischen Zweifel machen deutlich, wie grundsätzlich bei einer Neuorientierung Sozialer Dienste an Träger und Mitarbeiterschaft immer wieder die Frage gestellt werden muss: Wem nützt es, wessen Interessen werden mit den geltenden Spielregeln eher gefördert oder geschützt? Bezogen auf die Strategie eines „Sozialraumbudgets“ als ermöglichende Bedingung für eine feldorientierte soziale Arbeit scheint damit erst die Dimension für neue handlungsleitende Fragen angedeutet.^x

* Demokratische Aushandlung von Sozialraumbudgets

Die Perspektive einer solchen Konzeption verweist auf das Problem akzeptabler Regelungsmechanismen. Es bleibt nämlich auf der umsetzungsbezogenen örtlichen Ebene die Frage der demokratisch legitimierten Verteilung und fachlichen Steuerung von Ressourcen.^{xi} Diese sind immer begrenzt und ihre Verteilung findet deswegen statt in der Konkurrenz zwischen verschiedenen – kommunalpolitisch zu beeinflussenden – Handlungsfeldern (Politikbereichen wie Wirtschaftsförderung, Verkehr, Wohnen, Kultur, Sport, Soziales etc.) einerseits sowie andererseits auch in der Konkurrenz unterschiedlicher Stadtteile bzw. Quartiere und dort dann wieder im Hinblick auf konkurrierende Anliegen jeweiliger Zielgruppen (Park oder Parkplatz contra Bolzplatz, vielfältige Infrastruktur und verdichtetes Wohnen contra frei stehende Eigenheime etc.).

So stellt sich für den jeweiligen Sozialraum die Frage

- nach dem sozialpolitisch, fachlich erforderlichen Budget und diesbezüglich
- nach den gewollten Zielen und Wirkungen

sowohl als professionelle Herausforderung als auch gleichermaßen im Hinblick auf die demokratische wie materielle Beteiligung und Teilhabe der BürgerInnen. In diesem Sinn sind Sozialraumbudgets erst sinnvoll – vermutlich auch erst effektiv und effizient –, wenn ihre Entwicklung und vor allem Umsetzung mit Beteiligungs- und Aushandlungsprozessen z. B. im Rahmen von Quartiersarbeit verbunden wird. Sozialraumbudgets haben dann natürlich eine wesentlich politische Funktion, die maßgeblich über ihre Steuerungsfunktion im Verhältnis Stadt (Gewährleistungsträger / Auftraggeber) zu freien und privat-gewerblichen Trägern (Leistungserbringer / Auftragnehmer) hinausgeht.

5. Praxisperspektiven

5.1 Quartiersmanagement und Quartiersarbeit

Je weniger nationale Netze funktionieren, desto mehr wächst der soziale Problemdruck in den Kommunen; es verschärft sich der Konflikt, wie die begrenzten Ressourcen genutzt werden sollen. Selbst wenn die quantitativen Effekte schon wegen der restriktiven fiskalischen Rahmenbedingungen begrenzt sind, haben kommunale Initiativen etwa in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik gezeigt, dass neue und adressatInnengerechtere Formen der Problembewältigung sehr wohl möglich und praktikabel sind. Eine solche Strategie muss vorrangig darauf setzen, eine Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Stadtteilen zu verhindern, sie muss die Lebensbedingungen der Bewohner und Bewohnerinnen in „sozialen Brennpunkten“ verbessern und gleichwertige Lebensbedingungen im gesamten Stadtgebiet anstreben. Quartiersmanagement (Management des Aufbaus oder der Sanierung von Wohnquartieren) und Quartiersarbeit (Aufbau und Unterstützung einer tragfähigen Alltagskultur) sind wesentliche Strategien einer Sozialen Kommunalpolitik in diesem Sinne. Unter Rückgriff auf Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit wird Quartiersarbeit in diesem Kontext konzipiert als eine professionelle Dienstleistung in „normalen“ Stadtteilen. Sie versteht sich dann als „intermediäre Instanz“, die vor allem soziales Kapital aktivieren und eine Kultur des Aushandelns von Arrangements fördern will: „Quartiersarbeit orientiert sich nicht primär an den sozial Schwachen oder Menschen in schwierigen Lebenslagen, sondern hat das Ziel, ein Gemeinwesen zu fördern, das auch sozial Schwache mittragen kann“ (Maier 2003, 24; vgl. kritisch zu intermediären Instanzen Rausch 1998, 203 f).

5.2 Das Soziale Amt von morgen

Die Frage nach einer strukturellen Unterstützung für eine ressourcenorientierte Ausrichtung Sozialer Dienste in der Kommune führt zu der organisationspolitischen Option einer Integration des Jugendamtes in ein kommunales „Amt für soziale Integration und Ressourcenoptimierung“ (Jugend- und Sozialamt, Gesundheits- und Wohnungsamt, Schulamt). Dazu gehörten ressortübergreifende „Raumhaushalte“ und natürlich eine Reform der Jugendhilfeausschüsse bzw. eine Stärkung des Instruments der Arbeitsgemeinschaften (vgl. Brocke 2002, 14 ff.). Die klassische Organisationsstruktur eines Jugend- und Sozialamts (vgl. mit Praxisbeispielen Krummacher u.a. 2003, 161 ff.) ist in einer solchen Perspektive mit ihrer Ausrichtung an Aufgaben bzw. gesetzlichen Zuständigkeiten in Fachabteilungen ungeeignet. Eine Matrix-Organisation, die z. B. nach demografischen und problemspezifischen Zielgruppen wie nach räumlichen Einheiten und Projekten differenziert, ermöglicht eher eine ergebnisorientierte Integration der Fach- und Ressourcenverantwortung.

Kreft (2001) fordert unter der Fragestellung „Brauchen wir eine umfassende Strukturdebatte in der Jugendhilfe?“ mit Verweis auf die fachliche Logik des Handelns im Sozialen Raum das „Soziale Amt von morgen“ mit kleinen, zentralen Steuerungseinheiten und Regionalen Arbeitseinheiten (RAEs) mit möglichst umfassender Zuständigkeit für alle sozialen Angelegenheiten und Zielgruppen. Die RAEs sollen eine umfassende Fach- und Ressourcenverantwortung für den Sozialraum haben und Ort der dezentralen Qualitätssicherung sein; als Orte der Koordination und Vernetzung würden sie mit anderen Einrichtungen und Angeboten

öffentlicher, freier und privat-gewerblicher Träger der Sozialen Arbeit ebenso kooperieren wie mit sonstigen arbeitsrelevanten Einrichtungen und Diensten (Schule, Kultur, Kirchen, Polizei etc.). (Ebd. 189.)

Visionen einer sozialräumlichen Arbeitsweise in und für ein Amt für soziale Integration und Ressourcenoptimierung wären:

- Kleine Teams auf Stadtteilebene verantworten ein integriertes Leistungspaket aller ortsnahe anzubietenden Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe in fachlich-konzeptioneller, personeller wie personalpolitischer und finanzieller Hinsicht. Beratung, Sachleistungen und Einrichtungen sind im Stadtteil sowohl im städtischen Verantwortungsbereich als auch mit freien Trägern vernetzt: Angebote und Dienstleistungen werden abgestimmt; räumliche und personelle Ressourcen werden ausgetauscht; die Leistung für die NutzerInnen wird nach den Grundsätzen von Ganzheitlichkeit/Normalisierung, Selbsthilfe/Empowerment und Individualisierung/Partizipation/Flexibilität erbracht. Regionalbüros als innovative Organisationseinheiten richten ihr Handeln nicht an Standardsituationen aus, sondern an stets veränderten Problemlagen.
- Ergänzend zur dezentralen Organisation kann in zentralen Fachbereichen eine zusätzliche „Zielgruppenorientierung“ sichergestellt werden: Kinder, Jugendliche, Erwachsene, ältere Menschen. In solchen Fachgruppen liegt dann die Kompetenz für die Sicherung zielgruppenspezifischer Konzepte und Angebote im Stadtteil. Daneben kann es Dienste oder Vertiefungsgebiete für besonders hilfsbedürftige Menschen geben: Drogenabhängige, Wohnungslose, Alkoholabhängige, Straffällige/Haftentlassene, psychisch Kranke und andere, die auf der Ebene des Stadtteils nicht ausreichend abgesichert werden können.
- Diese regionalisierte Arbeitsweise wird ergänzt durch übergreifende Fachberatung und Fortbildung sowie ein aussagekräftiges fachliches und finanzielles Berichtswesen (operativ); dieses Berichtswesen korrespondiert mit einer differenzierten Sozial- und Jugendhilfeplanung (strategisch), die wiederum auf einem klaren und demokratisch erarbeiteten Leitbild einer „Sozialen Kommunalpolitik“ fußt; dieses Berichtswesen mündet regional und auf Amtsebene wie auf städtischer Ebene in ein differenziertes Controlling. Auf dieser fachlichen Grundlage werden kommunikativ und konsensuell die städtischen Entwicklungsziele und Handlungsoptionen für die Stadtentwicklung und die Erbringung sozialer Dienstleistungen definiert.
- Eine Kosten-Leistungsrechnung und entsprechende Techniken sind inzwischen selbstverständlich. Die Besonderheiten sozialpädagogischer Arbeit (Koproduktion, Prävention etc.) im Sinne der Differenz zwischen output und outcome sind in „Leistungsketten“ operationalisiert. – Diese Leistungsbeschreibungen sind für das Haushaltswesen und Personalwesen aufbereitet und die Interdependenz zwischen fachlichen Standards, gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen und finanziellen Vorgaben ist für ein Kontraktmanagement und Führen durch Zielvereinbarungen operationalisiert. Sozialräumliche Budgets bilden den Rahmen für eine regionalisierte Arbeitsstruktur.
- Im Sinne von Evaluation, fachlicher Reflexivität unter Einbeziehung der NutzerInnen und einer dialogischen Demokratie unter Einbeziehung verschiedener

gesellschaftlicher Gruppen werden auf den verschiedenen Ebenen Kommunikationszirkel und Abstimmungsverfahren zur reflexiven Legitimation von Programmen und Handlungen etabliert:

- * Fall, Milieu, Gemeinwesen, Stadtebene;
- * Profi, Fachteam, Trägerkooperation, gesellschaftliche Gruppen und Institutionen, politische Entscheidungsgremien. (Vgl. zu Entwicklungsperspektiven für das Jugendamt Marquard 2008.)

Insbesondere die Überlegungen zu Demokratisierung und Teilhabe, Selbstverantwortung und Politisierung des Gemeinwesens begründen auch ein Plädoyer für die sozialräumliche Regionalisierung und eine Entspezialisierung Sozialer Dienste.^{xii} Erste Erkenntnisse zum Verhältnis von Verwaltungsmodernisierung und Jugendhilfeausschüssen belegen einen gewissen Trend zur Integration von Spezialdiensten und zur Dezentralisierung bei gleichzeitiger Integration der Fach- und Ressourcenverantwortung: „Perspektivisch wird die Sozialraumorientierung zu einer Umorientierung aller Infrastruktureinrichtungen auf dezentraler Ebene führen“ (Krummacher u.a. 2003, 199).

5.3 Gewichtung von Elementen einer fachlichen Konzeption von Sozialraumorientierung

Elemente einer fachlichen Konzeption von Sozialraumorientierung												
B) Organisation		1. zentrale Amtsstruktur			2. regionale Zuständigkeiten			3. integrierte Fach- und Ressourcen- verantwortung			C) Sozialraumbezug	
A) Fachliche Prinzipien												
1. Spezialisierung, Einzelfallorientierung	1								3			1. Zuordnung nach Wohnungsadresse
2. Case-Management, Ressourcenorientierung												2. systemischer Ansatz, Vernetzung
					4					2		
3. „demokratische Rationalität“/Reflexivität												3. quartiersbezogene, integrierte Teams
	6										5	
D) Kommunikation/ Aushandlung		1. Öffentlichkeit/ Politik			2. Mitarbeiter- schaft			3. NutzerInnen				

In dem Schaubild „Elemente einer fachlichen Konzeption von Sozialraumorientierung“ ist in jedes der neun Felder ein Gitter mit wiederum neun Feldern zu projizieren, wobei jedes so entstehende kleine Feld jeweils wieder ein Prinzip aus den vier Kategorien A) bis D) repräsentiert. So kann die Kombination je eines Prinzips aus jeder Kategorie aufeinander bezogen schematisch dargestellt werden. In der Praxis erkennbare Organisationsstrukturen und Handlungsorientierungen können als mögliche Arbeitsprinzipien formuliert und analysiert werden.

Beispiele:

1. Es besteht eine eher einzelfallorientierte Spezialisierung (A) in einer zentralen Amtsstruktur (B) bei besonderer Beachtung der öffentlichen Meinung bzw. politischer Erwartungen (D); der Sozialraumbezug ergibt sich wesentlich aus der Wohnungsadresse des „Klienten“ (C).
2. Es wird ein ressourcenorientierter Ansatz (A) fallbezogen in einer Organisationsstruktur mit integrierten regionalen Zuständigkeiten (B) gemanagt, in der Vernetzung (C) und die Kooperation mit den NutzerInnen (D) wesentlich sind.
3. Es besteht eine starke Spezialisierung (A) im Rahmen einer regionalen Zuständigkeit (B), die Zuständigkeit ist nach Straßen geregelt (C) und die Funktion der Profis (D) wird betont.
4. Case-Management (A) wird im Rahmen regionaler, quartiersbezogener Zuständigkeiten (B) mit Betonung von systemischen Ansätzen/Vernetzungsstrategien (C) und Kompetenzen der MitarbeiterInnen (D) verfolgt.
5. Ein reflexiver, professioneller Aushandlungsprozess (A) erfolgt auf Basis einer integrierten Fach- und Ressourcenverantwortung (B) in umfassend und quartiersbezogen zuständigen Teams (C), die die Ko-Produktion mit den NutzerInnen forcieren (D).
6. Gewisse Prinzipien der vier Kategorien erscheinen allerdings als inkompatibel: Eine betont reflexiv-demokratische Haltung (A) in einer hierarchisch-zentralen Amtsstruktur (B) ist ebenso unwahrscheinlich wie die handlungsleitende Verknüpfung eines solchen Rahmens mit multiprofessionellen, im Quartier umfassend zuständigen Teams (C), die wiederum die Position der NutzerInnen eher ausblenden und die „veröffentlichte Meinung“ (D) zu einem wesentlichen Orientierungspunkt machen.

Die hier unterstellten Elemente einer fachlichen Konzeption von Sozialraumorientierung folgen einer spezifischen, fachlichen Handlungslogik. Spatscheck (2009, 4 ff.) formuliert zusammenfassend sechs sozialräumliche Handlungsprinzipien, in Anlehnung an Braksch/Eike (2009, 95 f) werden hier sieben grundlegende Handlungsprinzipien skizziert:

1. Konstitutiv sind sowohl Optionen der Individuen wie auch die sozialräumlichen Bedingungen (Dopplung der Handlungsebenen).
2. Ziel und Bedingung sind die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen für ein „gelingendes Leben“ (Lebensweltorientierung).
3. Angestrebt wird die Kombination aller Problemdimensionen und Lösungsansätze bzw. Methoden (interdisziplinäres Arbeiten).
4. Im Zentrum stehen die Ressourcen der Betroffenen und des Quartiers (Orientierung an den Ressourcen).
5. Unabdingbar ist die Beteiligung der Betroffenen zur Kontrolle über die eigene Lebensführung (Aktivierung und Beteiligung).

6. Kooperation bedingt Kontextualität der Arbeit, Integration und Verallgemeinerung als Handlungsprinzipien (zielgruppenübergreifende Arbeit).
7. Dazu gehört gleichfalls die Vernetzung und Koordination mit anderen Diensten bzw. im Gemeinwesen (kooperative Arbeitsformen).

III. Ausblicke

1. Strategischer und praktischer Politikwechsel für eine Soziale Kommunalpolitik

Sozialraumorientierung erfordert einen Paradigmen- und Politikwechsel, der nicht auf ein einzelnes Ressort wie die Jugendhilfe zu beschränken ist. Ausgehend von den (Bildungs-)Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien und den notwendigen Kompetenzen, die es zu erlangen gilt, sollen Strukturen, Dienstleistungen und Angebote umgestaltet werden. Sozialraumorientierung erfordert neue Formen des Verwaltungsdenkens und Handelns und basiert gleichzeitig auf einer neuen Kultur der Beteiligung: ohne die tatsächliche Partizipation der Betroffenen ist sie nicht zu verwirklichen. Sie zielt also auf ein Mehr an praktizierter Demokratie, an Teilhabe und auch an Effizienz!

Zentrale Kennzeichen von Sozialraumorientierung sind:

- Empowerment (Perspektiven entwickeln, Projekte möglich machen, städtebauliche Investitionen konzentrieren und mit sozialen Infrastrukturpolitiken kombinieren),
- lokale Partnerschaften, lokale Ökonomie,
- Vernetzung und Verflechtung, soziale Arbeit als Koproduktion,
- Partizipation (Bürgerbeteiligung, Stärkung der Stellung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, Selbsthilfe und soziales nachbarschaftliches Engagement),
- Linkage-Politik (soziale Verantwortung der privaten Wirtschaft, Formulierung der Schnittstellen zwischen anderen Politikbereichen).

Die Umsetzung einer am Sozialraum orientierten Strategie verlangt nicht allein die Berücksichtigung der fachlichen und demokratischen Standards der Sozialraumorientierung sondern Steuerungs- und Führungskompetenz von der Kommune und den lokalen Akteuren auf allen Ebenen:

- * Auf der *strategische* Ebene gilt es, die Koproduktionsebenen zu formulieren, abzustimmen und festzulegen.
- * Auf der *administrative* Ebene muss sicher gestellt werden, dass die betroffenen einzelnen Ämter kooperieren und Querschnittskompetenzen aktiviert werden und die Gesamtstruktur der Angebote Transparenz und Bürgernähe schafft.
- * Auf der *methodischen* Ebene müssen Leitlinien mit entsprechenden Zeitplänen mit Auftraggeber und Zielgruppe(n) festgelegt sowie Indikatoren zur Auswahl und zum Vergleich lokaler Angebote gefunden und ein transparentes Instrument der Evaluierung, Bewertung und Prüfung geschaffen werden.
- * Auf der *sozialräumliche* Ebene müssen die sozialen Hilfen und Dienste stärker präventiv und ursachenbezogen definiert sein.
- * Auf der *Aktionsebene* gilt es, einer ausgewiesenen Kooperations- und Beteiligungskultur Substanz und Gewicht zu verschaffen. Denn es müssen Akteure und Initiativen zur Beteiligung gewonnen werden, die traditionell nicht erreicht werden.

2. Elemente einer Konzeption von Sozialraumorientierung

Wesentliches Ziel der hier propagierten adressatInnen-orientierten Arbeitsprinzipien ist der Abbau jener bürokratischen Organisationsstrukturen, die problemadäquaten Handlungsstrategien entgegen stehen. Sozialraumbezug und kommunikative Aushandlungsprozesse beschreiben dann Instrumente der umsetzungsbezogenen Arbeitsebene.

* Auf der Ebene der Organisation geht es um eine zielgerichtete, fachlich angeleitete Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im Kontext einer professionstheoretisch begründeten Organisationsentwicklung; es geht um (neue) Steuerungsinstrumente (Ressourcenverantwortung, Controlling) und damit um die fachliche/örtliche/materielle Zuständigkeit für die operative Steuerung. Dazu gehört die Personalwirtschaft und Personalentwicklung (als strategische Leitungsaufgabe) ebenso wie die Budgetverantwortung.

* Die fachlichen Prinzipien beziehen sich auf Lebensweltorientierung und damit auf Gemeinwesenbezug, Aktivierung und Beteiligung der NutzerInnen, Sozialberichterstattung und beteiligungsorientierte Sozialplanung, Ko-Produktion, lokale Demokratie.

* Grundlegend bleibt eine professionelle Ebene, die Reflexivität und demokratische Rationalität, Handlungsprinzipien einer „Neuen Fachlichkeit“^{xiii} und ein auf Teilhabe aller zielendes sozialpolitisches Engagement für eine solidarische Gesellschaft begründet und fördert.

3. Demokratische Teilhabe – im Alltag und vor Ort

Perspektivisch ist eine wesentliche kommunalpolitische Strategie darin zu sehen, Aufgaben und Handlungslogiken der Sozialen Dienste nicht auf die ordnungsgemäße Erbringung sozialstaatlicher Leistungen zu verkürzen, sondern stärker den Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und Sozialer Sicherung – im weiteren, alltagspraktisch-lebensweltlichen Sinne von Kommunikation, Förderung, Erziehung, Bildung, Betreuung, Pflege usw. – herzustellen. Eine solche (kommunitaristische) Wende zielt auf einen öffentlichen Diskurs über die (Neu)Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen Staat, intermediären Organisationen und BürgerInnen mit der Perspektive einer Demokratisierung von Sozialpolitik. Dieser Zielsetzung bleiben Prozesse der Neuorganisation Sozialer Dienste verpflichtet.

Es wird von der optimistischen These ausgegangen, dass neue Impulse für eine partizipativ-demokratische Reformstrategie zumindest auf der kommunalen Ebene an solidarischen Konzepten der Subsidiarität anknüpfen und mit dem Ausbau der lokalen Selbstverwaltung verbunden werden (können). Demokratie beruht nicht auf Konsens, sondern auf dem zivilen Umgang mit Dissens. „Demokratische Rationalität“ (vgl. Dewe/Otto 2005) kann hier genutzt werden sowohl für eine öffentlich-politische als auch für eine fachlich-soziale Praxis. Damit würden emanzipatorische Elemente einer progressiven Sozialarbeit den Weg weisen für eine dialogische Politik (vgl. Giddens 1997). Die Ungewissheiten einer „reflexiven Moderne“ verlangen nach einer entsprechenden Offenheit sozialpädagogischer Konzepte. Denn auch deren

Leistungsfähigkeit und Legitimität muss für die NutzerInnen immer wieder (neu) begründet, praktisch im Alltag erhalten und in der Wirksamkeit (Wiedererlangung der Selbständigkeit) verbessert werden: Dies erfordert eine Stärkung der wissenschaftlich-reflexiven Kompetenz der Professionellen.

In diesem Kontext bleibt Demokratie nicht (nur) ein Mittel der Interessenvertretung, sondern wird (auch) zu einem Verfahren zur Schaffung eines öffentlichen Forums, in dem durch dialogische Aushandlung in persönlicher und sozialer Verantwortung statt durch Rückgriff auf Macht die Konflikte (zumindest) geregelt werden (vgl. ebd.). In einer kritischen Analyse dieser Entwicklungsoption bleibt allerdings auch die staatliche Instrumentalisierung des Konzepts vom „Fördern und Fordern“ als Ausdruck einer neuen Art von Sozialstaatlichkeit im Sinne einer Neubestimmung von Subsidiarität und Solidarität im Spannungsverhältnis der staatlichen Absicherung von Lebensrisiken, sozialer Fürsorge und öffentlicher Kontrolle privater Lebensführung kritisch zu prüfen.

Eine hier geforderte und begründete – umfassende, verschiedene Politik- und Gesellschaftsbereiche betreffende – Infrastruktur in Form von Diensten, Einrichtungen und öffentlichen „Gelegenheiten“ muss und kann nur vor Ort in den Kommunen gestaltet werden; ihre Konzipierung und Finanzierung bleibt allerdings eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

-
- i. Kessl (2001) analysiert den Zivilgesellschaftsdiskurs im Kontext der ostmitteleuropäischen Entwicklung seit Mitte des 20. Jahrhunderts und schlägt vor, Zivilgesellschaft zu bestimmen „(1.) als eine moderne gesellschaftliche und demokratische Ordnung, in der oberhalb der Familien und gegenüber dem Staat und der Ökonomie vielfältige Institutionen treten, die zugleich Rechte schützen und Interessen authentisch vermitteln, (2.) als ein durch gesicherte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte der Gesellschaftsmitglieder als Bürger konstruierter öffentlicher Bereich, in dem sich die gesellschaftlichen Interessen in staatsunabhängigen Institutionen frei organisieren und artikulieren, (3.) als eine Politik, deren Funktion und Reichweite im Unterschied zur tendenziellen Totalpolitisierung autoritärer Regime auf einen abgegrenzten öffentlichen Bereich unter Wahrung weitgehender Autonomie des Privaten beschränkt ist, und (4.) als ein Programm der gesellschaftlichen Selbstmobilisierung bzw. Re-Demokratisierung.“ (Ebd.: 2007)

Kessl skizziert abschließend die „Konsequenzen zivilgesellschaftlicher Perspektiven für die Soziale Arbeit“ nach sechs unterschiedlichen Theoriepositionen und unterstreicht gerade angesichts der Konzepte „aktivierender Sozialpolitik“, die sich als zivilgesellschaftliche Aktivierungsprogramme präsentieren, die basale sozialpolitische Einsicht: „Erst soziale Teilhabe ermöglicht politische Teilnahme.“ (Ebd.: 2014)

- ii. Vgl. zu „Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit“ Otto/Schneider, 1979; zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit Wendt, 1989, und Rausch 1998: 182 ff. (dort mit zahlreichen weiteren Quellen); zur Lebensweltorientierung Thiersch, 1992 und 2002 sowie Grunwald/Thiersch, 2005, und BMJFFG, 1990 (8. Jugendbericht) sowie kritisch Rausch 1998: 6 ff.; zur Einnischungsstrategie Mielenz, 1981 und 2002; zur lokalen Sozialpolitik Olk/Otto, 1985, Hanesch, 1997, und Backhaus-Maul, 1998; zu Gemeinwesenarbeit Oelschlägel, 1997 und 2005, und Rausch, 1998; zur „Dienstleistungsorientierung“ Gartner/Riessman, 1974, KGSt seit 1993, qualitativ dazu BMFSFJ, 1994 (9. Jugendbericht), Olk, 1995; zum Zusammenhang tradierter Konzepte der Gemeinwesenarbeit mit der aktuellen Diskussion um Sozialraumorientierung zusammenfassend auch Olk, 2000: 12 f. sowie Riege/Schubert, 2002: 20 f. und 31 f. Zu „Sozialraumbudget“ als erster Entwurf KGSt, 1998, und praktische Ansätze bei Schröder, J., 2000.
- iii. Zu „Bausteine einer modernisierten Gemeinwesenarbeit“ vgl. Rausch, 1998: 197 ff. Professionelle Parteilichkeit meint z. B. in der Gemeinwesenarbeit „die Unterstützung sozial Benachteiligter, ungerecht Behandelte oder schlichtweg gehandicapter Personengruppen im Bemühen sich zu

artikulieren und am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Parteilichkeit versucht, ungerechtfertigte Benachteiligungen gewissermaßen dadurch zu überbrücken, dass Beiträge zur Chancengleichheit geleistet werden. Sie geschieht im Geiste der Aufklärung und der Menschenrechte und schließt somit notwendigerweise die Parteinahme für entgegengesetzte Bestrebungen aus. Die Betroffenen selbst müssen schließlich entscheiden können, ob diese Unterstützung zum Beispiel auch Vermittlungs-, Dolmetscher- oder Moderationsdienste beinhalten soll. ... Die Inszenierung von Solidarität und Gemeinschaft kann nur gelingen, wenn es möglich wird, die vielfältigen kulturellen Hintergründe, die reichhaltigen Ressourcen der Lebenswelt und des Gemeinwesens in einen lebendigen Dialog und zu wahren Begegnungen im Sinne Bubers zusammenzubringen. ... Es gilt also gemeinsam träumen zu lernen.“ (Rausch, 1998: 205 ff.; aktuell zu „Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen der Sozialen Arbeit“ Rausch, 2004: 83 ff.).

Die historische Entwicklung von Gemeinwesenarbeit in Deutschland kann – anknüpfend an Oelschlägels drei Wellen – inzwischen vielleicht mit fünf Wellen beschrieben werden: Bis Anfang der 1950er Jahre kommt die Gemeinwesenarbeit nach Deutschland und wird (erst) um die 1980er Jahre als „Arbeitsprinzip“ wirklich eingeführt (vgl. Boulet/Krauß/Oelschlägel, 1980). Die nächste Etappe kann Mitte der 1990er Jahre mit dem Forum für Community Organisation (FOCO) beschrieben werden. Ungefähr zeitgleich entwickelte sich die Debatte um die Gemeinwesenökonomie: eine „solidarische Ökonomie“ soll Produktion, Verteilung und Konsumption im Nahraum fördern und dabei insbesondere die Ressourcen benachteiligter Menschen nutzen und diese integrieren. Als fünfte Welle wird die Gemeinwesenarbeit im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ verstanden (vgl. Krebs, 2004).

- iv. Böllert (1995) äußert sich auch „Zum Problem der ethischen Legitimation personenbezogener Dienstleistungen“ und unterstreicht die Vorstellungen einer advokatorischen Ethik in mehrfacher Hinsicht: „Zum einen vermeiden sie die Positionierung sozialer Arbeit als Moralproduzentin und entgehen damit sowohl weitläufigen Versuchen einer konservativen Instrumentalisierung von Moral, als auch deren expertokratischen Vereinnahmung. Zum anderen können aus der Konstituierung eines Rechts auf Bildung, Erziehung und Pflege Gegenstrategien gegenüber Tendenzen der Reprivatisierung und marktwirtschaftlichen Organisation sozialer Dienstleistungen gefolgert werden. Des weiteren ist die advokatorische Ethik als Rechtsfertigungszusammenhang normierender Interventionen daran gebunden, dass gegenüber Menschen gehandelt wird, die zu der Begründung ihrer Handlungen nicht fähig sind, womit zugleich in einem positiven Sinn die Grenzen der advokatorischen Ethik benannt sind, d. h. sie kann keinesfalls gegenüber solchen Interventionen als Legitimation herangezogen werden, mit denen kontrollierende Zugriffe gegenüber entscheidungs- und begründungsfähigen Personen durchgesetzt werden sollen.“ (Ebd.: 185)
- v. Ein solches (moralisches) Selbstverständnis erfordert im Handeln eine hohe Reflexion, Fremd- und Selbstevaluation, Fremd- und Selbstkritik – und entsprechend verpflichtende Verfahren und Gelegenheiten. Thiersch (2005: 1256) fordert „Beschwerdeinstitutionen und -kammern, in denen die Profession Unzulänglichkeiten in sich selbst klärt ...“. Der Elfte Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ, 2002: 260) fordert „Dienste der Verbraucher“ bzw. der Klientenberatung, die zur Qualitätsüberprüfung und Kundenberatung sozialer Dienstleistungen zu schaffen wären und durch unabhängige Beschwerde- bzw. Clearingstellen ergänzt werden sollen.
- vi. Auf dieser Basis können Felder und Entwicklungsperspektiven für die Engagementformen und Arbeitsweisen von BürgerInnen, Fachkräften, Verwaltung, Politik, Verbänden und Einrichtungen sowie Unternehmen benannt werden. So sind praktische wie normative Implikationen für ein Konzept des bürgerschaftlichen Engagements zu beschreiben. Daraus abzuleitende Thesen für eine Soziale Kommunalpolitik beziehen sich auf folgende Aspekte:
 - Demokratie als persönlicher Lebensstil, der alle gesellschaftlichen Bereiche prägt.
 - Im Sinne einer Generalprävention gilt es, BürgerInnen aktive Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Lebensraum zu eröffnen.
 - Ressortübergreifend geht es um das Miteinander im lokalen Lebensraum in all seinen Gegebenheiten und mit all seinen Ressourcen.
 - Für Aushandlungsprozesse zwischen Gruppen und Institutionen, Politik und Verwaltung bedarf es verlässlicher Regeln, die dem Spannungsverhältnis von repräsentativer und unmittelbarer BürgerInnenbeteiligung gerecht werden.

- Eine frühzeitige Einbeziehung von Engagements und Kompetenz der Bürgerschaft sichert Qualität und Akzeptanz von Entscheidungen.
- Eine wirklich alle Schichten ansprechende Beteiligung der BürgerInnen erfordert differenzierte Möglichkeiten der Mitwirkung.

vii. Kessl, 2001 („Komm rein, kannst du rausschau'n!“ In: Widersprüche Heft 82, Bielefeld), kritisiert Sozialraumorientierung als neue politische Strategie mit dem Ziel, die „Realisierung und Garantie eines möglichst hohen öffentlichen Sicherheitsstandards und die Verbesserung der Lebensbedingungen in den einzelnen Wohnarealen“ zu erreichen (ebd.: 39). Eine solche Engführung hin auf „sozialräumliche Präventionsprogramme“ führt ihn zu der Wertung: „Aktuelle sozialräumliche Präventionsstrategien laufen damit Gefahr, Marginalisierungsprozesse nicht überwinden und Teilhabemöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner nicht ermöglichen zu können, sondern räumliche Segregationsprozesse gerade erst zu fixieren“ (ebd.: 49).

Vgl. Löw/Sturm, 2005 zu „Raumsoziologie“ (31-48); zu einem raumtheoretisch verankerten Konzept Sozialer Arbeit Kessl/Maurer, 2005: „Soziale Arbeit“ (111-128).

viii. Bernzen erörtert im Kontext von Sozialraumbudgets die „Bedeutung des Wunsch- und Wahlrechts in der Jugendhilfe“ und betont das Wunschrecht des Leistungsempfängers im Hinblick auf die intensive Einwirkung der erforderlichen Hilfe: „Ziel der Hilfe muss es in den Grenzen des Erlaubten sein, dass der Hilfeempfänger nach seinem Plan leben kann. ... Dem Ausgleich (von) Wunschrecht und Trägerautonomie unter den Bedingungen öffentlicher Gesamtverantwortung dienen die Trägerpluralität und das Subsidiaritätsprinzip. ... Voraussetzung dafür, dass das Wunschrecht real ausgeübt werden kann ist, dass faktisch überhaupt eine Auswahl zwischen Verschiedenem besteht. ... Damit aber das Wunschrecht einen Gegenstand bekommen kann, bedarf es unterschiedlicher Angebote unterscheidbarer Träger. Dieses sicher zu stellen ist der zentrale Bestandteil der Gesamtverantwortung, die der öffentliche Träger für die soziale Arbeit hat.“ (Bernzen, 2001: 22 f.)

Weitere „Einwände der Praxis gegen Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe“ benennen Krummacher u.a. 2003: 181 f.: eine mögliche Aufweichung individueller Rechtsansprüche, Verschlechterung der Fachlichkeit durch eine Beeinträchtigung verbleibender Spezialeinrichtungen, Überschätzung einer wirkungsorientierten Steuerung, Überforderung der Ansprüche an Gemeinwesenarbeit und eine unrealistische Reichweite von Sozialraumkonzepten angesichts der Trends von Individualisierung und Flexibilisierung von Lebensentwürfen.

ix. Aus eigener Erfahrung kann der Verfasser darauf verweisen, dass eine Ausgestaltung der „Finanzierungsform Fachleistungsstunde“ sehr wohl dahingehend möglich ist, fallunspezifische, sozialraumorientierte Arbeit zu unterstützen. Im Zeitraum 1995 – 1997 wurde in der Landeshauptstadt Schwerin auf der Grundlage eines fachlichen Konzepts flexibler Erziehungshilfen und i.V.m. mit der Etablierung von „Jugendhilfestationen“ einvernehmlich zwischen freien Trägern und Jugendamt ein Modus für die Vereinbarung, Durchführung und Abrechnung von erzieherischen Hilfen in Form von Fachleistungsstunden entwickelt und praktiziert. Zum einen wurde mit dem vorab festgelegten „Preis“ für eine Fachleistungsstunde der tatsächliche Bruttoaufwand des Trägers (inkl. Regiekosten, Supervision) refinanziert. Die Zahl der einzelfallbezogenen Fachleistungsstunden je Woche oder je Monat wurde im Rahmen des individuellen Hilfeplans festgelegt. Damit verblieb das „Auslastungsrisiko“ beim freien Träger, der darüber allerdings – bei Wahrung des Wunsch- und Wahlrechts der NutzerInnen – in einem regelmäßigen Austausch mit der Verwaltung des Jugendamtes stand. Der „Charme“ dieses Modells bestand nun darin, dass schon die fachliche Ausgestaltung der Fachleistungsstunden nicht im strengen Sinn den Hilfearten der §§ 28 – 35 a SGB VIII folgen musste und insofern Gestaltungsfreiheit für fallbezogene aber doch übergreifende, z. B. sozialraumbezogene Aktivitäten blieb (Teilnahme und Gestaltung von Gruppenaktivitäten u. ä.). Das maßgebliche „Steuerungsinstrument“ zur Ermöglichung und Förderung dezidiert sozialraumbezogener Arbeitsansätze war die bewusste Aushandlung der „Auslastungsquote“, die im Hinblick auf die für den Preis der Fachleistungsstunde entscheidende Zahl der zu berücksichtigenden Jahresarbeitsstunden festgesetzt wurde. Die prospektiv vereinbarte „Unterauslastung“ stand sowohl für eine Intensivierung der Einzelfallhilfe als auch für fallunspezifische Arbeit im Gemeinwesen in der freien Disposition des Trägers. Begleitet und in gewisser Weise evaluiert wurde dieser Prozess durch einen intensiven Austausch im Rahmen einer AG nach § 78 SGB VIII.

- x. Budgets für verschiedene Handlungsebenen
Der Nähe zur KGSt sicherlich unverdächtig, führt Otto (vgl. in Schröder, 2000: 28 ff.) als wohlfahrts-ökologischen Ansatz eine Unterscheidung zwischen Fall-, Struktur und Milieuarbeit ein, die zunächst den drei Tätigkeitsfeldern im KGSt-Modell ähnlich zu sein scheint:
- Fallarbeit, d. h. persönliche soziale Dienstleistungen, mit anderen Worten subjektorientierte Arbeit.
- Milieuarbeit, d. h. die Aktivierung sozialer Ressourcen, mit anderen Worten lebensweltorientierte Arbeit.
- Strukturarbeit, d. h. Vernetzung von Aufgaben, welche in ansonsten getrennten Strukturen erfolgen, mit anderen Worten projektorientierte Arbeit.
- Aufgrund der beschriebenen Probleme mit den bisher bestehenden Konzeptionen bzw. in Pilotprojekten verwirklichten Sozialraumbudgets könnte dieses Verständnis von Sozialraumbudgets im Hinblick auf seine strukturbildenden Optionen geprüft werden. Ein solches Modell, das u. a. eine Monopolstellung einzelner Träger und auch die Beschränkung der Budgets auf die ambulanten Hilfen zur Erziehung überflüssig macht, ruht auf den drei Säulen:
- Anspruchs- und Leistungsfinanzierung für die subjektorientierte Arbeit (Fallarbeit).
- Quartiersbudgetierung für die Milieuarbeit (Milieuarbeit).
- kooperative Finanzierungen für Projektarbeit im Sozialraum (Strukturarbeit).
- Entgegen bürokratischer Effizienzmodelle eines „Sozialraumbudgets“ können so konzeptionell drei Handlungsebenen unterschieden werden:
- Eine Arbeit an der kommunalen Infrastruktur über multiprofessionelle Vernetzung und Projekte; diese Strukturarbeit wäre projektbezogen und träger-übergreifend durch die Verknüpfung verschiedener Felder (z. B. Wohnen, Gesundheit, Arbeit) mit den Angeboten der Jugendhilfe (und anderer Sozialer Dienste) zu finanzieren.
- Auf der Milieu- oder Quartiersebene ist eine Arbeit gefordert, die die Lebensweisen der Betroffenen als Anknüpfungspunkt für die Aktivierung von Ressourcen nutzt. Für diese Arbeitsebene sind „Sozialraumbudgets“ möglich, deren Zielsetzung, Bemessungsfaktoren und Verfügbarkeit allerdings noch exakter zu definieren wären.
- Schließlich bleibt eine subjektorientierte Fallarbeit bestehen, die als individueller Rechtsanspruch in ihrer Finanzierung nicht gedeckelt sein darf.
- xi. Dahme/Wohlfahrt (2002) diskutieren „Sozialraumorientierung und Sozialraumbudgetierung: Sparprogramm oder Innovationsimpuls?“ im Kontext von Sozial- und Stadtentwicklungspolitik und fordern, die einseitige Konzentration der Debatte auf Budgetierung und Einzelfallsteuerung aufzubrechen. Sozialraumorientierung bzw. Sozialraumbudgetierung als „strategisches Instrument garantiert für sich genommen noch keine sozialintegrative Politik zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in benachteiligten Stadtteilen. In Abhängigkeit von den politisch gesetzten Leitzielen der Kommunalpolitik, der Steuerungsphilosophie von Politik und Verwaltung sowie der Umsetzung ‚vor Ort‘ kann Sozialraumorientierung genauso als Spar- und Befriedungsstrategie wie als Instrument zur Kolonialisierung oder Ausgrenzung durchsetzungsschwacher Minderheiten im Stadtteil genutzt werden.“ (Ebd.: 274)
- xii. Zahlreiche Einzelprojekte konzentrieren sich auf den Bereich der Erziehungshilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII. Vgl. hierzu z. B. „Werkstattheft Sozialraumorientierung“ (Evangelischer Erziehungsverband, 2001). Dort wird auch das Stuttgarter Modell erläutert, insbesondere im Hinblick auf „Anforderungen an Planung, Steuerung und an die finanziellen Rahmenbedingungen“ (vgl. ebd.: 65 – 77). Die Vertreter des beteiligten freien Trägers erläutern zuvor aus ihrer Sicht „Risiken bei der Umsetzung sozialräumlicher Konzepte“ (vgl. ebd.: 31 – 36). Die Zwischenergebnisse zum Modellprojekt „INTEGRA – Implementierung und Qualifizierung integrierter, regionalisierter Angebotsstrukturen in der Jugendhilfe am Beispiel von fünf Regionen“ (Celle, Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder, Landkreis Tübingen) unterstreichen die drei Hauptziele: leichte Erreichbarkeit vor Ort, sozialräumliche Orientierung der Hilfen mit Engagement für das Gemeinwesen, Aufbau einer tragfähigen sozialen Infrastruktur (vgl. Koch u. a., 2002). Vgl. dort auch „INTEGRA im Spiegel von Praxisprojekten und Materialien“ (ebd.: 191 – 236). Vgl. auch Übersicht zur „Analyse von Praxismodellen zur Sozialraumorientierung in den Hilfen zur Erziehung“ bei Völger, 2008: 63 – 98.

Kategorien und Merkmale für eine „Neue Fachlichkeit“

	Zentralisierung / traditionelle Fachlichkeit	Regionalisierung / neue Fachlichkeit
Menschenbild	defizitorientiert, professionelle Ethik; <i>Ursachen für Probleme werden in Menschen lokalisiert, Hilfen sind personenorientiert. Sozialarbeit versteht sich gegenüber Klienten als gesellschaftliches Über-Ich, das das Richtige fordert.</i>	kompetenzorientiert, Selbstverantwortung, advokatorische Ethik; <i>Sozialarbeit analysiert Interaktionen und hilft, diese funktionaler zu gestalten. Die Umsetzung von positiven Möglichkeiten/Fähigkeiten in konstruktive Handlungen wird gefördert.</i>
Berufliches Selbstverständnis	administrativ, spezialisiert, Fallorientierung; <i>Lebenslagen werden in Falltatbeständen definiert, durch Individualisierung verbunden mit Stigmatisierung. Die Hilfe-Suchenden werden zu Beratungs- und Behandlungsobjekten (Klientifizierung).</i>	ganzheitlich integrativ, Empowerment, Feldorientierung; <i>eine umfassende und ganzheitliche Sicht- und Handlungsweise versucht, das Lebensumfeld und soziale Netzwerke einzubeziehen. Mündige BürgerInnen vertreten ihre Anliegen auch kommunalpolitisch (politische Aktivierung).</i>
Methodischer Ansatz	<i>Einzelfallhilfe, soziale Gruppenarbeit, präventive Ansätze, Intervention; Sozialarbeit will Defizite abarbeiten; sie definiert psychische Auffälligkeiten (für die sie sich als nicht zuständig erklären kann). Psychologisierung; Pädagogisierung.</i>	<i>Ressourcenanalyse: Geld, Macht, Ansehen; Ressourcenmobilisierung; Unterstützung von Hilfe zur Selbst- und Mithilfe. Kontextualisierung von Problemen und Lösungsmöglichkeiten. Kulturalisierung als Förderung der Identifikation mit der eigenen Alltagskultur.</i>
Organisationsformen der staatlichen Sozialarbeit; Steuerung	zentral, ressortgebunden/Abteilungen, hierarchische Zuständigkeit/ Kompetenz; Produktdefinition, Kennziffern, Budgetierung/Haushaltsüberwachung, Controlling	dezentral, Ressortbindung tendenziell aufgehoben, fachliche Entscheidungskompetenz; integrierte Fach- und Ressourcenverantwortung, Regionalbudgets; intersubjektive Abstimmung und Aushandlung von Strategien bei Beteiligung der BürgerInnen, Stadtteilkonferenzen, fach- und regional-spezifisches Controlling.

Überprüfung der Effektivität	interne Aufgabenkritik, Abgrenzung von Zuständigkeiten	externe Aufgabenkritik, Sozialindikatoren/Sozialraumanalysen, Evaluation unter Einbeziehung der BürgerInnen
Strategien der Professionalisierung	Spezialisierung	multiprofessionelle Koordination, Vernetzung; Reflexivität; demokratische Rationalität

„Die klassische (oder „traditionelle“ – Anmerkung P.M.) Fachlichkeit steht in der Gefahr, gesellschaftliche Verursachungsbedingungen problemhaltiger Lebenslagen zu individualisieren, bevormundende Interventionsformen anzuwenden, den Selbsthilfepotenzialen der Betroffenen zu wenig zuzutrauen sowie bürgernahe und bürgerfreundliche Dienstleistungsangebote mit nicht genügendem Nachdruck einzufordern.

Die neue Fachlichkeit versucht dagegen im Sinne der emanzipatorischen Sozialarbeit mit den Betroffenen Handlungsmöglichkeiten zu schaffen, die sie in die Lage versetzen sollen, ihr Leben in Selbstbestimmung in die Hand zu nehmen.“ (Müllensiefen, 1995: 34) Vgl. auch Thiersch (2005: 1253 f.) zu Aufgabenstellung der Sozialen Arbeit: Subjektivität, Parteilichkeit, Ressourcenorientierung.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) (Hg.), 2002: Berichterstattung als Politikberatung. Entwicklungen und Wirkungen der Jugendberichte in Deutschland. Berlin.
- Backhaus-Maul, H., 1998: Kommunale Sozialpolitik. Sozialstaatliche Garantien und die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. In: Wollmann, H./Roth, R. (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen, S. 698 – 702.
- Bernzen, C., 2001: Werden Trägerpluralität und das Wunsch- und Wahlrecht durch bestimmte Finanzierungsformen und Aufgabenbereiche regionaler Gremien eingeschränkt? In: Schröder, J. (Hg.), S. 22 – 28.
- Bissinger, S./ Böllert, K./ Liebig, R./ Lüders, C./ Marquard, P./ Rauschenbach, T., 2002: Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe. Strukturanalysen zu fachlichen Eckwerten, Organisation, Finanzen und Personal. In: Sachverständigenkommission Elfter Kinder- und Jugendbericht (Hg.), Band 1, Berlin, S. 9 – 104.
- BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ; Hg.), 1994: Neunter Jugendbericht. Bonn.
- BMFSFJ (Hg.), 2002: Elfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin.
- BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG; Hg.), 1990: Achter Jugendbericht. Bonn.
- Böhnisch, L./ Schefold, W., 1985: Lebensbewältigung. Soziale und pädagogische Verständigungen an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft. Weinheim.
- Böllert, K., 1995: Zwischen Intervention und Prävention. Neuwied/Kriftel, Berlin.
- Böllert, K., 2000: Dienstleistungsarbeit in der Zivilgesellschaft. In: Müller/Sünker/Olk/Böllert (Hg.), S. 241 – 252.
- Boulet, J./ Krauß, F.J./ Oelschlägel, D., 1980: Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip – eine Grundlegung. Bielefeld.
- Bourdieu, P., 1985: Sozialer Raum und >Klassen<, Leçon sur la leçon. Frankfurt/M.
- Bourdieu, P., 1998: Gegenfeuer. Konstanz.
- Braksch, G./ Eike, W., 2009: Menschen mit Behinderungen und psychisch Kranke: Wie wollen wir in Zukunft gemeinsam leben ? In: Arbeiterwohlfahrt (Hg.): Theorie und Praxis Heft 2, S. 90 – 98.
- Brocke, H., 2002: Bildung und soziale Ausgrenzung. In: Sozialpädagogisches Institut (SPI) (Hg.), Jahresbericht 2001/2002. Berlin, S. 8 – 17.
- Brocke, H., 2005: Soziale Arbeit als Koproduktion. In: Projekt „Netzwerk im Stadtteil“ (Hg.). Wiesbaden, S. 235 – 259.
- Brumlik, M., 2000: Advokatorische Ethik und sozialpädagogische Kompetenz. In: Müller u.a., S. 279 – 287.

-
- Dahme, H.-J./ Wohlfahrt, N., 2002: Sozialraumorientierung und Sozialraumbudgetierung: Sparprogramm oder Innovationsimpuls? In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit Heft 4/2002, S. 268 – 274.
- Deutscher Bundestag, 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900 vom 3.6.2002, Berlin.
- Deutscher Verein (DV; Hg.), 2007: Sozialraumorientierung – ein ganzheitlicher Ansatz. Berlin.
- Dewe, B., 2005: Perspektiven gelingender Professionalität. In: neue praxis Heft 3, S. 257 – 266.
- Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV) (Hg.), 2001: Werkstatt Sozialraumorientierung. Eine Arbeitshilfe. Hannover.
- Dewe, B./ Otto, H.-U.: Profession. In: Otto/Thiersch (Hg.), 2005: Handbuch Sozialarbeit / Sozialpädagogik, Neuwied/Kriftel, S. 1399 – 1423.
- Gartner, A./ Riessman, F., 1974: Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft. Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors. Frankfurt a. M.
- Giddens, A., 1997: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt a.M.
- Hanesch, W. (Hg.), 1997: Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen.
- Krebs, E.J., 2004: Die fünf Wellen. In: Odierna/Berendt (Hg.), S. 57 – 65.
- Kessl, F., 2001: Komm rein, dann kannst du rausschau'n! Zur Konjunktur sozialraumorientierter Präventionsstrategien. In: Widersprüche Heft 82 „Raum-Effekte. Politische Strategien und kommunale Programmierung“. Bielefeld, S. 39 – 52.
- Kessl, F., 2005: Zivilgesellschaft. In: Otto/Thiersch, S. 2006-2016.
- Kessl, F./ Reutlinger, Ch./ Maurer, S./ Frey, O. (Hg.), 2005: Handbuch Sozialraum. Wiesbaden.
- Kessl, F./ Maurer, S., 2005: Soziale Arbeit. In: Kessl u.a. (Hg.), S. 111 – 128.
- Koch, J. u. a., 2002: Mehr Flexibilität, Integration und Sozialraumbezug in den erzieherischen Hilfen. Zwischenergebnisse aus dem Bundesmodellprojekt INTEGRA. Frankfurt/Main.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt; Hg.), 1995: Aufgaben und Produkte der Gemeinden und Kreise in den Bereichen Soziales, Jugend, Sport, Gesundheit und Lastenausgleich (B 11/1995). Köln.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt; Hg.), 1996: Integrierte Fach- und Ressourcenplanung in der Jugendhilfe (B 3/1996). Köln.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt; Hg.), 1998: Kontraktmanagement zwischen öffentlichen und freien Trägern in der Jugendhilfe (B 12/1998). Köln.
- Kreft, D., 2001: Brauchen wir eine umfassende Strukturdebatte in der Jugendhilfe? In: BMFSFJ (Hg.): Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Stand und Perspektiven der Jugendhilfe in Deutschland. Band 2, Münster, S. 179 – 193.
- Krummacher, M./ Kulbach, R./Waltz, V./Wohlfahrt, N., 2003: Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Opladen.
- Lange, D./ Fritz, K. (Hg.), 2002: Soziale Fragen – soziale Antworten: Die Verantwortung der sozialen Arbeit für die Gestaltung des Sozialen. Neuwied/Kriftel.
- Litges, G./ Lüttringhaus, M./ Stoik, Ch., 2005: Quartiersmanagement. In: Kessl u.a., S. 559 – 576.
- Löw, M./ Sturm, G., 2005: Raumsoziologie. In: Kessl u.a., S. 31 – 48.
- Maier, K., 2003: Quartiersarbeit als Chance sozialer Kommunalpolitik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Heft 5, S. 217 – 225.
- Marquard, P., 2002: Ökonomisierung der Sozialverwaltung durch „Neue Steuerung“. In: Lange/Fritz, S. 191 – 197.
- Marquard, P., 2003: Soziale Kommunalpolitik und personenbezogene soziale Dienstleistungsarbeit. Sozialraumorientierung und Demokratisierung als Strukturelemente einer Neuorganisation Sozialer Dienste in der Kommune. Bielefeld (unveröffentlichte Dissertation).
- Marquard, P., 2005: Kommunale Sozialarbeit. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.), S. 1068 – 1074.
- Marquard, P., 2008: Nie genug und immer zuviel: Anforderungen an Leistungen und Personal im ASD. In: Das Jugendamt Heft 11, Heidelberg, S. 509 – 515.
- Merchel, J., 2002: 10 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz – Zwischenbilanz zur Reform der Jugendhilfe. Expertise für den Elften Kinder und Jugendbericht.

-
- Meyer, D./ Ginsheim, G. v., 2002: Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Stiftung SPI (Hg.): Gender Mainstreaming. Zukunftswege der Jugendhilfe – ein Angebot. Berlin.
- Mielenz, I., 1981: Die Strategie der Einmischung – Soziale Arbeit zwischen Selbsthilfe und kommunaler Politik. In: neue praxis Sonderheft 6. Neuwied, S. 57 – 67.
- Mielenz, I., 2002: Querschnittspolitik und Einmischungsstrategie. In: AGJ (Hg.), S. 107 – 112.
- Müller, S./ Sünder, H./ Olk, T./ Böllert, K. (Hg.), 2000: Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Beziehungen und professionelle Perspektiven. Neuwied/Kriftel.
- Münder, J., 2001: Sozialraumorientierung und das Kinder- und Jugendhilferecht. Rechtsgutachten im Auftrag der IGfH und des SOS-Kinderdorf e.V. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.): Sozialraumorientierung auf dem Prüfstand. München, S. 6 – 124.
- Odierna, S./ Berendt, U. (Hg.), 2004: Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Handlungsfelder – Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 7. Neu-Ulm.
- Oelschlägel, D., 1997: Vernetzung im Gemeinwesen. In: BMFSFJ (Hg.): QS 10 – Qualitätssicherung durch Zusammenarbeit. Bonn, S. 21 – 27.
- Oelschlägel, D., 2005: Gemeinwesenarbeit. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.), S. 361 – 367.
- Olk, Th., 1995: Jugendhilfe als Dienstleistung – Fachlichkeit contra Marktorientierung? In: AGJ (Hg.): Das Jugendamt als Dienstleistungsunternehmen. Steuerungsmechanismen in der Jugendhilfe. Bonn, S. 17 – 39.
- Olk, Th., 2000: Strukturelle und fachliche Konsequenzen der Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe – Auswirkungen auf Träger, Adressaten und das Jugendamt. In: Schröder, J. (Hg.), 2000, S. 10 – 27.
- Olk, Th., 2005: Soziale Arbeit und die Krise der Zivilgesellschaft. In: neue praxis Heft 3, S. 223-230.
- Olk, Th./ Otto, H.-U., 1981: Wertewandel und Sozialarbeit – Entwicklungsperspektiven kommunaler Sozialarbeitspolitik, in: Neue Praxis Heft 2, Neuwied, S. 99 – 146.
- Olk, Th./ Otto, H.-U., 1985: Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit 4. Lokale Sozialpolitik und Selbsthilfe, Neuwied.
- Otto, H.-U./ Schneider, S. (Hg.), 1979: Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit 2. Neuwied/Darmstadt.
- Otto, H.-U./ Thiersch, H. (Hg.), 2005 (3. Auflage): Handbuch für Sozialarbeit / Sozialpädagogik. Neuwied/Kriftel.
- Rausch, G., 1998: Gemeinschaftliche Bewältigung von Alltagsproblemen – Gemeinwesenarbeit in einer Hochhaussiedlung. Münster.
- Rausch, G., 2004: Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen der Sozialen Arbeit. In: Odierna/Berendt (Hg.), S. 83 – 94.
- Riege, M./ Schubert, H. (Hg.), 2002: Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen.
- Rose, L., 2001: Überlegungen zur Verankerung der Kategorie gender im Mainstream einer sozialräumlichen Jugendhilfe. In: Stiftung SPI (Hg.): Gender Mainstreaming – neue Perspektiven für die Jugendhilfe. Berlin, S. 67 – 79.
- Roß, P.-S./ Klie, T., 2002: „Mehr Demokratie wagen“ – Bürgerschaftliches Engagement und Soziale Kommunalpolitik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV), 2002, Heft 4/02, S. 119 – 126.
- Schaarschuch, A., 2000: Gesellschaftliche Perspektiven sozialer Dienstleistung. In: Müller/Sünder/Olk/Böllert (Hg.), S. 165 – 175.
- Schröder, J. (Hg), 2000: Sozialraumorientierung und neue Finanzierungsformen. Kongress. Bonn.
- Schröder, J. (Hg.), 2001: Sozialraumorientierung und neue Finanzierungsformen. Expertenklausur. Bonn.
- Spatscheck, Ch., 2009: Methoden der Sozialraum- und Lebensweltanalyse im Kontext der Theorie- und Methodendiskussion der Sozialen Arbeit. URL: <http://www.sozialraum.de/spatscheck-theorie-und-methodendiskussion.php>, Datum des Zugriffs: 19.04.2009.
- Thiersch, H., 1992: Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. Weinheim/München.
- Thiersch, H., 2002: Das Konzept der Lebensweltorientierung. In: AGJ (Hg.), 2002, S. 89 – 106.
- Thiersch, H., 2005: Moral und Soziale Arbeit. In: Otto/Thiersch, S. 1245 – 1258.
- Völger, M., 2008: Hilfen zur Erziehung im Sozialraum. Lüneburger Schriften zur Sozialarbeit und zum Sozialmanagement. Berlin.

Wendt, W. R., 1989: Gemeinwesenarbeit. Ein Kapitel zu ihrer Entwicklung und zu ihrem gegenwärtigen Stand. In: Ebbe, K.: Milieuarbeit: Grundlagen präventiver Sozialarbeit im lokalen Gemeinwesen. Stuttgart, S. 1 – 34.

Wiesner, R., 2001: Sozialraumorientierung und das Kinder- und Jugendhilferecht – ein Kommentar aus Sicht des Bundesgesetzgebers. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.), Sozialraumorientierung auf dem Prüfstand. München (Eigenverlag), S. 175 – 181.

Dr. Peter Marquard, Leiter des Amtes für Soziale Dienste (AfSD) Bremen, Hans-Böckler-Str. 9, 28217 Bremen

Hilfreiche Nachbarschaft

Von der „überforderten Nachbarschaft“ zur sozialräumlichen Nachbarschaftsarbeit Die zivilgesellschaftliche Herausforderung „nationaler Stadtentwicklungspolitik“

(1) Vorbemerkung zur Lage: Nachbarschaft ist nicht mehr Nische, sondern Brücke

In den sechziger und siebziger Jahren gab es eine gewisse Idylle der „guten Nachbarschaft“ im überschaubaren nationalstaatlichen Rahmen. Es sollte gelingen, friedlich und solidarisch miteinander umzugehen. Plätze, Dienste und Nischen mit Bürger- und Nachbarschaftshäusern für Foren sozialer Kommunikation sollten allen Gruppen der Gesellschaft Teilhabechancen bieten.

Dem folgte in den achtziger und neunziger Jahren eine „globale Idylle“. „Global denken, lokal handeln“ war das Motto des aufkommenden ökologischen Verantwortungsbewusstseins einer globalen Welt. Es galt wenigstens, den eigenen Müll getrennt zu sortieren, wenn schon die Klimaentwicklung alle nationalen Handlungsmöglichkeiten sprengte. Oder es galt eine lokale atomwaffenfreie Zone zu begründen, wenn schon keine großen Abrüstungsschritte zustande kamen.

In den aktuellen, von krisenhaften Reformen geschüttelten Jahren wird deutlich, dass es global und lokal zu handeln gilt, gleich ob finanz- oder umweltpolitisch und dass jede noch so überschaubare Nachbarschaft Einflüsse und unmittelbare Folgen einer großen Welt spiegeln und einzelne Gruppen alle anderen blockieren können.

Menschen finden sich durch Migration, Familienwandel, Demografie oder Arbeitsplatzveränderung plötzlich in einer anderen Nachbarschaft wieder. Vielfalt und Heterogenität von Nachbarschaften hat nationale Begrenzungen übersprungen, die Lösungsmöglichkeiten sind kaum noch nationalstaatlich.

Es gibt kein Entrinnen: Jedes noch so globale Krisenmanagement scheitert ohne funktionierende lokale Nachbarschaft und umgekehrt. Der soziale Raum, die Nachbarschaft von Menschen, das konkrete Miteinander gesellschaftlicher Gruppen ist unverzichtbarer Bezugsrahmen für Hoffnungen und Wünsche des Bürgers auf Heimat, Lernfeld für Bewältigung von Verschiedenartigkeit und Vielfalt von Gruppen und Experimentierfeld für gesellschaftliche Probleme, gerade weil sie nicht mehr „einzäunbar“ sind. Ohnmacht in der Idylle und die Notwendigkeit, politisch weltweit Einfluss zu nehmen, liegen nahe beieinander.

Nachbarschaft ist nicht mehr Ziel an sich, kein gebauter Interessenausgleich, nicht nur die Summe funktionaler Dienstleistungen von der Kita bis zum Krankenhaus. Nachbarschaft wird heute ein Mittel zur Wahrnehmung meiner Umgebung, ein Mittel der Befähigung des selbständigen Lebens in der offenen Gesellschaft oder – wie im Diskurs seit 1992 bei Michael Walzerⁱ bis 2010 bei Hans-Uwe Ottoⁱⁱ in Anlehnung an Aristoteles – der Suche nach dem guten Leben auf je unterschiedlichem Niveau.

Gute Nachbarschaft bedeutet heute, Brücken zur Handlungsbefähigung der Menschen zu bauen – ob sie in diesem oder einem anderen Quartier leben. Nachbarschaft wird zur Beziehungsarbeit in konkreten Dienstleistungen, um Menschen zu befähigen und zu motivieren, ihre Dinge selbst zu tun und gemeinsam in die Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen einzugreifen, seien sie noch so global. Nachbarschaftsarbeit also mehr als die „kleine gut Welt“ oder die Plattform guter Dienstleistungen. Sie befähigt die Menschen, im lokalen Raum angemessen zu handeln und gehört damit unmittelbar neben den Bildungsauftrag des Staatesⁱⁱⁱ.

(2) Zum Zusammenhang von Globalität und Nachbarschaft

Ende der neunziger Jahre klagten Städte und Wohnungswirtschaft über „überforderte Nachbarschaften“ (GdW-Kongress). Der Bund legte, in Anlehnung an europäische Strukturförderung, das Programm Soziale Stadt auf. In der Folge lebten Konzepte wie Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit als territoriale Strategien auf.

In der „kategorialen Gemeinwesenarbeit“, der Beschäftigung mit Jugend, Alter, Frauen, Migranten wurden sozialräumliche Formen des Zugangs diskutiert, einschließlich solcher Budgets (Jordan^{iv}).

In der aufkommenden Diskussion um Bürgerengagement und Zivilgesellschaft wird unter funktionalen Gesichtspunkten die thematische Zusammenfassung und Bündelung vor Ort angegangen, eine Kommunalisierung vom Arbeitsmarkt über Teilbetriebe bis zur Bildungspolitik. Deren Demokratie- und Effizienzfragen werden als Vorteil und Nachteil abgewogen (Grunow^v). Alle drei Ebenen (territorial, kategorial, funktional) sind in der Sozialraumorientierung angesprochen.

Je globaler alle Märkte und Ereignisse werden, desto wichtiger wird die lokale Ebene. Ihre Steuerung ist uneinheitlich unüberschaubar geworden als „urban governance“ (Zeuner^{vi}), als Bemühen um Regelung und Zielorientierung unter Gleichen und Akteuren aus Verwaltung, Kommunalpolitik, Betrieben, Unternehmen, Vereinen und Zivilgesellschaft.

Die Leipzig-Charta^{vii} als Kernstück nationaler Stadtentwicklung (NSE) in Deutschland signalisiert den Versuch, diese Entwicklung durch „integrierte Stadtentwicklung“ zu bündeln und durch Einbeziehung aller Akteure mehr erwarten zu lassen als nur die Summe von dezentalsabgestimmten Einzelplanungen der Stadt.

Das Bild der „überforderten Nachbarschaften“ am Anfang dieser Entwicklung zeigt auf, dass einige gesellschaftliche Entwicklungen (z. B. Langzeitarbeitslosigkeit, familiärer Wandel, Migration, Wandel kommunaler Wohnstrategien) wie ein Dominoeffekt wirken – sie reißen alles so mit sich, dass aus kumulierten Problemen Handlungsnotwendigkeit erwächst. Die Betroffenen werden dauerhaft Transferempfänger, ihre Wohngebiete gemieden, Selbsthilfekräfte erlahmen und Quartiersarbeit schrumpft zur Feigenblattpolitik. Schulstandorte trocknen aus. Teufelskreise wirken, wachstumsschwache Regionen werden noch schwächer.

Umgekehrt müssen staatliche Maßnahmen, deren Institutionenpolitik vom Jugendamt bis zur Schulausstattung, Wohn- und Verkehrspolitik Hand in Hand erfolgen, um wirksam zu sein. Idealtypisch verdichtet sich der Nahraum zu einem gesellschaftspolitischen Laboratorium, allerdings nicht mehr mit den traditionellen Hierarchien und Zuständigkeiten des „top-down“ (Frey^{viii}). Hier wirkt ein Paradoxon. Je mehr Führung in komplexen Problemstellungen gefragt ist, umso weniger kann sie in alten Formen durch „starke Personen“, Durchregieren, Anweisungen, Eindeutigkeiten, Gefolgschaft, Haushaltshoheit oder „Verfügungsgewalt“ erfolgen. Die Verräumlichung von Probleme und die Beantwortung mit integrierten Methoden braucht auch andere Politik- und Führungsstile.

Was für die globalen Klimazusammenhänge gilt, wirkt auch bei der lokalen Kohäsion, dem Zusammenhalt und Zusammenspiel aller Gruppen im Quartier. Die Bürgerbeteiligung fächert alle Positionen auf.

Einige argumentieren historisch („...weil es früher so war“), rational („die Fakten belegen, dass...“), politisch („die Mehrheit denkt...“), pädagogisch („die Leistungsfähigkeit der einen...“) oder pragmatisch („was geht, sollte einfach gemacht werden“). Andere argumentieren langfristig-nachhaltig oder erwarten das Verständnis der Anderen und die Duldsamkeit Dritter („die Natur oder die Gläubiger können ein wenig warten“). In der Debatte der Einzelnen spiegeln sich gesellschaftliche Interessen und Unterschiede in einer Art „Babylon“.

Während sich die Menschen im lokalen Raum von der traditionellen Politik abwenden (vgl. Wahlbeteiligung, Parteienmitgliedschaft, Vertrauen in Politiker), sind ihre gruppenspezifischen Argumentationen und Interessen viel politisch positionierter als je zuvor. Im Sozialraum sind sehr politisch kompetente Lösungen nötig.

(3) In Sozialräume und Milieus

Einige Quartiere können 2.000, andere 60.000 Bewohner/innen haben. Da mögen lange Definitionen herangezogen oder der Begriff „sinnlich und historisch gewachsener Räume“ strapaziert werden, um völlig unterschiedliche Quartiere zu begründen, nur hilft dies unter modernen Gesellschaftsbedingungen nicht weiter.

Nachbarschaften haben in einer postmodernen Welt eine doppelte Bedeutung – sie sind die umbaute Quartiersumgebung und sie sind das ähnlich denkende und handelnde Umfeld, die Gemeinschaft (community), die so „tickt“ wie ich.

Nachbarn sind einerseits topografisch Wohnbezirks-/Quartiers-/Kiez oder Grätzlnachbarn und andererseits topologisch wie in der Mathematik Zugehörige gleicher Ordnung und Struktur („geistige Nachbarn“).

Es sind die Räume, in denen sich gruppenbezogene Lebensstile formieren, äußern und in Kontakt treten in einer Art Milieuperformanz. Wo Raumgrenzen im urbanen Raum diffus bleiben, wird ein Quartiers- und Milieubewusstsein und damit ein Quellelement von Bürgerengagement erschwert.

Der Wunsch ist groß, in überschaubare Räume zu gehen. Bürgerengagement und Stadtbau, demografischer Wandel und Stadtteilbudgets, bürgernahe Sozialpolitik und Mobilisierung der Mieternachbarschaft fokussiert nahezu alle Dimensionen an einem konkreten, vermeintlich fussläufigen, überschaubaren Ort. Moderne Dienstleistungstechniken erlauben die Illusion, diese Dimensionen bündeln zu können: Informationen, Wohnen, Arbeiten – alles so nahe wie möglich. Auch die Integration von Migranten scheint nachbarschaftlich leichter zu erfolgen als auf rechtlich-normativ-abstrakter Ebene. Der Bedarf haushaltsbezogener Einfachhilfen im Alter erscheinen in aktiver Nachbarschaft leichter zu befriedigen und der Wunsch nach Verbleib in der eigenen Wohnung legt den Quartiersansatz auch nahe.

Historisch unterschiedliche Bilder vermischen sich beim Quartier: die Arbeitersiedlungen der 1920er-Jahre mit der gemeinsamen Wäschestange oder der gemeinsamen Sorge, ob die Kumpels unter Tage gesund zurückkommen; die Wohngemeinschaftsbewegung und Campus-Atmosphären mit niedrigschwelligen Kontakten und solidarischen Tauschgeschäften, wie die Betreuung anderer Kinder in den Jugendstilquartieren der Innenstadt; der Stadtteil, der zur Schlafstadt mutierte, in den zwar viele zugezogen sind aber alle noch die Marktplatzkneipe schätzen und schließlich die dörfliche Gemeinschaft mit Fahrgemeinschaften und gegenseitigen Gartenhilfen. 1884 wurden mit der Toynbee-Hall in London und dann vor allem mit der Settlement-Bewegung in den USA und später den Nachbarschaftshäusern in Berlin das Gemeinschaftselement aufgegriffen und zur Stadtsozialpolitik gemacht. Community Development, religiöser oder politischer, amerikanischer oder holländischer Prägung, entstand in der Nachkriegszeit (Nietfeld^{ix}).

Hoffnungen der Sozialarbeit haben sich an solche Quartiere gehängt. Deren „Milieu“ wurde als Quelle solidarischen Handelns identifiziert. Für das Bürgerengagement ist dieser Diskurs bedeutungsvoll. Er zeigt, wie sehr bürgerschaftliches Engagement kontextgebunden ist. Es

kann an bestimmten Orten und unter dort geltenden Normen erwachsen oder ersticken. Die Milieus haben sich quasi aus den lebensbestimmenden Wohn- oder Arbeitsquartieren heraus entwickelt. Heute ist es eher so, dass bestimmte Gruppen ihr Milieu einem Stadtteilquartier „überziehen“, seien es Studenten, die Innenstädte „kippen“ oder deutsch-türkisch dominierte Quartiere, in denen ethnische und Milieumuster sich überlagern und Nachbarschaft identisch mit Community ist.

Milieus sind unmittelbare Schnittstellen zum Bürgerengagement. Die Vergewisserung eines eigenen Lebensstiles braucht den Weg über öffentliches Handeln, Konsumieren, Wohnen etc. Sie braucht eine Bühne und Performanz auch jenseits der Schul- oder Arbeitswelt. Wichtige Teile des Bürgerengagements sind geradezu Schaufenster bestimmter Milieus. Im Umkehrschluss heißt dies für die Quartiersentwicklung, dass ein Verschwinden klarer Milieupräferenzen auch die Formen des Bürgerengagements in solchen Stadtteilen „uneindeutiger“ macht, individueller, zersplitterter.

Es entstehen dort, wo wir „früher“ von Vielfalt, Durchmischung oder Nebeneinander im Quartier gesprochen haben, Schnittstellen der verschiedenen Dimensionen von Nachbarschaft.

Im Bild gesprochen: Die Sozialräume sind wie geografische Einheiten an der Erdoberfläche, unter denen die Milieus als „tektonische Kontinentalplatten“ schieben und wandern. Wo sie zu viel Spannung an ihren Schnittstellen aufbauen, brechen sie auf oder schieben sich quasi nach oben oder unten weg, mit der Folge, dass sich Sozialräume neu formieren, soweit wir Sozialräume nicht als feste Territorien, sondern als „Handlungsräume“ definieren.

(4) Nachbarschaftsarbeit und Stadtentwicklung

Es geht in moderner hilfreicher Nachbarschaftsarbeit darum, Menschen und Gruppen in der Stadt zu unterstützen, damit sie selbst an den Schnittstellen ihrer eigenen Lebensmilieus und Differenzen zu anderen aktiv, prosozial und handlungsfähig werden. Kleine Alltagssorgen im Quartier müssen kein Gegensatz zu den großen Strategiefragen sein – entscheidend sind die Handlungschance und selbstbestimmte Handlungsfähigkeit im öffentlichen Raum. Unbearbeitete Differenzen und unterschiedslose Dienstleistungen können Handlungschancen eher blockieren.

Große Sanierungsprogramme können folgenlos sein, wenn nicht viele Menschen mit dem „Herzen“ erreicht werden. Die Menschen müssen aus ihrer privaten Haut ein Stück weit heraustreten, ohne Mitläufer zu sein. Die bekannten Muster der Skandalisierung, der Zuspitzung misslicher Vorgänge im Quartier oder der Lebenslage Benachteiligter machen das Mittel zum Zweck (Skandalisierung). Es geht aber darum, diese Vorgänge und Lebenslagen zur eigenen Sache zu machen und das Engagiertsein als Selbsterkenntnis zu nehmen, dass es auf gesellschaftliche Lagen nur gesellschaftliche Antworten geben kann.

Die Prinzipien der Selbstermächtigung und Selbstorganisation führen in der Stadtentwicklung (freilich) zu erheblichen Koordinationsproblemen.

Bürgerengagement lebt aus erlebten, gestaltbaren Differenzen und dem produktiven Versuch, den Anteil Eigensinn und Individualität darin zu erkennen, das Gemeinsame in aktiven Grenzverletzungen, Aktionen und vielfältigsten Kooperationen auszuloten. Je weniger wirksam große Familien und Institutionen uns ihre Normen vorgeben, desto mehr hat jeder sein Alter, sein Alleinsein, seine Religionszugehörigkeit, sein Hobby, seine Neigungen auf der Bühne der Gesellschaft selbst zu verteidigen. In der Regel geschieht dies mit Brauchtums-

pflege der neuen Art: Frauen, Senioren oder Mitglieder bestimmter Glaubensrichtungen tun sich verstärkt zusammen. Es kommt darauf an, in der Öffnung dieser Milieus die allseitige Wertschätzung zu erhöhen. Seniorenclubs kochen für Wärmestuben, Motorradfahrervereine gestalten eine Behindertenausfahrt, Umweltgruppen kooperieren mit Managern. Differenzierungen werden zu Reibungspunkten bei jenen Bürgern führen, die an ihrer „Sozialordnung“ hängen. Die Institutionen im Quartier tun sich schwer mit „Zuständigkeitsüberschreitungen“ und haben zahlreiche Rechtfertigungen dafür: Die Fördervorschriften ihrer Zuschüsse erlaubten es nicht, die Professionen hätten dies nicht gelernt, die Haftungsfragen seien ungeklärt, die eigene Klientel werde „überfremdet“.

Im öffentlichen Diskurs gelten Eindeutigkeiten, Sicherheiten, Ausschließlichkeiten, Richtlinien usw. Nun ist aber weder jeder Deutschtürke hedonistisch oder arbeitslos, noch wird jedes Großelternpaar in der eigenen Familie versorgt, weder hat jeder Sponsor immer ganz begriffen, was er fördert, noch klären Versicherungen die wirklichen Risiken. Nicht alle Migranten müssen integriert werden und umgekehrt sind wahrlich nicht alle deutschen Senioren integriert. Differenz und Integrationsbedarf ergibt sich nicht exklusiv für bestimmte Menschen, sondern gehört als ein Element zur Modernität unserer Lebensformen, betrifft also im unterschiedlichen Maß jeden.

Dieser soziale Prozess des Wandels wird nicht zum Stillstand kommen. Ulrich Beck fordert deshalb eine „reflexive Moderne“. Die Institutionen – nicht nur die Individuen (!) – sollen lernen, wie mit Unsicherheit, Ungewissheit, Ambivalenz umzugehen ist (vgl. Beck/Lau^x). Integration im Sinne der Kohäsion (so der EU-empirische Terminus) ist nicht automatisch Bestandteil der Nachbarschaft, sondern ist zu erarbeiten, ist Aufgabe und Herausforderung jeder Art von Nachbarschaft.

Die Veränderungsanforderung gilt für die Stadtplanung und Entwicklung selbst. Da formalisierte Beteiligungsverfahren nicht weitergebracht haben, braucht es Arrangements von „Kommunikations- und Kohabitationsprozessen unterschiedlicher Beteiligter“ (Strachwitz^{xi}/vgl. Selle^{xii}).

Stadtentwicklung wird sich noch weiter weg von der Bauerschließung und Wohnbebauung hin zu einer stadtgesellschaftlichen Entwicklungsarbeit bewegen. Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung dürfen in der Stadtentwicklung kein Mittel zum Zweck der Baurealisierung sein, sondern sie sind selbst ein Stück des Zieles, dem die Stadtentwicklung zu dienen hat: Menschen Raum zu bieten, in dem sie sich engagieren wollen, und Chancen und Anlässe für ein solches Engagement zu schaffen. Es gilt, Quartiere so zu definieren, dass sie in Abwägung ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Sachzwänge einen Aufforderungscharakter haben und einen Handlungsspielraum für Menschen bieten. Das gilt unter den Bedingungen des demografischen Wandels im Besonderen und für Milieus im Allgemeinen. Diese liegen „unter Tage“ und müssen in ihrer Verschiedenheit „gehoben“ werden. Sie schieben Generationen, Geschlechter, Religionen, Einkommensschichten und Ethnien zusammen und auseinander. An ihren Schnittstellen kann das Bürgerengagement erwachsen, das die Stadtgesellschaft letztlich zusammenhält. Sozialräumliche Arbeit fasst diesen räumlichen und sozialen Aspekt der Nachbarschaft zusammen.

(5) Doppelauftrag und Autonomie in helfender Nachbarschaft

Sozialraumorientierte „Nachbarschaftsarbeit“ rückt den doppelten Auftrag der sozialen und räumlichen Arbeit in den Mittelpunkt und vermeidet damit die Verkürzung des Anspruchs durch Aufteilung der sozialen Arbeit in eine räumlich-funktionale, dienstleistungsorientierte

Erbringung von Daseinsvorsorge und eine politisch-sozial-normative, engagementfördernde Animation und Organisation von vordergründigen Interessen. Das Dilemma ist dann Dienstleistung und Projekt zu trennen.

In diesem Dilemma sind Wohlfahrtsverbände, Ämter, Bürgerinitiativen und Parteien verfangen und vermögen sich nicht oder nur unter Auflegung neuer Modellprogramme herauszulösen.

In diesem Dilemma stecken offenkundig die Bildungseinrichtungen, weil sie es, wenn überhaupt, nur durch große Anstrengung fertigbekommen, den Nahraum zu „versorgen“ – etwa als Ganztages-Grundschuleinrichtungen – oder durch Sonder-Modell-Privat-Campuscharakter. Solche Institutionen erreichen die soziale Nachbarschaft, die Communities und Milieus gezielt, aber um den Preis kohäsiven Zusammenhalts und lernfördernder Vielfalt.

Teil der Kindergarten- und Jugendamtsarbeit rutschen in diese Dynamik. Der Markt in der Altenpflege hat dies bei ambulanten Pflegediensten schon länger in Gang gesetzt.

Schnell wird dies mit Kostengründen entschuldigt. Die räumlichen Versorgungsformen werden wegen des Kostendrucks der öffentlichen Hand derart „nüchtern“ und „karg“ ausgestattet und selektiv (z.B. als Beratungsstelle kaum auf Migranten orientiert), dass der Druck auf die sozialen „Tendenzdienstleistungen“ deutlich zunimmt. Diese versuchen ihrerseits hilflose Gegensteuerungen, indem sie Quoten und Stipendien schaffen, damit „Andere“ zustoßen können.

Diese Spaltung in öffentliche Tausch- und private Gebrauchswerte gilt nicht nur für die kaufkraftstärkeren Schichten und ihr Dienstleistungsprofil. Sie gilt auch zwischen Verwaltung und Zielgruppen im prekären Bereich.

Die eindrückliche Studie „what works in community cohesion“^{xiii} zeigt an 20 Erfolgskriterien der Arbeit in „Brennpunkten“, dass es genau um die Kommunikation geht, die Verwaltung vermeintlich nicht bringen darf: parteiisch statt neutral, konfliktfreudig statt mediativ, leidenschaftlich statt sachlich, transparent statt taktisch. Selten wird genau dieses Spannungsverhältnis produktiv genutzt, eingesetzt, „ausgehalten“, zur multikomplexen Verwaltungsstrategie gewendet. In der Regel wird diese Verhandlungsaufgabe an einen „freien Träger“ delegiert und verkauft.

Auch Schule erledigt die Zuspitzung ihrer sozialen Probleme durch Spaltung in landesfinanziertes Lehrpersonal und kommunalfinanziertes Sozial- und Betreuungspersonal.

Entlang solcher Spaltungen ist es kein Wunder, wenn Institutionen mit gesellschaftlichen Öffnungs- und Austauschvorgängen „wenig anfangen“ können, weil sie dann bedroht erscheinen.

Gelingendes Aufwachsen im Sinne des Kinderjugendhilfegesetzes (KJHG) kann nur mit den Eltern organisiert werden. Ihre Rolle ist aber schnell bei allen Institutionen, von Jugendhilfe bis Schule, eine subordinate, marginale, komplementäre Rolle, um nicht alle anderen Rollen (etwa der Lehrer) in Frage zu stellen.

Entsprechend rufen die Erziehungs- und Bildungsinstitutionen im Nahraum den Echoeffekt hervor, dass Eltern sich vor allem und nur um ihre Kinder, deren Noten und deren individuelles Fortkommen kümmern. Also genau das, was Lehrer befürchten. Die Eltern werden zu Kunden reduziert, statt der Bürgerschaft mit allen ihren Optionen zugeordnet zu werden, die diese entlang der Erziehungs- und Betreuungsschiene hat/haben könnte (vgl. Skizze zu Bürgerengagement „rund um Schule“, Hummel 2010a^{xiv}).

Die Institutionen erwehren sich dieser Spaltung durch professionelles Kunden-Beschwerdemanagement statt durch politische Teilhabe. Eine Minderheit von Eltern und Institutionen gehen den entgegengesetzten Weg selbstverwalteter Einrichtungen mit großem Einsatz (Typ Waldorfschule) und segregierenden Rahmenbedingungen. Das lässt sich im

Umwelt-, Energie- und Wohnsektor nachzeichnen. Die praktische Energieteilhabe der Bürgerschaft etwa an Energiekonzernen auf lokaler Ebene ist fast null bzw. auf das Markt-/ Konsumentenverhalten verschoben, bis auf eine selbstorganisierte Minderheit (Typ: Genossenschaftssolaranlage).

Der Doppelauftrag Raum und Soziales erfährt eine Ausweitung in das Marktgeschehen hinein, sowohl realwirtschaftlich (etwa beim Kauf von Dienstleistungen) als auch kommunikationswirtschaftlich (etwa durch Wissens- und Internetzugänge).

Die Kunden wollen anonym kaufen oder surfen sich in andere Wissenswelten. Sie erweitern ihren Raum und ihren Sozialraum um einen Marktraum.

Diese Komplexität erscheint aus Sicht der Anbieter schwierig. Der Kunde kann sich entziehen. Für den endverbrauchenden Bürger ist die Marktsituation allerdings eine gewisse Entscheidungs-, Rückzugs- und Wechseloption.

Er kann sich, neben die räumliche und seine soziale Nachbarschaft, eine virtuelle Nachbarschaft generieren. In jedem Fall entstehen „Zwischenräume“. Eine gemeindebezogene Fallstudie zu Mittelstädten in Deutschland und ihrem Bürgerengagement beschreibt denn auch diese Situation als einen „Mix aus Gemeinsinn und Eigennutz“ (Dörner/Vogt^{xv}), eine längst überfällige Beschreibung der Verknüpfung scheinbar widerstrebender Werte im praktizierten Engagement (vgl. Engagement-Viereck, Hummel 2010b^{xvi}). Bürgerengagement hilft nicht nur am Gemeinwohl und im Eigeninteresse, sondern generiert oft eigene soziale teilautonome Welten.

(6) Lernlandschaften und Nachbarschaft

Zu den zentralen Herausforderungen im Verhältnis von Bund und Kommunen gehört nach der Arbeitsmarktreform nun die Bildungspolitik. Sie kann nur lokal zum Erfolg geführt werden, obwohl die zentralen Steuerungselemente auf Landes- und Bundesebene entschieden werden. Lern- und Bildungslandschaften (Luthe 2009^{xvii}/Hummel 2010^{xviii}/Bleckmann 2009^{xix}) beschreiben die systematische Verknüpfung von Erziehung, Betreuung, Bildung, Lernen und Qualifizierung aller Generationen im lokalen Raum und sie benötigen die Wechselwirkung mit der Stadtentwicklung und Planung sowie unternehmerischem Handeln im Nahbereich.

Für die Nachbarschaftsarbeit kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Wenn es richtig ist, dass räumlich und soziale Nachbarschaft inzwischen um marktförmig, virtuelle Nachbarschaft eine wichtige Ergänzung erfahren hat, dann lassen sich gemeinsame Ziele, Werte und Handlungsräume nicht nur feststellen, sondern durch erhebliche Lernzugewinne herstellen, d.h. die Betroffenen müssen sich für eigene Bildungswege entscheiden.

Selbstbestimmt solche Zugehörigkeiten und Nachbarschaften (z. B. neben der überschaubaren, oft uniformen Familienstruktur) zu steuern, zu verstehen und darauf demokratisch Einfluss zu nehmen, kann nicht mehr tradierten Wissensübernahmen folgen, sondern muss sich an ständig wechselnden Tatsachen orientieren (Markt, Wohnen, Milieus) und erfordert die vielbeschworene Kompetenz zu lernen, wie effektiv gelernt werden kann und wie Zeichen, Symbole und Vorgänge im außerschulischen Raum zu verstehen sind (vgl. Luhmann bei Dabrock^{xx}).

Erschwerend kommt das Tempo der sozialen Modernisierung hinzu. Während zwischen „1968“ und 2000 milieuübergreifend die Haltung wuchs, den eigenen Kindern gegenüber großzügiger und zugewandter zu sein als in der eigenen Biografie erfahren, erleben nun viele Milieugruppen (nicht nur die bildungsfernen!), dass es anderer Anstrengungen bedarf als

„nur erfolgreich zu lernen“ im Sinne der Noten eines dreigliedrigen Schulsystems (Liebenwein^{xxi}).

Auch in der Weiterbildung setzen die zentrifugalen Bewegungen ein (Tippelt/Barz^{xxii}). Der „VHS-Kurs“ taugt nicht mehr für alles Mögliche und die modernen Milieus „meiden ihn“. Je mehr die ganzen Erziehungs- und Bildungssysteme ins Trudeln geraten (Typ G8-Reform, Vorschulerziehungsdebatte), desto restriktiver fallen die Erziehungsstile je Milieu aus und die Nicht-Passung zwischen Elternhäusern und Schulwegen wird immer unübersehbarer (Grundmann u.a.^{xxiii}). „Eine (bildungspolitische) Kompensation (hier der Defizite bestimmter Elternhäuser), die lediglich in den Bildungsinstitutionen selbst ansetzt, kann notwendig nur eine begrenzte Reichweite haben“ (vgl. Grundmann^{xxiv} u.a.).

Falsch wäre nun, die Schule übergriffig etwa so auszustatten, dass sie selbst in Elternhäusern interviewt oder Ganztageschulen zu Umerziehungseinrichtungen machte. Falsch vor allem deshalb, weil die Schule selbst selektiv wirkt und zuerst diese Hausaufgabe erledigen muss. Und falsch auch deshalb, weil es diesen Elternhäusern an Optionen im sozialen Raum an Netzwerken, an Nachbarschaft(en) fehlt.

Genau diese Nachbarschaftselemente werden zu zentralen Erfolgsfaktoren des gesamten aktuellen Bildungsreformdebatte. Schulreform braucht sozialräumliche Netzwerk- und Familienhilfearbeit.

Wer dieser „Kognitiven Kompetenz“ (Grundmann^{xxv}), präventiven Eltern-Kind-Verstehensarbeit (Liebenwein^{xxvi}) und Handlungsbefähigung (Otto^{xxvii}) nicht den Raum in zeitgemäßer hilfreicher Nachbarschaft einräumt und gestaltet, versäumt die Bedeutung der Nachbarschaft für die gesellschaftlich gerechte Bewältigung der Zukunft.

Nachbarschaftsarbeit bedeutet im Konzept der Lernlandschaften das Gewicht elterlicher, zivilgesellschaftlicher Akteure zu erhöhen, den Stellenwert informellen und non-formalen Lernens zu verbessern und die Netzwerkchancen von Kindern und Eltern zu verbreitern.

(7) Aspekte, Folgen und Ambivalenzen dezentraler Entwicklungen = Koproduktion

Die Richtung problemlösender globaler Strategien zielt gleichzeitig auf globales Krisenmanagement und immer dezentralere, lokale Strukturen.

Dort endet die Debatte in der Regel mit Apellen der Zusammenarbeit und die Einbeziehung aller Akteure. Auf lokaler Ebene sollen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft miteinander kooperieren im trisektoralen „Metalog“/Dialog.

Von der globalen Ebene hinunter über die Stadtteile und Quartiere wird der Bürger letztlich individuell angesprochen. Als Einzelner, der unterschiedliche Rolleninteressen in sich trägt, sowohl ein Stück Arbeitgeber (Aktionär/Hausbesitzer) als auch Arbeitnehmer/Rentner etc. ist, privat wie öffentlich, Steuergeber wie Steuernutznieser oder auch bezahlter wie unentgeltlicher Freiwilliger soll er vernünftig handeln.

Was in den verfassungsrechtlichen Dezentralisierungsprozessen als Bedenken zu Papier gebracht wird, gilt letztlich auch für das Individuum (Kühnlein^{xxviii}). Ob der Einzelne über Qualitäten verfügt, Ungleichheiten der Sektoren verhindert, zu Verbindlichkeit trotz Freiwilligkeit bereit ist – alle diese besorgten Überlegungen, die beim Nachlassen zentraler staatlicher Steuerung auftreten, gelten für den Einzelnen und machen deutlich, wie viel psychosozialer Druck, wie viel Anforderung auf den inneren, intrinsischen Steuerungen des Individuums in

„Reformgesellschaften“ lastet. Schon in der Subsidiaritätsdebatte ist dies der Teil, wo die Einzelnen nicht nur gefordert werden dürfen, sondern auch der Förderung bedürfen.

Der einzelne Bürger muss abwägen, wie er nachhaltig und ausgewogen investiert, konsumiert und handelt. Er entscheidet nach vielerlei Abwägungen und Motiven und nicht nur nach den ökonomischen Motiven der Kostenminimierung (*homo oeconomicus*) oder einzelnen Motiven von Macht, Zugehörigkeit, Tradition oder psychischen Zwängen. Der Bürger muss entscheiden, abwägen und (!) handeln.

Je mehr Vorgänge von der Ausbildung (Ausbildungswege) bis zur Rente („Riesterrente“), vom Sozialverhalten bis zum Gesundheitsverhalten und Lebensstil zur Disposition stehen, desto wichtiger sind die Kriterien der Entscheidung. Entscheidungsmechanismen, Werthaltungen, Informationsgrundlagen, Vertrauen in jene Instanzen, die die Wechselwirkungen überhaupt noch überblicken können. Die Kehrseite der aktiven lebensweltlichen Teilhabe der Bürger ist die Entscheidungsnot, die Lebenschancen überhaupt im Widerstreit der Optionen und Alternativen nutzen zu können.

„Die Stadtpolitik hat ihre Eingriffe bis auf die Intimbereiche der Gesellschaft ausgeweitet: Informelle soziale Netze, urbane Milieus, Lebens-, Denk- und Verhaltensweisen... Ein Prozess der Vergesellschaftung...“, nennt es Walter Siebel^{xxix}.

Der Prozess der Vergesellschaftung korrespondiert damit, dass vermeintlich objektive Kriterien dessen, was gut ist für den Patienten, das Kind oder den Klienten, nicht mehr objektiv klar sind.

Wenn das „Kindeswohl“ nicht mehr eindeutig, milieuübergreifend und objektiv klar ist und mit dem „Kindeswillen“ in Einklang gebracht werden muss, was letztlich subjektiv ist, bleibt nur noch das Modell des Aushandelns (Oelkers u.a.^{xxx}) – und das auf allen Ebenen des Alltags und erst recht ständig dort, wo die öffentliche Hand in das private Leben der Anderen (in der Regel transferabhängiger, bildungsferner Menschen) eingreifen muss.

Es ist zur gängigen Forderung geworden, dass an dieser Schnittstelle das Fördern und Fordern greifen soll, d.h. die Betroffenen sind zum Mitagieren auf dieser Ebene zu befähigen und zu qualifizieren. Letztlich ist es die Befähigung, „trotz alledem“ produktiv, prosozial zu handeln. „Die Ambivalenzen... widerlegen nicht die Notwendigkeit solcher Politik“ (Siebel^{xxxi}). Allzu leicht wird übersehen, dass dieses Postulat auch beinhaltet, dass die Betroffenen ihre Wahl auch anders fällen können oder verlangen können, dass die andere Seite (der öffentlichen Hand, Institutionen und Träger) sich ebenfalls ändern, öffnen, qualifizieren soll.

Der Wandel der Institutionen steht zu wenig im Mittelpunkt der Modernisierungsdebatte.

Die Entwicklung neuer Nachbarschaftlichkeit ist nicht nur eine andere lokale Art das gleiche Geschäft zu betreiben. Es verändert die Spielregeln des Zusammenwirkens. Es ändert nicht nur Produktionsprozesse und -verfahren, sondern auch Produkte und Ergebnisse. Es geht mit anderen Worten weniger um gute Kooperation, Vernetzung oder und Zusammenarbeit, sondern um Koproduktion, andere Effizienz und Verfahren.

Es verschärft den Druck, den Anforderungen von Institutionen wie Kita, Schule oder Behörde Stand zu halten und die eigene Persönlichkeit, kognitive und kreative Fähigkeiten zu entfalten (Grundmann u.a.^{xxxi}) und das Nichtwissen auszunutzen, um das Entscheiden zu lernen (vgl. Luhmann bei Dabrock^{xxxi}).

Schon allein deshalb ist nichts gewonnen, wenn aus den jetzigen Schulen nur eine über den ganzen Tag verteilte (gleiche) Schule wird oder aus der bisherigen politischen Teilhabe in Form von Stadträten, Beiräten und Personalräten nur noch mehr Räte werden. Das, was dort verteilt, entschieden, angeboten oder organisiert wird, bedarf selbst integrierter Überprüfung. Erziehung, Wissen, Bildung und Jugendförderung müssen ebenso zusammen gedacht

werden, wie es „Paketlösungen“ von Wohnen, Arbeit, Integration etc. geben muss. In vielen Fällen herrschen dort völlig irrelevante Marktbilder konkurrenzierender Anbieter, die eigentlich zusammenarbeiten müssten.

Es liegt auf der Hand, dass die Koproduktionsbereitschaft und Fähigkeit einiger Anbieter, Träger oder Behörden weit über das hinausgehen muss, was bisher als „Vernetzung“ galt. Die sozialerzieherischen Leistungen des Staates werden weit unter ihren Möglichkeiten eingesetzt, wenn sie ohne zielführendes Fallmanagement nur als Angebot daher kommen.

Dann verstärken sie diejenigen Gruppen, die sich im Markt die Angebote herauspicken, was ihnen vermeintlich hilft, aber nicht den Gruppen, die es brauchen.

Da es ein Zurück zu obrigkeitsstaatlicher Fürsorgeplanung nicht geben kann, bleibt nur der Weg sowohl die Nachfrager (z.B. betroffene Elterngruppen) zu stärken als auch die Angebote zielgruppengenaue zu differenzieren und als Gesamtpakete (leben, wohnen, lernen) zusammenzustellen. Das setzt mehr Wissen über die Zielgruppen und mehr Strategien der Handlungsbefähigung voraus.

Das erfordert, dass sozialräumliche Arbeit entlang der Kooperationsfähigkeit und Öffnung von Institutionen erfolgen muss. So können „Lernlandschaften“ bzw. „Sozialregionen“ entstehen, in denen unterschiedliche Institutionen nach ähnlichen Regeln funktionieren, Symbole und Zeichen verstehen, schnell reagieren, ihre Anerkennungskultur abstimmen und für große Transparenz bei der Messung ihrer Zielerreichungen sorgen.

Teilhabe im Sozialraum ist dann nicht nur „mitreden“, sondern wird zum Subjekt und Ziel institutioneller Arbeit.

(8) Integrierte Nachbarschaft als Steuerungsfrage

Von außen betrachtet ist schnell Kritik zu üben, sozialräumliche Arbeit „erschöpfe sich in Beziehungsarbeit“ (Heiner bei Lüders^{xxxiv}) oder in Zuständigkeiten bzw. reduziere den Auftrag zu qualifizieren und zu bilden leichtfertig auf die Schaffung von Sozialkapital (Andresen u.a.^{xxxv}). In der Tat ist ein Arbeitsansatz sehr schwer integriert und balanciert zu halten, der den Eigenwert und emanzipativen Gehalt von Bildung gleichermaßen mit sichert und Beziehungsarbeit erfolgreich in Strukturen der urban governance, der zielorientierten Zusammenarbeit aller Akteure einbettet.

Lüders formuliert die hohen Ansprüche und zeigt selbst im Schlusssatz die Konsequenzen:

„...Deutlich erfolgreicher sind diese Ansätze – und das belegen alle Erfahrungen aus dem europäischen Ausland – allerdings in einem politischen Umfeld, das auf die verbindliche Einbindung aller zu beteiligenden Akteure vor Ort setzt und als die zentralen Handlungsmodi Verhandlung und Koordination auf der Basis gemeinsamer Problemdefinitionen anerkennt. Damit einher geht allerdings die Ausweitung der Sphäre des Politischen in die Stadtgesellschaft mit all den damit verbundenen Implikationen in Bezug auf Beteiligung und Teilhabe. Mit anderen Worten: Für die Verwaltung wird das Leben nicht einfacher.“

Das Leben wird für die Verwaltung nicht einfacher, ebenso wie für den Bürger (s.o.) und beteiligte Unternehmen. Noch ist corporate governance und corporate social responsibility (CSR) nicht die Regel (Hummel 2010c^{xxxvi}) und wir tun gut daran, dass für alle Sektoren und Ebenen gilt, was Nowak^{xxxvii} schlicht die Notwendigkeit „positive interactions promote public corporation“ nennt.

Mit Sanktionen, Misstrauen, Belehrungen von oben und Gesetzen ist für diesen Qualitätssprung von Kooperation und governance nichts gewonnen. Sogar die klassischen Prinzipien

der Gewaltenteilung und Herrschaftskontrolle sind allein nur begrenzt geeignet, neue „urban governance“ zu stützen.

Dieses stellt eine der größten Herausforderungen sozialräumlicher Arbeit dar, ein politisches Steuerungsgeflecht zu begründen, das den integrierten Ansatz sichert und dennoch bewältigbar und positiv bleibt. Es reicht der formale Akt von Zielvereinbarungen und Haushaltskontrollen in keinem Fall, ebenso wenig die qualifizierte Selbststeuerung. Es wird Formen der geregelten Teilhabe der Betroffenen auch im Sinne kooperativer Mitverantwortung brauchen, wie Gremien, die nicht nur innerfachlich besetzt sind und Zukunftsfragen stellen können.

Das Geflecht an Steuerung hat eine funktionale Dimension. Es verknüpft die praktische Arbeit mit der legitimatorischen Arbeit (Entscheiderstrukturen) und Formen des Wertediskurses (Einstellungsmuster, Milieus) und braucht dafür Institutionen und Rollen. Offensichtlich fehlen uns für die Sprachbefähigung bestimmter Gruppen der Stadt (auch neuer Milieus) oder der Vermittlung nicht mehr selbstverständlicher Zukunftsinvestitionen „Übersetzer“ zwischen Feld und Verwaltung (Stein^{xxviii}). Statt jedes Mal neue Stabsstellen und Projekte zu begründen, sollte es „lernende Strukturen“ geben. Nachbarschaftsarbeit kann dafür einen Resonanzboden bieten.

Die hohen Ansprüche der nationalen Stadtentwicklungspolitik (NEP) in der Leipzig-Charta formulieren zu Recht, dass viele Akteursgruppen, Daten und Verfahren mit hinein genommen werden, damit anspruchsvolle Methoden vorliegen, die der diversen und komplexen Wirklichkeit europäischer Stadtgesellschaften gerecht werden. Soweit so gut – nur bedürfen solche Appelle und Konstrukte der politischen Akzeptanz, der ethischen Fundierung und bewältigbaren Praxis. Es wird ohne Aushandlungsprozesse nicht mehr gehen und diese brauchen sozialräumliche Konstruktionen, in denen alles „Gedachte und Beschlossene“ auch gelebt, verändert und gestaltet wird. Auch gesellschaftliche Praxis braucht ihren systematischen Rahmen und ihren Eigensinn, um dem politischen Überbau handelnd und streitend ein Gegenüber zu sein. Hilfreiche Nachbarschaftsarbeit sichert den „Mix aus Eigensinn und Gemeinsinn“, der auch durch beste Planung allein nicht entstehen kann.

Sie hat weder „Musterquartiere“ zu erzeugen, politische Lösungsideen perfekt umzusetzen, noch „Widerstandsnester“ zu stärken, in denen noch wahres Leben gegen die Globalisierung stattfindet. Sie hat Teilhabechancen der Menschen im Sozialraum zu verbessern, die sich ihre jeweils möglichen Lösungen als Teil der großen Fragen „basteln“.

Langfristig wird das wie mit dem Wasser und dem Stein sein: Quartierslösungen werden die „große“ Politik, die Märkte und das Sozialverhalten mehr beeinflussen, als die in „Stein gemeißelten Antworten“ großer Politik.

Milieus und Nachbarschaften

Moderne Performer und Experimentalisten und ihr Sozialer Raum

Weitverzweigter Beziehungsraum:
Die unmittelbare **Nachbarschaft** spielt eine **kleine Rolle**; wichtiger ist das Stadtviertel als solches.



Räumlich **weit gestreuter** Bekannten- und Freundeskreis:
Via E-Mail, Telefon wird Kontakt gehalten. Räumliche Nähe spielt eine untergeordnete Rolle; viele qualitativ **hochwertige Freundschaften** sind **räumlich weit entfernt**.

SINUS SOCIOVISION

Performer und Experimentalisten und ihr Verhältnis zur Nachbarschaft



- Gewollte Anonymität: Nachbarschaft spielt keine Rolle, wobei sich Nachbarschaft auf die Hausgemeinschaft bezieht. Austausch von Belanglosigkeiten bei Begegnung im Hausflur, ansonsten eher Abschottungstendenz
- Das Viertel besitzt eine entscheidende Bedeutung: Belebte Kneipen und Bars, kleine Szene-Geschäfte und "inhaber-geführte" Lebensmittelgeschäfte prägen das multikulturelle Stadtbild
- Attraktiv sind Viertel mit Altbaubestand; Vorliebe für teilsanierte Wohnungen, die deutlich günstiger und individueller sind
- Wunsch nach einem möglichst gemischten, bunten Publikum; Gleichförmigkeit – bezogen auf Wohnhäuser aber auch auf die Menschen, die dort leben – bedeutet Langeweile

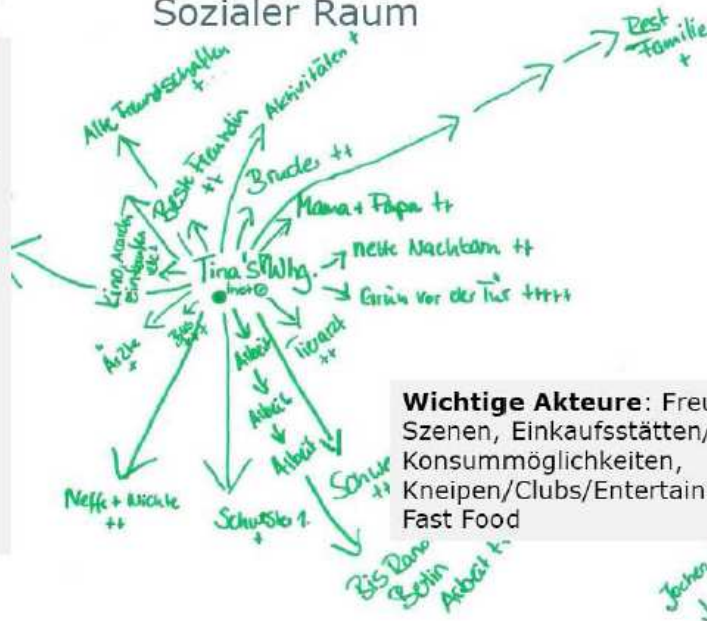
SINUS SOCIOVISION

Konsum-Materialisten und Hedonisten und ihr Sozialer Raum

Es kommt, wie es kommt: **Keine strategische Vorgehensweise.**

Häufige Wohnortwechsel sind möglich. Wer weiß schon, was in der nahen Zukunft passiert und wo einen das Leben hin verschlägt

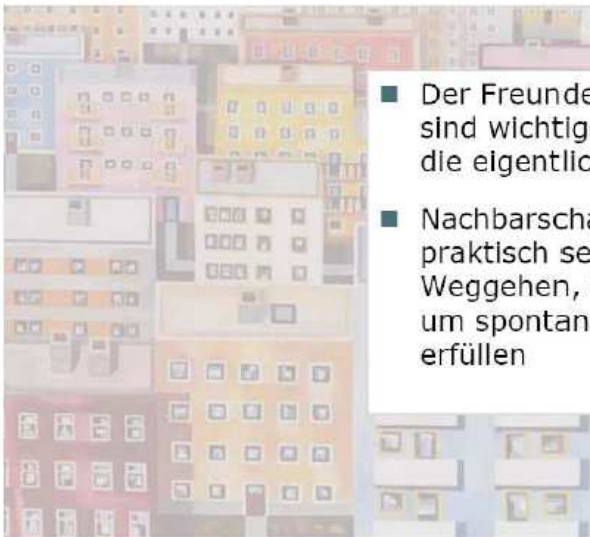
Der soziale Raum ist introvertiert und extrovertiert zugleich



Wichtige Akteure: Freunde, Szenen, Einkaufsstätten/ Konsummöglichkeiten, Kneipen/Clubs/Entertainment, Fast Food

SINUS SOCIOVISION

Konsum-Materialisten und Hedonisten und ihr Verhältnis zur Nachbarschaft



- Der Freundeskreis, die Peergroup sind wichtigere Bezugselemente als die eigentliche Nachbarschaft
- Nachbarschaft muss vor allem praktisch sein: Möglichkeiten zum Weggehen, die "Tanke" um die Ecke, um spontane Konsumwünsche zu erfüllen

SINUS SOCIOVISION

The diagram is set against a light blue background with a faint silhouette of a person. It features a central green downward-pointing arrow. To the left of the arrow is a box titled 'Motive/Wünsche' containing two bullet points. To the right is a box titled 'Beispiele' containing two bullet points. Below the arrow is a large text block. At the bottom right is a logo.

Motive/Wünsche	Beispiele
■ Freude am Engagement - ohne Entgelt - ist bei wenigen gegeben. Was zählt, ist Hilfe zur Selbsthilfe. Engagement ohne erkennbaren Selbstzweck wird skeptisch betrachtet und weckt Misstrauen (welcher verborgene Zweck liegt dahinter). ■ Engagement für die Familie, wenn das eigene Leben direkt beeinflusst wird, nicht aber für das Quartier.	■ Eltern bauen einen Spielplatz für den Kindergarten, da die finanziellen Mittel für die baulichen Maßnahmen nicht ausreichen. ■ Leipzig, Grünau: Hier gibt es verschiedene Vereine um Grünau vor "dem Untergang" zu retten.

Konsum-Materialisten und auch Hedonisten können sich nur schwer vorstellen, dass sich jemand aus reinem "Gutmenschentum" für andere einsetzt. Sie haben oft schlechte Erfahrungen gemacht.

SINUS SOCIOVISION

Die Bürgerliche Mitte und ihr Sozialer Raum

Seltener werden Beziehungen über weite Distanzen gepflegt, sie werden mit den Jahren flüchtig



Die Qualität von Beziehungen hängt mit **räumlicher Nähe zusammen**: "Aus Nachbarn werden Freunde"

SINUS SOCIOVISION

Die Bürgerliche Mitte und ihr Verhältnis zur Nachbarschaft



- Gelebte Nachbarschaftlichkeit: Geben und Nehmen, aufeinander achten, regelmäßiger Austausch, gegenseitige Einladungen, Hoffeste, Schwätzchen über den Gartenzaun
- Nachbarschaft hat hohen Stellenwert und bestimmt den Wohlfühlfaktor entscheidend: Umzug bei inakzeptablem Umfeld; Sicherheit der eigenen Person und der Kinder geht vor: "Gated Area"
- Aktive Nachbarschaftshilfe: Hilfe und Unterstützung aber mit dem nötigen Abstand und unter Wahrung der Privatsphäre
- Anonymität beginnt erst um die nächste Straßenecke

SINUS SOCIOVISION

Die Bürgerliche Mitte und ihre ideale Nachbarschaft

Miteinander/Gemeinschaft:

Gegenseitiges Kennen,
nachbarschaftliche
Freundschaften



Nachbarschaft hat hohen Stellenwert und bestimmt den Wohlfühlfaktor entscheidend

Distanz zum ethnisch, politisch oder sozial "Anderen":

Umzug bei inakzeptablem Umfeld, "Gleichgesinnte" sollen die gefühlte Mehrheit bilden

Gelebte Nachbarschaftlichkeit:

aufeinander achten, regelmäßiger Austausch
- **Aktive Nachbarschaftshilfe: Geben und Nehmen**, "Wie Du mir, so ich Dir"

-
- ⁱ Michael Walzer (1992): Die Sozialisierung des Wohlfahrtsstaates als Zukunftsperspektive der Wohlfahrt, in: Hummel, Konrad (1995): Bürgerengagement, Freiburg, S. 96.
- ⁱⁱ Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 193.
- ⁱⁱⁱ Ebenda.
- ^{iv} Erwin Jordan (2001): Theorie und Praxis sozialräumlicher Planung und Entwicklung, in: Fachforum zur sozialraumorientierten Planung in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf, Dokumentation zur Veranstaltung am 12. und 13. Juni 2001 in Braunschweig, S. 9 – 17, Stand 07.06.2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.isamuenster.de/pdf/Materialien/Sozialraumorientierte%20Planung/ff_so Raumplan.pdf.
- ^v Dieter Grunow (2010): Kommunalisierung der Sozialpolitik: Theoretische Grundlagen und Herausforderungen, in: Heinz-Jürgen Dahme/ Norbert Wohlfahrt [Hrsg.]: Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie, Baltmannsweiler.
- ^{vi} Nicole Zeuner (2009): Soziale Stadtentwicklung durch Urban Governance, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte, 10/2009, S. 37 – 39.
- ^{vii} Europäische Union (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, Stand: 20.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Mai/0524-AN/075DokumentLeipzigCharta.pdf.
- ^{viii} Oliver Frey (2009): Die amalgame Stadt: Orte. Netze. Milieus, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- ^{ix} Gundi Nietfeld (1995): Sozial-kulturelle Arbeit im Wandel der Zeit, Berlin.
- ^x Ulrich Beck/ Christoph Lau (2004): Entgrenzung und Entscheidung, Frankfurt/Main.
- ^{xi} Rupert Graf Strachwitz (2010): Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung, S. 293, in: Rupert Graf Strachwitz [Hrsg.] (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart, S. 279ff.
- ^{xii} Klaus Selle u.a. (2010): Engagement im Quartier und kommunale Bürgerorientierung: Realitäten, Potenziale, Impulse. Dokumentation eines Verständigungsprozesses, vhw-Schriftenreihe 2, Berlin.
- ^{xiii} „Department for Communities and Local Government (2007): what works in community cohesion“, London; deutsche Kurzfassung: Konrad Hummel (2009): Erfolgskriterien für den Zusammenhalt unserer Städte, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 2/09, vhw e. V., Berlin, S. 130ff.
- ^{xiv} Konrad Hummel (2010a): Auf dem Weg zu Lernlandschaften – Stichworte zu einem politischen Topthema, unveröffentlichtes Skript, Berlin.
- ^{xv} Andreas Dörner/ Ludgera Vogt (2008): Das Geflecht aktiver Bürger. ‚Kohlen‘ – eine Stadtstudie zur Zivilgesellschaft im Ruhrgebiet, Wiesbaden.
- ^{xvi} Konrad Hummel (2010b): Stadtentwicklung und Perspektiven der Bürgergesellschaft, Präsentation, Berlin.
- ^{xvii} Ernst-Wilhelm Luthe (2009): Kommunale Bildungslandschaften – Bildung als Integrationswert der örtlichen Gemeinschaft. In: DL – Der Landkreis 12/2009, „S. 613ff.
- ^{xviii} Konrad Hummel (2010a).

^{xix} Peter Bleckmann/ Anja Durdel [Hrsg.] (2009): Lokale Bildungslandschaften: Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen, Wiesbaden.

^{xx} Peter Dabrock (2010): Befähigungsgerechtigkeit als Ermöglichung gesellschaftlicher Inklusion, in: Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 17ff.

^{xxi} Sylvia Liebenwein (2008): Erziehung und soziale Milieus. Elterliche Erziehungsstile in milieuspezifischer Differenzierung, Wiesbaden, S. 290.

^{xxii} Rudolf Tippelt/ Heiner Barz [Hrsg.] (2004): Soziale und regionale Differenzierung von Weiterbildungsverhalten und Weiterbildungsinteressen, Stand: 21.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.bmbf.de/pub/weiterbildungsverhalten_und_interessen.pdf.

^{xxiii} Matthias Grundmann/ Daniel Dravenau/ Uwe H. Bittlingmayer/ Wolfgang Edelstein (2006): Handlungsbefähigung und Milieu. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz. Münster/New York.

^{xxiv} ebenda, S. 250.

^{xxv} Ebenda.

^{xxvi} Sylvia Liebenwein (2008).

^{xxvii} Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010).

^{xxviii} Gertrud Kühnlein (2008): Das berufliche Übergangssystem. Neues kommunales Handlungsfeld im Dreieck von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik, in: BWP, Heft 1, S. 51ff., Stand 21.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/.../1323.

^{xxix} Walter Siebel (2010): Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft, S. 36, in: Rupert Graf Strachwitz [Hrsg.] (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart, S. 25ff.

^{xxx} Nina Oelkers/ Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegler (2010): Handlungsbefähigung und Wohlergehen – Der Capabilities-Ansatz als alternatives Fundament der Bildungs- und Wohlfahrtsforschung, in: Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 85ff.

^{xxxi} Walter Siebel (2010), S. 36.

^{xxxii} Matthias Grundmann/ Daniel Dravenau/ Uwe H. Bittlingmayer/ Wolfgang Edelstein (2006).

^{xxxiii} Peter Dabrock (2010).

^{xxxiv} Christian Lüders (2008): Sozialraumdiskussion quo vadis? Marginalien zu den Tagungsthesen, in: Tagungsdokumentation Sozialraumorientierung. Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen, München, S. 34ff., Stand 21.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.dji.de/bibs/64_Tag_Sozialraum.pdf.

^{xxxv} Sabine Andresen/ Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegler (2010): Bildung as Human Development: an educational view on the Capabilities Approach, in: Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 165ff.

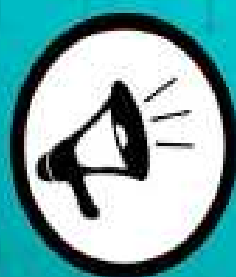
^{xxxvi} Konrad Hummel (2010c): Gesellschaftliche Verantwortung in der Wohnungswirtschaft: Eine Positionsbestimmung aus Sicht des vhw– Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Arbeitspapier, Berlin.

^{xxxvii} Martin A. Nowak u.a. (2009): Positive Interactions Promote Public Cooperation, in: Science, 4.September 2009, Vol. 325, Seite 1272 – 1275.

^{xxxviii} Michael Stein (2010): Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung: Diskussionspapier zu einem Expertengespräch der Initiative „Stadt als Campus“, in: Planerin – Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 2/10, Berlin, S. 65ff.

DEINE MEINUNG ZÄHLT!

Mitreden - Mitgestalten - Mitwirken



Bist du zwischen 8 - 18 Jahre alt?
Hast du Ideen und Wünsche
deinen Stadtteil anders zu
gestalten?
Dann werde aktiv!



Ortsamt Hemelingen

hremen
Am 1. April 2008

Das Kinder- und Jugendforum gibt dir die Möglichkeit deinen Stadtteil aktiv mitzugestalten! Dafür sind wir auf Eure Vorschläge in Freizeit, Sport, Umwelt, Verkehr oder was euch noch einfällt, angewiesen. Fehlt z.B. irgendwo eine Straßenlaterne, ein öffentlicher Musikraum oder ein Bolzplatz?

Zeigt uns Eure Idee oder Euer Problem und gestaltet Plakate, Bilder, Filme oder sagt es uns einfach!

**Wann? 31. Mai 2010
15.30 - 18.30 Uhr**

**Wo? KuBiKo
Godehardstr. 19 - 21
28309 Bremen**

Meldet euch bitte bis zum 20. Mai bei uns an!

Ansprechpartner

Petra Putzer (Sebalsbrück): petra.putzer@afsd.bremen.de
Tel. 0421 361 19 706

Conny Nerz (Hastedt): conny.nerz@afsd.bremen.de
Tel. 0421 361 16 602

Jörn Hemmeling (Hemelingen): win-hemelingen@nord-com.net
Tel. 0421 95 88 604

Christine Murken:
(Arbergen/Mahndorf) christine.murken@web.de
Tel. 0421 95 88 604

Zusammenfassung der Bedarfe der Kinder-und Jugendlichen nach Ortsteilen:

Arbergen

Spiel

- Spielplätze für Arbergen (Ar. 01)

Sport

- Rottkuhle neu säubern, abreißen, Freibad dort hinbauen (Ar.02)
- mehr Fußballplätze mit Kunstrasen (in Arbergen) (Ar.03)
- richtiges Freibad für Arbergen (Ar.04)
- Handballmannschaft des SV Bremen-Ost benötigt zusammengehörige Trikots und Hosen (Ar.05)

Verkehr

- Da die Autos auf der Arberger Heerstraße vielfach sehr schnell fahren, wäre es gut, bei der Ampel vor dem Jugendhaus auch noch eine Verkehrsinsel zu bauen, damit die Autofahrer gezwungen sind, abzubremsen (Ar 06)
- Schild „Vorsicht Kinder“ beim Jugendhaus Hemelingen

Einrichtungen

- Jugendhaus Hemelingen: zuviel Müll und Sumpf (Ar.07)

- Außenanlage rund um das Jugendhaus mit verschiedenen Möglichkeiten zum Sporttreiben ausstatten (Ar.08)
- Halle vom Jugendhaus viel zu klein (Ar.09)

Hastedt

Spiel

- Die Fußballtore auf dem Spielplatz am Alten Postweg sind kaputt und sollen repariert werden. (Ha.01)
- Mehr Spielplätze in Hastedt; (Ha.02)
- Auf dem Spielplatz am Alten Postweg gibt es nur eine Babywippe. Eine Wippe für „Große“ wäre gut. (Ha.03)

Verkehr

- An der der Kurve beim Penny an der Hastedter Heerstraße soll eine Ampel gebaut werden, weil man die heranfahrenden Autos nicht sehen kann. (Ha.04)

Einrichtungen

- Ein Mädchen vermisst in Hastedt ein Begegnungshaus. (Ha.05)
- Haus für Kinder und Jugendliche bzw. für alle. (Ha.06)

Hemelingen

Spiel

- Spielplatz Dammerbergstraße: vieles kaputt; fehlende Schilder; fehlende Tore; Jugendliche vertreiben die Kinder (He.01)

- Dammerbergstraße - Wiese viele große Steine und ein großer Baum, so dass dort nicht Fußball gespielt werden kann (He.02)
- Spielplatz Sandhofstraße verbessern/ einrichten (He.03)
- KiTa Osterhop: unschönes Graffiti Außenfassade; Hundekot; Kinder werden von einem Mann tätlich angegriffen!!! (He.04)
- Ehemaliges Jugendhaus Stackkamp: Hundeplatz unschön; Unterstand abgefackelt; keine Mülleimer; nur eine Schaukel; Scheiben eingeworfen; Gebäude unheimlich (He.05)
- Mehr Spielplätze in Hemelingen. (He.06)

Sport

- Bei der Schule an der Drepperstraße soll ein Schwimmbad mit Wochenendöffnung kommen! (He.07)
- einmal im Monat ein Training mit den Werder-Spielern in der Glockenstraße; (He.08)
- Unterstützung für die Anschaffung eines neuen Trainerbootes (He.09)
- Haus der Begegnung Fußballgruppe Bälle und Trikots, Hallenzeiten werden benötigt (He.10)
- Sandfußballplatzes im Schlengpark (bei den Jugendlichen Shellpark) in Kunstrasenplatz umbauen (He.11)
- Fußballplatz in der Dietrich-Wilkens-Straße (He.12)

Verkehr

- eine Ampel vor der Marschstraße neben der Bank (He.13)

Einrichtungen

- einen Musikworkshop mit einer Band; (He.14)
- „coole Halle für alle“, die auch am Wochenende geöffnet sein soll. (He.15)
- Funkschneise gibt es so viele ungenutzte Flächen, die perfekt als legale Graffitiwände dienen könnten. In einem großen, leer stehenden Gebäude An der Funkschneise könnte man einen generationsübergreifenden Treffpunkt einrichten, mit Musikkeller, Wintergarten etc. (He.16)
- Jugendraum für Haus der Begegnung (He.17)
- unverständlich, warum die Stelle von dem Mitarbeiter im Tonstudio im Haus für unsere Freundschaft nicht weiter verlängert wird (He.18)

Kultur

- Haus der Begegnung - Musical öffentlichen Ort gesucht und Bühnenoutfit gebraucht! (He.19)
- Unterstützung für einen Musikunterricht im Haus der Begegnung (He.20)

Außenbereiche

- einen Ordnungsdienst in Hemelingen (He.21)
- keine abgerissenen Häuser in der kleinen Marschstraße (He.22)
- mehr Treffmöglichkeiten in Hemelingen für Jugendliche (He.23)
- Unterführung beim Bahnhof Sebaldsbrück zu dreckig (He.24)
- Der Puff soll weg, weil kleine Kinder langgehen und der Puff woanders hin gehört (Osterhop 84). (He.25)

Mahndorf

Spiel

- einen großen Spielplatz mit Schaukeln, einer Seilbahn, einer Rutsche, einem Kletterhaus und Mülleimern (Modell) oder viele kleinere Spielplätze (Ma.01)
- Spielplätze für Mahndorf (Ma.02)
- Mitteldorfer Straße Spielplatz, einen höheren und steileren Rodelberg; ein großes Klettergerüst; eine Skateboard-Arena mit Rampen etc; mehr Sitzmöglichkeiten; einen besseren Fußballplatz, dafür unbenutztes Gelände daneben benutzen. (Ma.03)

Sport

- einen Fußballplatz mit Toren in Arbergen (Modell) (Ma.04)
- mehr Spielgeräte in der Turnhalle der Grundschule Mahndorf. (Ma.05)
- Freibad für Mahndorf (Ma.06)
- Fußballplatz mit Toren in Mahndorf in der Schneidhainer Straße (Ma.07)

Verkehr

- weniger Autos, die soviel Benzin verbrauchen (Bild); (Ma.08)
- die Unterbrechung einer Baustelle der Linie 1 (Ma.09)

Einrichtungen

- einen Zoo oder Tierpark (Bild); einen Freizeitpark in Mahndorf mit Karussells, Riesenrad etc. (Bild); (Ma.10)

- eine Bücherei in Mahndorf (Bild); (Ma.11)
- mehr Einkaufsläden/ Spielzeugläden in Arbergen; (Ma.12)
- Mahndorf soll auch ein Jugendhaus bekommen (Ma.13)

Außenbereiche

- mehr Mülleimer in Mahndorf, damit nicht soviel Müll herumliegt: (Ma.14)
- Hütte für Jugendliche (Ma.15)

Sebaldsbrück

Spiel

- Der Platz neben dem ATSV würde sich sehr gut für einen Fußballplatz anbieten. Außerdem ist es ein schöner Ort, um sich aufzuhalten und zu spielen. (Se.01)

Sport

- Offener Bolzplatz (Schreiberstraße/Sattelhof) (Se.02)

Außenbereiche

- leere Wiese in Sebaldsbrück in der Nähe der Turnhalle des ATSV nicht wieder mit neuen Häusern bebauen (Se.03)
- Wiese begradigen, mähen und dort ein Schild mit „Spielen erlaubt“ aufstellen. (Se.04)

Alle Ortsteile

Spiel

- mehr TÜV-geprüfte Spielplätze (Alle 01)

Sport

- Schwimmbäder (Alle 02)
- mehr Minigolfplätze (Alle 03)

Einrichtungen

- ein Jugendcafé mit Internet; (Alle 04)
- eine Jugenddisco mit Saftbar; (Alle 05)

Außenbereiche

- mehr Mülleimer (Alle 06)

Politische Beteiligung

- Kinder und Jugendliche sollen ernst genommen werden (Alle 07)
- Wahlrecht für Kinder unter 18 Jahren in Hemelingen; (Alle 08)

Außerdem:

- mehr LehrerInnen in den Schulen; (Alle 09)
- Mehr Geschäfte sollen in Hemelingen am Girls Day teilnehmen. (Alle 10)
- Hemelingen kinderfreundlich machen (Alle 11)

Protokoll vom Hemelinger Kinder- und Jugendforum am 31. Mai 2010
Deine Meinung zählt! Mitreden- Mitgestalten- Mitwirken

Teilnehmende: rund 65 Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 18 Jahren auf Teilnehmerliste; 100 Anwesende laut Zählung, Eltern bzw. BetreuerInnen; OrganisatorInnen; VertreterInnen des Hemelinger Beirats; Ortsamtsleiter

Zeit: 15.30 bis 17.15 Uhr

Ort: KuBiKo, Godehardstraße 19-21, 28307 Bremen

Moderation: Jörn Hermening (Wohnen in Nachbarschaften Hemelingen), Conny Nerz (Haus der Familie Hemelingen)

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung und Vorstellung aller beteiligten Personen
- 2) Erläuterung des weiteren Vorgehens bezüglich der Kinder- und Jugendbeteiligung in Hemelingen
- 3) Vorstellungen der Probleme im und Veränderungswünsche für den Stadtteil durch die Kinder
- 4) Verschiedenes/ Nachträge

TOP 1:

Nach einer kurzen Begrüßung der erschienenen Kinder und Jugendlichen wurden alle anwesenden Mitglieder aus Politik und Verwaltung dazu angehalten, sich kurz mit Namen und Funktion bzw. Partei vorzustellen. Zum besseren Verständnis erklärte Frau Putzer vom Amt für Soziale Dienste woher die Gelder kommen, die zur Umsetzung der Projekte bereitgestellt werden konnten. Frau Kennard als Vertreterin des Hemelinger Beirats gab knappe Angaben zur Funktion bzw. Position des Beirats in diesem Procedere.

TOP 2:

Conny Nerz erklärte kurz, wie es nach dem Kinder- und Jugendforum weitergehen soll bzw. wie mit den Vorschlägen und Wünschen verfahren wird.

Am 15. Juni 2010 findet um 16.00 Uhr ebenfalls im Großen Sitzungssaal des KuBiKo ein erneutes Treffen statt, an dem der Hemelinger Beirat sowie VertreterInnen aller Gruppen, die etwas vorgestellt haben, teilnehmen sollen. Kinder und Jugendliche, die alleine etwas vorgestellt haben, können bei diesem Termin auch von den OrganisatorInnen vertreten werden, wenn der Bedarf besteht. In dieser Runde wird konkret überlegt, welche Projekte umgesetzt werden können. Bei der Auswahl eventueller Projekte muss berücksichtigt werden, dass die Bedarfe möglichst vieler Hemelinger Kinder und Jugendlicher abgedeckt werden können. Außerdem müssen die ausgewählten Projekte den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen in der Verwaltung zugeordnet werden. In etwa einem halben Jahr ist ein weiteres Treffen mit allen VertreterInnen und Beiratsmitgliedern geplant, in welchem der aktuelle Stand der Umsetzung der Ideen besprochen wird.

TOP 3:

Die Reihenfolge der Vorstellungen war ganz grob nach dem Alter der Vorstellenden sortiert. Mit der jüngsten Gruppe wurde begonnen.

Kindertagesheim Däumling (Bürgerhaus Mahndorf):

Das Kth Däumling wurde von sechs Kindern vertreten (ein Junge/ fünf Mädchen).

Für die Vorstellung wurden gemalte Bilder und Modelle vorbereitet. Außerdem waren alle Wünsche noch einmal auf einem geschriebenen Blatt zusammengefasst.

Die Kinder vom Kth Däumling wünschen sich:

- einen Fußballplatz mit Toren in Arbergen (Modell);
- einen großen Spielplatz mit Schaukeln, einer Seilbahn, einer Rutsche, einem Kletterhaus und Mülleimern (Modell) oder viele kleinere Spielplätze;
- weniger Autos, die soviel Benzin verbrauchen (Bild);
- einen Zoo oder Tierpark (Bild);
- einen Freizeitpark in Mahndorf mit Karussells, Riesenrad etc. (Bild);
- eine Bücherei in Mahndorf (Bild);
- mehr Mülleimer in Mahndorf, damit nicht soviel Müll herumliegt;
- mehr Einkaufsläden/ Spielzeuigläden in Arbergen;
- mehr Spielgeräte in der Turnhalle der Grundschule Mahndorf.

Grundschule Osterhop:

Von der Grundschule Osterhop sind keine Kinder erschienen. Allerdings gab es eine Auflistung der Ergebnisse, die im Vorfeld während eines Schulbesuchs der Organisatoren erarbeitet wurden. Auf die Fragen, welche Plätze die Kinder in Hemelingen besonders mögen bzw. wo sie nicht gerne hingehen, gaben die Schüle-rinnen und Schüler zusammengefasst folgende Antworten:

Plätze, die ich gerne besuche:

1. Bezirkssportanlage
2. KiTa Osterhop
3. Spielplatz Sensenstraße
4. Spielhaus Mobile
5. Spielplatz Dammerbergstraße
6. Ententeich Wehrheimerstraße
7. Spielplatz Glockenstraße
8. Jugendhaus St. Petri
9. Schule am Osterhop, allerdings fehlen dort Tore
10. Spielplatz Angeln
11. Spielplatz Sandhofstraße
12. Schlossparkbad
13. Weserpark
14. Hansa-Carré

Plätze, die ich nicht gerne besuche:

1. Spielplatz Dammerbergstraße: vieles kaputt; fehlende Schilder; fehlende Tore; Jugendliche vertreiben die Kinder
2. Jugendhaus Hemelingen: zuviel Müll und Sumpf
3. Spielplatz Sandhofstraße
4. KiTa Osterhop: unschönes Graffiti; Außenfassade verschönerungsbedürftig; Hundekot; Kinder werden von einem Mann tätlich angegriffen!!!
5. Ehemaliges Jugendhaus Stackkamp: Hundeplatz sehr unschön; Unterstand abgefackelt; keine Mülleimer; fehlender Spielplatz; nur eine Schaukel; Schei-ben eingeworfen; Gebäude unheimlich

Handballmannschaft des SV Bremen-Ost:

Die Mädchenhandballmannschaft des SV Bremen-Ost wurde durch zwei Mädchen aus Arbergen vertreten. Die Darstellung des Problems erfolgte mündlich.

Die Handballmannschaft des SV Bremen-Ost benötigt zusammengehörige Trikots und Hosen. Derzeit müssen die 15 Mannschaftsmitglieder alle ihre eigenen Sachen anziehen, womit sich einige Mädchen nicht besonders wohl fühlen und was sich, besonders bei Turnieren nicht positiv auf das Gemeinschaftsgefühl auswirkt. Da Handball eine Teamsportart ist, sollte auch das äußere Bild diesen Eindruck vermitteln.

Wilhelm-Olbers-Schule:

Die Wilhelm-Olbers-Schule wurde durch sechs Kinder (fünf Jungen/ ein Mädchen) vertreten.

Für die Vorstellung wurde ein Plakat vorbereitet, auf dem alle Wünsche und Anliegen schriftlich zusammengefasst waren. Diese schriftliche Zusammenfassung wurde von den Kindern noch einmal mündlich vorgetragen.

Die Kinder der Wilhelm-Olbers-Schule wünschen sich:

- mehr Fußballplätze mit Kunstrasen (in Arbergen)
- einen Ordnungsdienst in Hemelingen
- Schwimmbäder
- mehr Minigolfplätze
- mehr Mülleimer
- die Unterbrechung einer Baustelle
- mehr TÜV-geprüfte Spielplätze
- Treffmöglichkeiten in Hemelingen für Jugendliche
- keine abgerissenen Häuser in der kleinen Marschstraße
- eine Ampel vor der Marschstraße neben der Bank
- Hemelingen kinderfreundlich machen
- Rottkuhle neu säubern, abreißen, Freibad dort hinbauen
- Freibad und Spielplätze für Arbergen und Mahndorf
- Kinder und Jugendliche sollen ernst genommen werden

Mädchengruppe St. Petri:

Die Mädchengruppe von St. Petri wurde von zwei Mädchen vertreten, die von ihrer Betreuerin nach vorne begleitet wurden.

Für die Vorstellung wurde ein Plakat vorbereitet, auf dem die Mädchen sowohl die Dinge, die ihnen in Hemelingen gefallen, als auch die Probleme, an denen etwas getan werden muss, aufgenommen haben.

An Hemelingen gefällt mir:

- dass es für kleine Kinder viele Spielplätze gibt;
- dass es in Hemelingen das Lücke-Projekt gibt;
- dass es bei der Schule Ampeln gibt.

Wir wünschen uns, dass es in Hemelingen gibt...

- einen Musikworkshop mit einer Band;
- Die Fußballtore auf dem Spielplatz am Alten Postweg sind kaputt und sollen repariert werden.
- Der Puff soll weg, weil kleine Kinder langgehen und der Puff woanders hin gehört (Osterhop 84).
- Mehr Spielplätze in Hemelingen und Hastedt;
- eine Jugenddisco mit Saftbar;
- ein Jugendcafé mit Internet;
- mehr LehrerInnen in den Schulen;
- Bei der Schule an der Drebbberstraße soll ein Schwimmbad gebaut werden, dass auch am Wochenende geöffnet sein soll.
- Wahlrecht für Kinder unter 18 Jahren in Hemelingen;
- An der der Kurve beim Penny an der Hastedter Heerstraße soll eine Ampel gebaut werden, weil man die heranfahrenden Autos nicht sehen kann.
- einmal im Monat ein Training mit den Werder-Spielern in der Glockenstraße;
- Mehr Geschäfte sollen in Hemelingen am Girls Day teilnehmen.
- Auf dem Spielplatz am Alten Postweg gibt es nur eine Babywippe. Eine Wippe für „Große“ wäre gut.

Freiwillige Feuerwehr Mahndorf:

Die Freiwillige Feuerwehr Mahndorf wurde durch einen männlichen Jugendlichen vertreten.

Er brachte sein persönliches Anliegen mündlich vor.

Er wünscht sich einen Fußballplatz mit Toren in Mahndorf. In der Schneidhainer Straße existieren zwei freie Flächen, die sich bestens für die Anlage eines Fußballfeldes anbieten würden.

VAJA e.V.- Mahndorf:

Das Anliegen von VAJA aus Mahndorf wurde von drei Jugendlichen (zwei Jungen/ ein Mädchen) vorgetragen.

Als Präsentation haben die Jugendliche eine Fotostory entwickelt, die sie per power point abgespielt haben.

In der Bildergeschichte wurde verdeutlicht, dass den Jugendlichen in Mahndorf Orte und Plätze fehlen, an denen sie sich in ihrer Freizeit aufhalten können. Derzeit werden sie von überall vertrieben. Für Mahndorf wünschen sich die Jugendlichen eine Hütte, wo sie ihre Ruhe haben und sich zurückziehen und auch mal laut sein können, ohne immer jemanden zu stören. Besonders am Wochenende und abends brauchen sie diesen Ort.

Ein Haus für unsere Freundschaft:

Ein Haus für unsere Freundschaft wurde von zwei Gruppen vertreten, die sich aus drei Mädchen bzw. vier Jungen zusammensetzten.

Beide Gruppen haben Modelle vorbereitet, um ihre Anliegen zu präsentieren.

Die Mädchengruppe wünscht sich eine „coole Halle für alle“, die auch am Wochen-ende geöffnet sein soll. In dieser Halle sollen enthalten sein:

- Kursräume;
- ein Kraftraum;
- ein Mädchenraum;
- eine Musikanlage mit guten Boxen;
- viele Sportgeräte;
- ein Entspannungsraum, der „Mach´ mal ne Pause“ heißen soll.

Diese Halle könnte auf der Hundewiese am Ende der Diedrich-Wilkens-Straße gebaut werden, die eh als ungenutztes Brachland zur Verfügung stehen würde.

Die Jungengruppe findet, dass es zu wenig Sportangebote in Hemelingen gibt. Sie wünschen sich einen Fußballplatz mit Kunstrasen, Toren und Bänken am Rand. Dieser könnte ebenfalls auf der Hundewiese an der Diedrich-Wilkens-Straße gebaut werden.

Wassersportverein Hemelingen

Der Wassersportverein Hemelingen hatte zwei verschiedene Bedarfe, die getrennt von einem Jungen und einer Jugendlichen vorgetragen wurden.

Die erste Vorstellung erfolgte über ein geschriebenes Plakat, der zweite Beitrag wurde mittels power point präsentiert.

Die erste Gruppe wünscht sich folgende Veränderungen für den Mahndorfer Spielplatz in der Mitteldorfer Straße:

- einen höheren und steileren Rodelberg;
- ein großes Klettergerüst;
- eine Skateboard-Arena mit Rampen etc;
- mehr Sitzmöglichkeiten;
- einen besseren Fußballplatz.

Der zweiten Wunsch wurde durch die Trainerin der Jugendabteilung vorgestellt. Die Jugend des Wassersportvereins wünscht sich eine Unterstützung für die Anschaffung eines neuen Trainerbootes. Für das Training von Kindern und Jugendlichen werden aus Sicherheitsgründen zwei Begleitboote benötigt. Das derzeitige Begleitboot ist über 30 Jahre alt und zu stark abgenutzt. Der Verein braucht dringend ein neues Boot, welches sie aus Eigenmitteln nicht voll finanzieren können.

Eine Auflistung über die Kosten, die die Anschaffung eines neuen Bootes mit sich bringen, wurde mit eingereicht.

Schule an der Parsevalstraße:

Die Schule an der Parsevalstraße wird durch zwei Jungen und ein Mädchen vertreten.

Sie haben eine power point-Präsentation mit Fotos vorbereitet, die den jetzigen Zustand einer leeren Wiese in Sebaldsbrück zeigt.

Die Kinder wünschen sich, dass die leere Wiese in Sebaldsbrück in der Nähe der Turnhalle des ATSV nicht wieder mit neuen Häusern bebaut, sondern für andere Zwecke genutzt werden soll. Der Platz würde sich sehr gut für einen Fußballplatz anbieten. Außerdem ist es ein schöner Ort, um sich aufzuhalten und zu spielen.

Jugendhaus Hemelingen:

Vom Jugendhaus Hemelingen sind acht Jugendliche (zwei Mädchen/ sechs Jungen) gekommen.

Für die Präsentation ihrer Wünsche haben sie ein sehr großes Modell vorbereitet.

Das Jugendhaus wurde als Freizeitstätte mit sportlichem Profil ausgeschrieben, ohne die notwendigen Sportmöglichkeiten vorab zu schaffen. Die Jugendlichen möchten nun, dass die Außenanlage rund um das Jugendhaus mit verschiedenen Möglichkeiten zum Sporttreiben ausgestattet wird. Außerdem ist die zu nutzende Halle viel zu klein, und es müsste eine Größere gebaut werden bzw. die Vorhandene vergrößert werden. Da die Autos auf der Arberger Heerstraße vielfach sehr schnell fahren, wäre es gut, bei der Ampel vor dem Jugendhaus auch noch eine Verkehrsinsel zu bauen, damit die Autofahrer gezwungen sind, abzubremesen.

Vaja Hemelingen:

Vaja Hemelingen wurde durch zwei Jugendliche (ein Mädchen und einen Jungen) vertreten.

Zur Präsentation wurde ein power point-Vortrag mit Fotos aus Hemelingen vorbereitet, mit dem Titel: „Hemelingen aus einer anderen Sicht“. An der Erstellung der Präsentation haben acht Jugendliche mitgewirkt.

Die Hundewiese, die derzeit noch total vermüllt und voller Hundekot ist, könnte zu einem Multifunktionalplatz umgestaltet werden. An der Funkschneise gibt es so viele ungenutzte Flächen, die perfekt als legale Graffitiwände dienen könnten. In einem großen, leer stehenden Gebäude An der Funkschneise könnte man einen generationsübergreifenden Treffpunkt einrichten, mit Musikkeller, Wintergarten etc.

Haus der Begegnung:

Das Haus der Begegnung in der Kleinen Westerholzstraße wurde von vier Jugendlichen (drei Jungen/ ein Mädchen) vertreten. Die Einrichtung leistet Integrationsarbeit und bietet neben einer Jugendgruppe auch ein Theaterprojekt an.

Die Jugendlichen haben einen Film vorbereitet, der die Message transportierte, dass sie etwas zu sagen haben.

Die Jugendlichen wollen gerne ein Musical machen und brauchen einen öffentlichen Ort, an dem sie dieses dann aufführen können, da die Räumlichkeiten des Hauses der Begegnung dafür zu klein sind. Auch Perücken und Requisiten benötigen sie dafür.

Außerdem fänden sie es gut, von dem Haus aus auch eine Fußballgruppe anbieten zu können, wofür sie Bälle und Trikots bräuchten.

Da sehr viele BesucherInnen des Hauses sich musikalisch betätigen, oft jedoch die finanziellen Mittel für Musikunterricht fehlen, wünschen sie sich eine finanzielle Unterstützung für einen Musikunterricht, der dann im Haus angeboten werden würde.

Die Anzahl der jugendlichen BesucherInnen wächst stetig. Angefangen hat das Haus der Begegnung mit ca. 10 Jugendlichen. Mittlerweile sind es 80, die regelmäßig freitags in den Treffpunkt kommen.

Das Haus ist viel zu klein und auch die Nachbarschaft reagiert verstärkt genervt, so dass sich die Jugendlichen Räumlichkeiten wünschen, in denen sie sich treffen und solange Zeit miteinander verbringen können, wie sie wollen. Auch eine Bar oder ein Café für Musiker, Theaterspieler oder einfach als Treffpunkt für die Gemeinschaft wäre gut.

Abschließend wünschen sich auch die Jugendlichen von dem Haus der Begegnung ein Schwimmbad für Hemelingen.

Kuba Camii Moschee:

Die Moschee wurde von drei Jungen vertreten.

Die Anliegen wurden mündlich vorgetragen.

Die Jugendlichen der Moschee wünschen sich, dass statt des fast fertig gestellten Sandfußballplatzes im Schlengpark (bei den Jugendlichen Shellpark) ein Kunstrasenplatz gebaut wird. Außerdem ist ihnen die Unterführung beim Bahnhof Sebaldsbrück zu dreckig und überhaupt nicht schön, so dass sie eine Neugestaltung begrüßen würden. Generell wünschen sie sich mehr Sportplätze und –möglichkeiten in Hemelingen.

Nach der Vorstellung aller angemeldeten Präsentationen konnten abschließend noch spontane Anliegen geäußert werden. Dazu gab es folgende Wortmeldungen:

- 1) Ein Mädchen vermisst in Hastedt ein Begegnungshaus. Sie wünscht sich ein Haus für Kinder und Jugendliche bzw. für alle.
- 2) Ein Mädchen aus Hemelingen möchte gerne, dass an der Hemelinger Bahnhofstraße mehr Ampeln gebaut werden, da die Straße sehr viel befahren und stellenweise sehr unübersichtlich ist, insbesondere gilt dies für die Situation an der Bushaltestelle Marschstraße.
- 3) Ein Junge aus Hemelingen bemängelt die Situation in der Dammerbergstraße. Auf einer Wiese dort liegen so viele große Steine und steht ein großer Baum, so dass dort nicht Fußball gespielt werden kann. Er würde sich wünschen, dass die Fläche geräumt werden würde, damit Platz zum Bolzen dort ist.
- 4) Ein Mädchen aus Hemelingen möchte, dass in Hemelingen die politische Mitwirkung für Jugendliche ab 16 Jahren eingeführt wird. Außerdem findet sie es unverständlich, warum die Stelle von dem Mitarbeiter im Tonstudio im Haus für unsere Freundschaft nicht weiter verlängert wird, obwohl er so gut eingearbeitet ist und alle so zufrieden mit ihm sind. Sie fände es gut, wenn er weiter beschäftigt werden würde.
- 5) Ein siebzehnjähriger Jugendlicher aus Mahndorf findet es doof, dass es in Hemelingen zwei Jugendfreizeitheime gibt, aber in Mahndorf keines. Er muss immer weit fahren und wünscht sich, dass in Mahndorf auch ein Jugendhaus eingerichtet wird.

Über die Auswahl der Projekte, die unterstützt werden sollen, wird am 15.06. um 16.00 Uhr wieder im Großen Sitzungssaal des KuBiKo entschieden. Es wäre super, wenn jede Gruppe bzw. Einzelperson, die etwas vorgestellt haben, einen Vertreter zu diesem Termin schicken würden.

Alle OrganisatorInnen bedanken sich ganz herzlich bei allen Kindern und Jugendlichen, die am 31. Mai erschienen sind. Sie finden es spitze, dass sie sich aktiv für ihre Belange einsetzen!

Gez. Julia Böttcher, 07. Juni 2010

AMT FÜR SOZIALE DIENSTE

Jugend- und Sozialplanung
Sozialraumentwicklung
PeterMarquard/Christiane Kluge

Bremen, den
01.08.08

Tel 0421-361-19878
Fax: 0421-361-8553

Vernetzung des AfSD

1. Zur Notwendigkeit ressort- und institutionenübergreifender Kooperation und Vernetzung

Mit der Gründung von Sozialzentren in Bremen hat das Amt für Soziale Dienste im Jahr 2000 überschaubare Organisationseinheiten auf Stadtteil/Sozialraumebene geschaffen.

Die damit verbundene (Neu)Orientierung an einer sozialraumorientierten Lebenswelt bedeutet, die Lebenslagen der Zielgruppen sowie die bestehenden sozialen Netze und lokalen Hilfsstrukturen in der Gestaltung von Angeboten zu berücksichtigen. Daraus resultiert, dass zum einen die Zielgruppen durch den Bezug auf die individuellen, sozialen und politischen Ressourcen zur Gestaltung ihrer Lebenswelt motiviert werden sollen (individuelle Dimension), gleichzeitig die Sozialraumakteure ihrerseits einen klaren Gestaltungsauftrag der räumlich organisatorischen Gegebenheiten und damit mittelbar für die Lebenswelten besitzen (sozialräumliche Dimension). Netzwerkarbeit wird dabei verstanden als kooperativ ausgelegte Methode zur Umsetzung definierter Zielvorstellungen, die dazu auf die personellen wie institutionellen Ressourcen von Zielgruppen bzw. Sozialräumen zurückgreift (infrastrukturell lebensweltorientierte Netzwerkarbeit). Netzwerke sind damit in ihrer Funktion sowohl Methode als auch Steuerungsinstrument.

Vier zentrale Entwicklungen können als verursachend/ impulsgebend für die Entwicklung netzwerkorientierten Arbeitens und dessen Notwendigkeit angeführt werden. Erstens: Die Sozial- und Armutsberichtserstattung zeigt, dass die individuellen Bedarfslagen von Personen und Zielgruppen eine zunehmende Multidimensionalität aufweisen, auf die mit den klassischen Methoden der sozialen Arbeit, *Einzelfallhilfe*, *Gruppen-* und *Gemeinwesenarbeit* allein nicht hinreichend reagiert werden kann. Individuelle soziale Abkoppelung von gesellschaftlicher Teilhabe ist ein vielschichtiger persönlicher und gesellschaftlicher Prozess, in dem einzelne Institutionen und Hilfsangebote allein immer weniger in der Lage sind, hierfür ein angemessenes Spektrum sozialer Dienstleistungsangebote aus einer Hand anzubieten.

Zweitens: Selbstlernprozesse bei den Institutionen Sozialer Arbeit und die Einführung neuer Methoden fördern die Netzwerkarbeit. So ist z.B. das Case-Management in der Hilfeplanung zwar weiterhin auf eine Person und deren individuellen Hilfebedarf gerichtet, hat aber gleichwohl die Integration von Netzwerkdenken und sozialräumlichen Aspekten zur Voraussetzung. Über die einzelne Institution hinaus gerichtete Zusammenarbeit - etwa in Runden Tischen (Jugendhilfe und Schule) oder Arbeitsgemeinschaften - schafft so neue Bearbeitungsmöglichkeiten komplexer Lebens- und Problemlagen.

Drittens: Seit Beginn der 1990er Jahre vollzieht sich in den kommunalen Sozialverwaltungen ein Umstrukturierungsprozess, („Neues Steuerungsmodell“), der auch auf die Erstellung sozialer Dienstleistungen Auswirkungen hat. Im Mittelpunkt stehen wirkungs- und sozialraumorientierte Ansätze sozialer Arbeit, die unter Nutzung aller relevanten lokalen Ressourcen auf die Umsetzung von Eingliederungszielen für einen definierten sozialen Raum ausgerichtet sind.

Viertens: Der Gesetzgeber hat in verschiedensten Gesetzen den öffentlichen und freien Trägern Verpflichtungen zur Zusammenarbeit auferlegt. So beinhaltet das Kinder- und Jugendhilfegesetz in der Wahrnehmung seines „generalpräventiven Auftrags“ zahlreiche Formen der Steuerung auf lokaler Ebene, die das Ziel haben, Angebote aufeinander abzustimmen und ein adäquates, bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen. Flankiert wird dieses durch Programmplattformen wie „Wohnen in Nachbarschaften, Win“, „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt“ und Lokales Kapital für Soziale Zwecke“, die die Notwendigkeit der Umsetzung des Prinzips der Vernetzung im lokalen Sozialraum und eine damit verbundene Reform der Strukturen zwischen öffentlichen und freien Trägern nachhaltig unterstreichen.

Auch aus Veränderungen der Sozialgesetzgebung erwachsen Verpflichtungen zur Kooperation – insbesondere dort wo Überschneidungen bei den Zielgruppen über die Anwendung unterschiedlicher Leistungsgesetze zu entscheiden ist. (SGB II, SGB XII zu SGB VIII.)

2. Vernetzung des AfSD

Vor dem Hintergrund der vorstehend beschriebenen Entwicklungen wird deutlich, dass Netzwerkarbeit, hier verstanden als kooperativ ausgelegte Methode zur Umsetzung definierter Zielvorstellungen, unverzichtbarer Bestandteil des professionellen Handelns der AfSD-Fachkräfte ist. Sie beansprucht aus diesem Grunde berechtigt einen Teil der personellen Ressourcen. Die Vernetzung des AfSD mit anderen Institutionen ist zu einem Teil über zentrale (teils ressortübergreifende) Kooperationsvereinbarungen geregelt. Darüber hinaus haben einzelne Sozialzentren regionsspezifischen Vereinbarungen mit Institutionen abgeschlossen, von denen einige hier exemplarisch vorgestellt werden. Jedes Sozialzentrum arbeitet darüber hinaus in einer auf die Region abgestimmten Gremienstruktur mit. Exemplarisch wird unter Ziffer 3 die Netzwerkarbeit des Sozialzentrums Hemelingen / Osterholz dargestellt.

Rahmenvereinbarung Jugendhilfe und Schule, Juli 2008

Runde Tische Jugendhilfe und Schule, Oktober 2006

„Vereinbarung zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft, dem Senator für Inneres, Kultur und Sport, dem Senator für Justiz und Verfassung und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales über die Zusammenarbeit in Schulvermeidungs-/Präventionsausschüssen (SCHUPS) in der Stadtgemeinde“, August 2001

„Verabredungen zur Kommunikation zwischen den Sozialdiensten Junge Menschen des AfSD im Sozialzentrum 1 und den Grundschulen/Förderzentren in der Region Nord“, Januar 2008

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Deutschen Roten Kreuz e.V. und der Stadtgemeinde Bremen vertreten durch das Amt für Soziale Dienste und dem Senator für Bildung und Wissenschaft, Juli 2006

Handlungskonzept Stopp Jugendgewalt, 2007/ 2008

Präventionsrat Bremen Nord, Juni 2005

Kooperationsvereinbarung zur beruflichen und sozialen Integration Jugendlicher und junger Erwachsener unter 25 Jahren zwischen dem Amt für Soziale Dienste (AfSD), der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) und der Agentur für Arbeit Bremen, März 2007

Kooperations-Vereinbarung zwischen dem Amt für Soziale Dienste Bremen und der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) zur Zusammenarbeit der BAGIS mit dem Sozialdienst Erwachsene in den Sozialzentren des Amtes für Soziale Dienste, 1. August 2007

Kooperations-Vereinbarung Zwischen den Ambulanten Sozialdiensten Erwachsene in den Sozialzentren des Amtes für Soziale Dienste Bremen und den regionalen psychiatrischen Behandlungszentren, 1.08.2003

Vereinbarung zwischen dem Amt für Soziale Dienste und dem Gesundheitsamt, Bremen über das Verfahren zur Zuständigkeitsklärung bei Anträgen auf Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Volljährige §§ 41, 35a SGB VIII sowie §§ 53/54 SGB XII, Oktober 2006

Kooperationsvereinbarung des Sozialdienstes im Krankenhaus in der der Sozialdienste Erwachsene im Amt für Soziale Dienste der Sozialdienste Wirtschaftliche Hilfen/Zentrale Wirtschaftliche Hilfen im Amt für Soziale Dienste, 14.3.2006

Controllingausschüsse im Rahmen des Anpassungskonzeptes der Kinder- und Jugendförderung

3. Vernetzungsstrukturen im Sozialzentrum Hemelingen/Osterholz:

A) Bereich Jugend/Kinder:

- Controllingausschüsse im Rahmen des APK (Hemelingen und Osterholz). Hier gilt die stadtweite GO einer Drittelparität (öffentlicher, freier Träger, Stadtteilpolitik). Im Konfliktfall entscheidet die Sozialzentrumsleitung.
- AK Jugend Osterholz und AK Jugend Hemelingen: Gremium aller Fachkräfte/Träger im Bereich der Jugendarbeit. Beide Gremien nehmen

gleichzeitig die vorgesehene Rolle der Beteiligungsrunden im Rahmen des APK wahr.

- Diverse AK Kinder ohne eigene GO (Tenever, Hemelingen, Arbergen/Mahndorf), AK Blockdiek.
- SCHUPSe in beiden Stadtteilen in Federführung des Bildungsressorts, hier gibt es auch eine stadtweite GO.
- Halbjährliche Runden als Kooperationsrunden zwischen Bildung und Jugend in Hemelingen und Osterholz. Hier nehmen die Stadtteileleitungen Junge Menschen gemeinsam mit jeweils einer Schulleitung die Geschäftsführung wahr.
- 2 verabredete Runden zur jährlichen KTH-Planung (Träger- und Einrichtungsebene) zum Abgleich der Anmeldungen. Federführung: Stadtteileleitung Junge Menschen.
- Runden zur Standortplanung im Bereich KTH. Federführung: Stadtteileleitung Junge Menschen.
- Ansonsten gibt es diverse anlassbezogene oder unregelmässige Zusammenkünfte zum gegenseitigen Informationsaustausch, z.B. Runde mit den Kinderärzten, Runde mit Schulleitungen, Treffen mit den KOPs, Runde mit KTHs, Kooperation mit den Familienhebammen, etc.

B) Bereich Erwachsene:

- Regionalkonferenz Ost mit Zuständigkeit auch für die Vahr. Geschäftsführung im jährlichen Wechsel bei der Stadtteileleitung (SZ 5/SZ 6), gleichzeitig auch Gremium für den Wartelistenabgleich im Bereich Behinderte.
- Sozialer AK Hastedt
- Anlassbezogene und unregelmässige Zusammenkünfte z.B. mit dem Behandlungszentrum, den DLZs, den KOPs etc.
- vierteljährliche Kooperationsrunde der Leitungskräfte des Sozialzentrums mit den Leitungskräften der beiden BAgIS-Standorte Ost 1 und 2.

C) Übergreifender Bereich:

- 3 WiN-Foren bzw. Nachfolgegremien (Blockdiek) in Tenever, Hemelingen und Blockdiek. Entscheidungen im Konsensprinzip, Geschäftsführung liegt bei den jeweiligen Quartiersmanager/-innen.
- Die Leitungskräfte werden regelmässig und anlassbezogen in die Stadtteilbeiräte und einen Teil der Ausschüsse (Soziales, Jugend, Nachbesserung, WiN) eingeladen.

Christiane Kluge